D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Nr. 20
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags

Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

21. Mai 1982
Preis 1,80 DM

**Z. Kowalewski zur Diskussion in „Solidarność“**
Auf einer Pressekonferenz in Frankfurt stellte er die Debatte über die Konzeption des Widerstands in Polen sowie seine Auffassungen dazu dar . S. 3

**Noch im Urteil schimmert der Mordvorwurf durch**
Strafen von nicht gekannter Höhe im Brokdorf-Prozeß. Wie der Anfang, so war schließlich auch das Ende, der Prozeß war und blieb politisch . . . S. 6

**Trennung zwischen Partei und Staatsapparat**
In China wird ein neuer Verfassungsentwurf diskutiert. Er orientiert sich in großen Zügen an der Verfassung von 1954. Streikrecht? . . . . . . . . . . . . . S. 7

**35-Stundenwoche, Teil eines politischen Gesamtkonzepts**
Stehen die Tarifrentenkonzepte einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit entgegen? Lassen sich 35 Stunden wie früher 40 Stunden durchsetzen? . S. 13

## Die Ausländer fest im Griff

**Es ist Zeit für eine Zwischenbilanz. Rund zwei Jahre sind vergangen, seit die Bundesregierung im März 1980 ihre Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Ausländerpolitik verkündet und in den Koalitionsvereinbarungen im Herbst 1980 zum Eckpfeiler gemacht hat.**

*vip.* Zwei Asylverfahrensgesetze sind seither verabschiedet, eine Reihe von Erlassen regeln die Praxis, und noch in diesem Jahr kommt ein neues Ausländergesetz auf den Tisch, das „klarere Grundlagen für die Lebensplanung der Ausländer“ schaffen wird.

Erst ein Wort zum propagandistischen Vorschlaghammer Asyl.

Am 14. Mai hat der Bundestag in dritter Lesung das – seit 1978 gar dritte – Asylverfahrensgesetz verabschiedet. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, wurde damit dem Art. 16 GG der Genickschuß verpaßt. Nicht
unbemerkt, wurde damit dem Art. 16
GG der Genickschuß verpaßt. Nicht
von Visumszwang, Lager, Arbeitsverbot und Zwangsarbeit ist hier die Rede; auch nicht von Instanzenbeschneidung. Dies alles ist dem politischen Flüchtling *relativ* unwichtig. Der Genickschuß ist das: Die *Pflicht* des BGS zur Zurückweisung eines Flüchtlings, der anderswo schon Schutz vor Verfolgung gefunden habe. Zum Beispiel der Afghanen, die aus Pakistan, der Äthiopier, die aus dem Sudan, der Ostblockflüchtlinge, die über Österreich, der Türken, die aus Griechenland, und vielleicht auch der Perser, die aus der Türkei kommen. Und so fort. Als Rechtsmittel bleibt diesen Menschen an der Grenze und im Transitraum eines Flughafens der Fluch oder auch die Tränen. Die Öffentlichkeit erfährt nichts, die Justiz wird entlastet.

Im Anhörungsverfahren hatte fast einzig der BRD-Vertreter des UN-Flüchtlingskommissars eindringlich vor der „Gefährdung der ernsthaft Asylsuchenden“ gewarnt. Vergeblich hatte er darauf hingewiesen, daß es kaum eine schwieriger zu beantwortende Frage im Asylrecht gibt als die, ob ein Flüchtling anderwärts Zuflucht schon gefunden hat. Darüber entscheidet jetzt der PHK Maier im BGS-Dienst auf Anweisung des Innenministers oder auch allein.

Allseits Zustimmung fand 1949 Dr. v. Mangoldt, CDU, als er bei Abschlußberatung des Art. 16 feststellte: „. . . wenn wir *irgendeine* Einschränkung aufnehmen würden, um die Voraussetzungen für die Gewährung des Asylrechts festzulegen, dann müßte an der Grenze eine Prüfung durch die Grenzorgane vorgenommen werden. *Dadurch würde die ganze Vorschrift völlig wertlos.*“ Sie ist es jetzt.

Sie können also nicht mehr davon reden, daß die Abwehr der Wirtschaftsflüchtlinge der Preis für die Aufnahme der politischen Flüchtlinge sei. Aber ist die Abwehr der Flüchtlinge vielleicht der Preis für die Integration der Arbeiterfamilien, wie Börner schon 1980 meinte? Das gehörte genauso zur regierungsamtlich geschaffenen Ausländerfeindlichkeit wie jene Hunnenreden der Parlamentarier im Stile: „Die Aufnahme der Türkei in die EG steht vor der Tür, und mit ihr 800000 Türken . . .“ – als ob nicht *längst* ausgemacht wäre, daß die Freizügigkeit für die türkischen Arbeiter bei Vollmitgliedschaft der Türkei sowenig hergestellt wird wie bei Griechenland 1981. Aber gut waren diese Reden, um alles dies in die Praxis umsetzen zu können:

Die *Familiennachzugssperre*. „Sozialverantwortlich gesteuert“ ist jetzt die erzwungene Familienlosigkeit der ausländischen Arbeiter. Derzeit per Erlaß und von 16 Jahren an aufwärts; bald per Gesetz und von sechs Jahren an (das heißt von null, denn woher sollen die Säuglinge in der Türkei kommen, wenn die Eltern hier leben?). Während die Kirchen dagegen die Faust erheben, erteilt der DGB seinen Segen – im Namen der Integration.

Mit zwei Hebeln setzt die Regierung in größerem Stil gegen die Ausländer an. Der eine ist die Verweigerung der Arbeitserlaubnis bei vielen, die sie nicht unbefristet haben. „Vorrangig zu vermittelnde Deutsche und EG-Ausländer“, ist die Vordruckbegründung. Da helfen keine 10 und keine 15 Jahre Aufenthaltsdauer. Wenn die Arbeiter
Da helfen keine 10 und keine 15 Jahre
Aufenthaltsdauer. Wenn die Arbeiter
aus den Anwerbeländern wegen Unterbrechungen nicht im Besitz der unbefristeten Arbeitserlaubnis sind, dann bekommen sie jetzt kaum noch eine, und die Ausländerbehörde setzt mit Verweigerung der Aufenthaltserlaubnis nach, „weil der Aufenthaltszweck nicht erfüllt ist“.

Als im November 1980 der Generalsekretär des DRK, Schilling, in der ZEIT vorschlug, die Türken aus Anlaß ihrer Arbeitslosigkeit nach Anatolien zu verfrachten, plauderte er nur ein Stück Regierungsprogramm aus.

Der zweite Hebel ist die *Wohnungsfrage*. Integriert werden kann nur auf einer Mindestzahl von Quadratmetern. Wer sie nicht hat oder wer sie wegen Geburt eines weiteren Kindes *nicht mehr* hat, bekommt keinen weiteren Aufenthalt. Die Stadt München überprüft derzeit 5000 Fälle. Zweifellos wird das kommende Ausländergesetz auch hier „klarere Grundlagen für die Lebensplanung“ schaffen.

Im Bundesrat liegt ein Gesetzentwurf zur Konsolidierung der – sagen *wir* einmal – Ausländerfeindlichkeit. Er enthält Vorschriften über die Rückkehrhilfe in Form kapitalisierter Sozialversicherungsleistungen. Die Kassenwarte der Bundesanstalt für Arbeit haben protestiert. Sie haben aber die Funktion dieses Gesetzentwurfs nicht verstanden: Die Regelung der Rückkehrhilfe ist – unabhängig davon, ob Zahlungen erfolgen oder nicht – der moralische Geleitschutz für die kontingentierte Abfuhr unbrauchbar gewordenen Menschenmaterials. Mit dieser Regelung im Rücken wird es das Gewissen der Nation nicht schwer haben, weiteren Aufenthalt zu verbieten: bei Arbeitslosigkeit, zu kleiner Wohnung oder Deliquenz.

Mit Hitlergruß, Kanakenruf und Schlagstock zogen am 1. Mai dieses Jahres unter den Augen der Polizei ungehindert 200 „Fußballfans“ durch die Mai-Kundgebung des DGB in Frankfurt. Das Ereignis war symptomatisch für das Verhältnis von Staatsgewalt und Ausländerfeindlichkeit. Der DGB-Kreisvorsitzende hat beim Deutschen Fußballbund protestiert: der 1. Mai gehöre den Arbeitern. Nur der? Dann geraten nicht nur die *ausländischen* Arbeiter in den Griff der Staatsgewalt.

Mehr als 35000 Menschen, überwiegend aus Hannover und der näheren Umgebung, nahmen an der Demonstration am Samstag gegen die Militärelektronikausstellung IDEE teil, die am Montag zusammen mit der Internationalen Luftfahrtausstellung ILA in Hannover eröffnet wurde. *(s.S. 5)* *Foto: Harry Assenmacher*

## Thatcher beschwört den totalen Krieg herauf

### Die Existenz der englischen Regierung steht auf dem Spiel

*thm.* Nach dem Scheitern der peruanisch-amerikanischen Initiative hatte der britische Außenminister Pym die offizielle Haltung zu den Verhandlungen dargelegt. Darin machte er den Argentiniern zur Bedingung, daß sie erstens parallel mit einem Rückzug der britischen Flotte von der Insel abziehen und daß die Argentinier zweitens die Herstellung iher letztendlichen Souveränität über Falkland nicht zur Vorbedingung von Verhandlungen machen. Argentinien hat diesen Bedingungen zugestimmt. Der Vizevorsitzende der Labour-Partei warnte daraufhin Thatcher, jetzt Argentinien noch mehr Bedingungen zu stellen. Doch kurz vor Pyms Pressekonferenz am 7. Mai hatte Thatcher selber einen Teil der inoffiziellen Vorstellungen der Regierung herausgelassen: „Unsere Kampfgruppe wird nicht abgezogen, ehe die Argentinier abgezogen sind.“

Das Dilemma für Thatcher liegt in folgendem. Wenn es zu einem Verhandlungsergebnis kommt, in dem beide Seiten gleichberechtigt an einem Tisch sitzen und keiner Druckmittel in der Hand hält, dann wird sich die zwingende historische Tendenz durchsetzen: Über eine Reihe von Zwischenlösungen und Regelungen für die Bewohner der Insel wird es schließlich zur Herstellung der argentinischen Souveränität über die Inseln kommen. Behält England keine Garantien für seine Ansprüche, seien sie verwaltungsmäßig oder militärisch, wird sich Großbritannien niemals mit seinem anachronistischen Anliegen durchsetzen können. Oder der rechte Konservative MacMillan: „Wenn die Kampfgruppe erstmal abgezogen ist und die ökonomischen Sanktionen aufgehoben sind, bleibt uns als einziger Hebel nur ein wie auch immer geartetes Verbleiben britischer Gewalt auf den Inseln.“ (Financial Times 19.5.) Dabei sollen die Falklandbewohner als Agentur des britischen Kolonialismus in einer Interimsverwaltung vorgeschoben werden.

Was steht für England auf dem Spiel? Wiederum MacMillan: Irgendwelche Konzessionen oben beschriebener Art würden „die nationale Einheit vernichten, unser neugegründetes Selbstvertrauen zerschmettern und die Glaubwürdigkeit der britischen Regierung im Inland und Ausland zerstören.“ Das sind Kriegsgründe! Selbst wenn England aus dieser Auseinandersetzung erfolgreich hervorgeht, dann müßte es fast unbezahlbare ständige Stationierungen von Truppen auf den Inseln durchführen. Und langfristig wäre die Herstellung der argentinischen Souveränität sowieso nicht zu verhindern. Aber die britische Regierung wäre gerettet. Sollte Thatcher dennoch mehr Zugeständnisse in den Verhandlungen machen, dürften die Tage ihrer Regierung gezählt sein, weil der rechte konservative Flügel sie nicht mehr tragen würde. Es sieht danach aus, als ob sie den Krieg vorzieht.

Beigetragen zu dieser Verhärtung der britischen Position hat das Verhalten von Schmidt und Mitterrand, die auf ihrem Hamburger Treffen ihre Solidarität mit den Briten bekundeten. Sie sprachen offenbar ab, selbst dann auf der Seite Englands zu verbleiben, wenn es zur Invasion der Insel übergeht. Dies teilte jedenfalls Mitterrand der Thatcher am Wochenende bei seinem Besuch in Londen mit. Enden soll diese Unterstützung erst, wenn England zu Angriffen auf das argentinische Festland selber übergeht, jedenfalls nach den Vorstellungen Schmidts. Ist der nicht ein Friedensengel? Die atlantische Solidarität der größten internationalen Ausbeuter geht eben über alles, auch den USA, die ebenfalls ihre Unterstützung für Großbritannien bekräftigten. Wie hatte ein Sprecher des US-Außenministeriums noch ganz zu Anfang des Konflikts leichtsinnig gesagt? Der Kolonialstatus über die Falkland-Inseln sei ein Pickel am Hintern des Fortschritts, der jetzt endlich ausgedrückt werde.

## Gewerkschaftsschädigend

*geh.* Schon bei der Eröffnung hatte man die Bomben ticken gehört. Dann war es soweit: Der „Spiegel“ deckte auf, daß Vorstandsmitglieder der Neuen Heimat beim Bau einer Siedlung in München rund 30 Millionen in ihre Tasche gebracht hatten. Der „Stern“ setzte nach mit Enthüllungen über die Steuerzahlungen von Vorstandsmitgliedern der Gewerkschaft und ihrer Abführungspraxis von Aufsichtsratstantiemen. Hatte Vetter noch zu Beginn des Kongresses beteuert, sie seien keine Hampelmänner, die nach jeder Veröffentlichung in jedem x-beliebigen Blatt in selbstzerstörerische Zuckungen verfallen, so fehlte jetzt daran nicht viel. Eine persönliche Erklärung jagte die andere. Jeder beteuerte, er habe seine Aufsichtsratsgelder abgeführt, Steuern gezahlt und nun selbstverständlich auch Strafanzeige erstattet.

Offensichtlich war ein beträchtlicher Teil der DGB-Spitze jedenfalls in Zuckungen verfallen, wenn sich die Gelegenheit geboten hatte, Geld „zu sparen“ oder „fürs Alter Geld zurückzulegen“. Keine Peinlichkeit wurde ausgelassen, dies auch noch zu begründen. Vetter machte mal seine Alterssi-
den. Vetter machte mal seine Alterssi-
cherung und dann wieder die polizeilichen Auflagen für Sicherungseinrichtungen an seinem Haus dafür verantwortlich, daß er sich besondere Finanzierungsquellen habe suchen müssen. Pfeiffer zeigte sich noch immer überrascht über die Kritik, denn die Berlin-Förderung sei doch von großen Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat so beschlossen. Aber er habe gelernt, daß man diese Angelegenheit auch anders sehen kann und sich deshalb davon getrennt. Zwar gab es auch auf dem Kongreß vehemente Kritik an diesen Geschäften – Delegierte forderten rücksichtslose Offendeckung der Angelegenheit –, doch nach der Kongreßregie soll die Debatte nicht so weit geführt werden, daß verbindlich Maßnahmen zur Offenlegung und Konsequenzen beschlossen werden.

Vetter gab die Losung aus: Das sind Presseorgane, die uns wehe wollen. „Wir lassen uns weder unsere Gemeinwirtschaftlichkeit zerstören, noch lassen wir uns unsere Ehre nehmen.“ So lief sich denn die Kritik in der Debatte tot. Der Punkt, daß vielleicht die Einkommen insgesamt zu hoch sind, wurde schon gar nicht mehr berührt.

Es steht zu befürchten, daß aus dieser Wagenburg-Mentalität heraus keine Initiative für eine Reform der gewerkschaftlichen Unternehmen weder von diesem Kongreß noch unter Berufung darauf in der nächsten Zeit vom DGB ausgeht.

---

**kvz-extra**

Mit KVZ 22 werden wir ein kvz-extra zur Demonstration gegen die NATO und gegen den Reagan-Besuch ausliefern. Themen dieses extras werden sein: Die NATO-Strategie in der Diskussion und welche Absichten haben die Regierenden bei der Gipfelkonferenz / Die Friedensbewegung in der DDR (ein Interview) und in den USA / Blockfreiheit, was kann das heißen und welche Konzeptionen werden vertreten.
Bestellungen bitte bis 29. Mai an:
BUCHVERTRIEB HAGER

Die KVZ 23 wird wegen der Demonstration in Bonn einen Tag früher erscheinen.

---

# Operation '83 angesetzt oder: Die neue Zwickmühle

*Von Hans-Gerhart Schmierer*

Was die Koalition unter dem Titel Beschäftigungsprogramm auf den Weg brachte, ist schon öfter analysiert worden. Nach dem Motto „Auf die selbstheilenden Gesetze des Marktes bauen" werden einerseits Schranken niedergerissen, die die Lohnabhängigen untereinander wie gegenüber den Kapitalisten gegen erbarmungslose Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt oder dem Wohnungsmarkt sichern, auf der anderen Seite werden den Kapitalisten Vergünstigungen in ihrer Konkurrenz mit den Lohnabhängigen und schwächeren Rivalen zugeschoben. Das ganze läuft auf eine strukturelle Machtverschiebung zugunsten der Kapitalistenklasse und innerhalb ihrer Reihen zugunsten der größten Haie hinaus.

Im Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat ging es im wesentlichen nur noch darum, ob im gleichen Zuge die Mehrwertsteuer erhöht werden solle oder nicht. Die CDU war dagegen. Nicht etwa weil sie keine Mehrwertsteuererhöhungen will. Im Gegenteil, die CDU/CSU ist wie die anderen Bundestagsparteien für eine Verstärkung dieser indirekten Besteuerung des Konsums, die die Ärmsten am härtesten trifft. Sie lehnte die Mehrwertsteuererhöhung ab, weil sie die Regierung zu weiteren Einschnitten in die Versicherungsleistungen antreiben will. Dies entspricht ihren Bestrebungen sowieso.

Gleichzeitig verspricht sie sich davon eine Verschärfung der Widersprüche innerhalb und zwischen den Koalitionsparteien. Hämisch erinnerten Sprecher der CDU/CSU an zahlreiche Lambsdorffworte, daß weitere Defizite im Bundeshaushalt durch Einsparungen bei den ‚Leistungen' gedeckt werden müßten. Aber darauf scheint sich die Regierung einschließlich der SPD auch bereits eingestellt zu haben.

Für Auftritte in den Gewerkschaften und für Wahlkämpfe hat die SPD auf ihrem Münchener Parteitag Richtlinien für die Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms über progressive Besteuerung und Arbeitsmarktabgabe verabschiedet. Für die Durchführung der wirklichen Politik in Parlament und Regierung hat der Kanzler, der die Richtlinien bestimmt, mit Lahnstein den richtigen Mann erkoren. Zwei bis drei konzentrierte Eingriffe in die Leistungsgesetze seien notwendig, verkündet dieser Land auf, Land ab.

Als erstes ist daran gedacht, die Beitragszahlungen der Arbeitslosenversicherung an die Rentenversicherung statt an den letzten Bruttolöhnen am Arbeitslosengeld der Arbeitslosen auszurichten. Für die Arbeitslosen hätte damit auch eine nur vorübergehende Arbeitslosigkeit lebenslange Wirkung, weil ihre Ansprüche an die Rentenversicherung entsprechend sinken. Bei der Rentenversicherung wiederum wird diese Maßnahme zu neuen finanziellen Schwierigkeiten führen, die dann die von der FDP schon lange geforderte dauerhafte Anbindung der Rentenzahlungen an die Nettolohnentwicklung begründen wird.

Ob das dann der zweite, dritte oder schon der vierte tiefe Einschnitt in die Leistungsgesetze sein wird, darüber kann man jetzt noch spekulieren. Daß er beim jetzigen Konzept kommen wird, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Warum sonst sollte sich das Klima in der Koalitionsregierung deutlich verbessert haben, worauf Schmidt wie Genscher in den letzten Tagen hinwiesen? Ohnehin hat Schmidt gelegentlich offen gesagt wie er die Sache sieht: „Denkt ja nicht, daß wir ohne die FDP bequemere Beschlüsse gefaßt hätten."

Mit dem Ergebnis der Vermittlung zwischen Bundestag und Bundesrat wird die geplante Operation in Etappen nochmal beschleunigt und gleichzeitig gerechtfertigt. Finanziert muß das Beschäftigungsprogramm ja schließlich werden. Es funktioniert wie eine Zwickmühle. Die Regeln liefern die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung. Die Steine schieben die Kreditanstalten. Das Parlament ist das Brett, auf dem die Parteien agieren. Auseinandergenommen werden die Schutzvorkehrungen, die die lohnabhängige Bevölkerung erkämpft hat. Hält man sich an die Regeln, wird es so weitergehen. Bisher tut sich die Gewerkschaftsbewegung schwer, über ihren Schatten zu springen.

# Anti-NATO-Demonstration am 10. Juni

Einige Hinweise zur Vorbereitung

*gkr.* 1191 örtliche, regionale, bundesweit vertretene oder auch ausländische Organisationen haben mittlerweile (bis zum 12. Mai) den Aufruf „Aufstehen für den Frieden" zur Demonstration in Bonn am 10.6. unterzeichnet. Die Zahl mag etwas hoch sein, zumal von vielen Organisationen, die zentral unterschrieben haben, auch die einzelnen regionalen Gliederungen oder örtliche Einheiten selbständig aufgeführt wurden, obwohl die „wachsende Unterstützung durch gewerkschaftliche Gremien und Gruppen", die der Koordinationsausschuß benennt, an Hand der Unterschriftenliste nicht nachzuvollziehen ist. Auch hier wird die Unterstützung für die Demonstration größer sein als für den Aufruf. Dennoch, die Unterstützung ist groß, sie reicht bis in die Gewerkschaft hinein. Immerhin konnte diesmal der DGB-Vorstand keinen dem Beschluß zum 10. Oktober ähnlichen fassen. Damit die Demonstration ausreichend groß wird und, wie die Veranstalter hoffen, wenigstens 150000 Menschen an ihr teilnehmen, wird es voraussichtlich noch einiger Anstrengungen bedürfen.

Im folgenden ein kurz zusammengefaßter Überblick über den Stand der Vorbereitungen. Die zentralen Aktionen werden auf den rechtsrheinischen Rheinauen durchgeführt. Von 14 bis etwa 16 Uhr finden, gruppiert um vier Bühnen, vier Foren statt.

Forum *Frieden und Selbstbestimmung in der Dritten Welt.* Mit den Themen: Unterdrückungsstrukturen als Unfriedenssystem (ANC, Südafrika), Aggression von außen (FDR/FMLN, El Salvador), Nationaler Befreiungskampf (PLO, Palästina), Soziale Basisbewegungen als Friedensbewegung (Bischof Rodrigues des Souza, Brasilien), Dritte Welt als eigenständige Kraft/Blockfreiheit, NATO-Politik gegen die Dritte Welt. Verantwortlich: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen – Antiinterventionsbewegung (BuKo – AIB).

Forum *Rüstung, Umweltzerstörung, Sozialabbau.* Startbahn West, Fragen der Rüstungskonversion, zum Abbau von Sozialleistungen vor allem im Bildungsbereich, Jugendarbeitslosigkeit und schließlich Fragen der Militarisierung, Frauen zur Bundeswehr sollen die Themen sein. Verantwortlich hier BBU, vds, die Falken.

Forum *NATO-Politik: Atomkriegsstrategie – Kritik und Alternativen.* Gerhard Kade, Moushen Massarat werden zur NATO-Strategie sprechen, Christoph Strässer zur BRD, Aufrüstung oder Frieden? Weitere Themen hier: Perspektive: Auflösung der Blöcke; Gewaltfreier Widerstand. Verantwortlich sind ESG, Jungdemokraten, BAF und KoFAZ.

Schließlich das Forum *Internationale Friedensbewegung.* Es sollen Redner/innen aus England, Spanien, Italien, Holland, DDR, Türkei, Japan, Skandinavien sprechen. Nachdem mit 10 Gegenstimmen bei 4 Für-Stimmen der Koordinationsausschuß die Einladung eines Vertreters der DDR-Friedensbewegung für das Abschlußforum abgelehnt hat, soll er auf diesem Forum sprechen. Offensichtlich ist noch aber nicht klar, wer aus der DDR sprechen wird. Verantwortlich sind hier DFG/VK, Russell-Initiativen, Anstiftung der Frauen zum Frieden.

Die Abschlußkundgebung wird ab 16 Uhr oder 16.30 Uhr auf der Rheinaue stattfinden und soll etwa eine Stunde dauern. Als Sprecher sind bisher benannt: Gerd Bastian, Bischof Handhausen aus den USA, Julia Esquirel (Guatemala), Dorothea Sölle und ein Vertreter aus den DGB-Gewerkschaften.

Nach einigen heftigen Differenzen und schließlicher Intervention des Ministeriums scheinen jetzt die Preise der Bundesbahn für Sonderzüge in etwa denen zur CDU-Demonstration am 5. Juni zu entsprechen, allerdings für den Nahbereich nach wie vor höher. Nach dem Stand des 12.5. sind zumindest folgende Sonderzüge beabsichtigt: Aus Hamburg, Stuttgart, Siegen, Tübingen, Kiel, St. Ingbert/Saarbrücken, Ulm, Konstanz, Freiburg, Karlsruhe. Nicht nur Sonderzüge und die Busse, sondern auch die PKWs, die zur Demonstration nach Bonn fahren, sollen beim Koordinationsbüro angemeldet werden. Beim Koordinationsbüro gibt es ebenfalls Bestellisten für Material.

„Aufstehen für den Frieden"
Koordinationsbüro
Thomas-Mann-Str. 54
5300 Bonn 1
Tel.: 0228 – 631021/22
Postscheckkonto: PschA Köln, 193811 – 509, Kennwort „Friedensdemonstration" (E. Walde)

**derabstich** Ablenkungsmanöver

Der Sinn dieses Krieges liegt wohl weniger im Militärischen, als im Erzieherischen. Ein Arbeitsloser daheim, der uns hier im Fernsehen sieht, muß sich doch sagen: dagegen geht es mir eigentlich verdammt gut.

Ay, ay Sir

### Keine ungestörte Militärparade mehr in Westberlin

*nia. Westberlin.* Trotz eines immensen Aufgebots an uniformierter und ziviler Polizei; trotz erheblich ausgeweiteter Bannmeile; trotz intensiver Personenkontrollen und Absperrungen gelang es den Alliierten noch weniger als im Vorjahr, ihre Militärparade ungestört durchzuführen. Eine für den Vormittag angemeldete Demonstration in einem anderen Bezirk war vom Verwaltungsgericht verboten worden und mit großem Polizeiaufgebot verhindert worden. An einer erlaubten Kundgebung, die als Sammelpunkt für die geplanten Aktionen diente, nahmen einige hundert teil. Die auf dieser Kundgebung verteilten Flugblätter mit dem Symbol „Schwerter zu Pflugscharen" waren dann während der Parade das häufigste Angriffsziel des Polizeitrupps. Viele hatten trotz der Kontrolle eins zur Parade mitgebracht, einige auch kleine Transparente, die dann vor den vorbeiziehenden Truppen hochgehalten wurden. Neben vielen kleineren Mißfallenskundgebungen, die immerhin dafür sorgten, daß die Polizei permanent beschäftigt war, gelang es einer Gruppe sogar, auf die Paradestrecke zu gelangen und ein US-Bataillon zum Stehen zu bringen, bevor sie festgenommen wurde. Die offiziellen Angaben über Festnahmen schwanken zwischen 82 und 107; eine erheblich größere Anzahl wurde kurzzeitig zur Personenfeststellung mitgenommen und hat mit Anzeigen wegen Verstoßes gegen die BK/O, die alliierte Verfügung, zu rechnen. An Umfang und Organisiertheit hat der Protest gegenüber dem Vorjahr erheblich zugenommen – Ausdruck der wachsenden Friedensbewegung in der Stadt.

### DS in NRW gegen zu rasche Parteigründung

*kvz.* In Nordrhein-Westfalen hat Karl-Heinz Hansen mit der Absicht, möglichst rasch eine Partei zu gründen, bei der Landesversammlung der DS eine Niederlage erlitten. 500 des mit 600 Mitgliedern stärksten Landesverbandes waren nach Wuppertal gekommen. Gegen Hansen und andere prominente Demokratische Sozialisten aus NRW sprachen sich die Versammelten für eine Verschiebung der Gründung vom 17. Juni auf den nächsten Januar aus. Viele örtliche Gruppen seien in ihrem Diskussionsprozeß noch nicht so weit, daß eine Gründung jetzt möglich sei. Hansen beschimpfte diejenigen, die nicht gleich gründen wollen, als linke Debattierclubs und kündigte seine Mitarbeit auf für den Fall, daß die Parteigründung zu lange hinausgeschoben würde. – Auch in Westberlin sprachen sich die Demokratischen Sozialisten gegen eine zu rasche Gründung aus.

### Hambacher Fest der Grünen – einige Programmhinweise

*kvz.* Vom 20. bis 22. Mai führen die Grünen das Alternative Hambacher Fest durch. Nach Treffen zu den Fragen einer Europäischen Verfassung am Donnerstag sowie einem Treffen der Parlamentarier der Ökologie- und der Friedensbewegung am Freitag (Themen: parlamentarische Initiativen für atomwaffenfreie Zonen, Widerstand gegen atomare Anlagen, Aktionen im Zusammenhang mit der Verhinderung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses) wird das Volksfest am Samstag den Schwerpunkt bilden. Es beginnt um 10.30 Uhr auf den Festwiesen in Neustadt an der Weinstraße. Dort werden u.a. sprechen: Gerd Bastian, Roland Vogt (Die Grünen), Rudolf Bahro, ein Vertreter von Solidarność, Vertreter aus El Salvador, Petra Kelly, Alexander Schubart. Daneben gibt es ein Kultur- und Kabarettprogramm, Ausstellungen. Um 15.30 Uhr geht dann ein Zug zum Hambacher Schloß, zu dem einige „Symbole des Lebens und der Mahnung" getragen werden sollen: Gedenkstein zu Hiroshima, „Schwerter zu Pflugscharen", eine Nachbildung des Mahnmals zum Gedenken der Opfer von 1970 an der Lenin-Werft in Danzig, ein Lebensbaum. Die offizielle Feier findet am 27. Mai statt, vom 29. – 31. Mai werden verschiedene andere Organisationen, Friedensgruppen etc., die in ihrer Mehrzahl der DKP nahestehen, ein weiteres alternatives Fest durchführen.

### Europa-Parlament gegen Einsatz von Plastikgeschossen

*kvz.* Der Gebrauch von Plastikgeschossen, deren Verwendung auch die Innenminister der Länderregierungen schon erwogen haben, wurde am Donnerstag vergangener Woche im Straßburger Europaparlament verurteilt. Die britische Regierung will dennoch weiter an ihrer Verwendung in Nordirland festhalten. Der Beschluß des Europaparlaments sei nicht bindend. Insgesamt sind, nach Angaben des britischen Europaparlamentariers Balfe, seit Beginn der Verwendung der Gummi- und Plastikgeschosse in Nordirland 14 Menschen durch diese Waffe ums Leben gekommen. Allein in den letzten zwölf Monaten wurden über 200 Menschen schwer verletzt (teilweise mit Erblindungen) und acht Menschen, darunter vier Kinder, getötet. Während die Waffen in Nordirland weiter eingesetzt werden dürfen, hatte der britische Innenminister ihren Einsatz während der Auseinandersetzungen im letzten Sommer in britischen Städten mit dem Hinweis abgelehnt, „daß jemand durch diese Waffe getötet werden könnte".

## mine · Termine · Termine · Termine · Te

**Mai**

21. **Bad Godesberg.** Bundeskonferenz der „Fraueninitiative 6. Oktober", bis 23.5.
**Saarbrücken.** Kongreß des Christlichen Gewerkschaftsbundes CGB, bis 23.5.
22. **Hamburg.** 1. bundesweiter Pädagogen-Friedenskongreß, bis 23.5.
23. **Bonn.** Verkündung des Grundgesetzes vor 33 Jahren
24. **Bonn.** Mugabe auf Staatsbesuch in der BRD, bis 25.5.
27. **Hambach.** Vor 150 Jahren fand das Hambacher Fest statt. Offizielle Regierungsfeier
28. **Westberlin.** 3. Volksuni, bis 31.5.
**Leverkusen.** Jahreshauptversammlung von amnesty international
29. **Hambach.** Alternatives Hambacher Fest, durch Anhänger des Krefelder Forums, bis 30.5.
30. **Bonn.** Verabschiedung der Notstandsgesetze vor 14 Jahren

**Juni**

4. **Versailles.** Westliches Wirtschaftsgipfeltreffen, bis 6.6.
**Düsseldorf.** Internationale Messe Druck und Papier, bis 17.6.
**München.** CSU-Parteitag, bis 5.6.
**Fulda.** Bundeskonferenz junger Gewerkschafter der IGBSE, bis 6.6.
5. **Duisburg.** Kongreß gegen Ausländerfeindlichkeit, bis 6.6.
**Marburg.** Übernationales Frauentreffen „Politik der Frauen", Frauengruppe zur SK, bis 6.6.
**BRD.** Demonstrationen und Aktionen gegen NATO und Reagan-Besuch in verschiedenen Städten
**Bonn.** Demonstration für die NATO durch die CDU
6. **Hamburg.** Landtagswahlen

# Zbigniew Kowalewski zur Diskussion in „Solidarność“

## Antworten des Führungsmitglieds der „Solidarität“, jetzt Leiter des Pariser Büros auf einer Pressekonferenz in Frankfurt

*G.K.* Nein, es gab keine Zusammenstöße an diesem 13. Mai vom Ausmaß derjenigen, die am 3. Mai stattfanden. In der Innenstadt in Warschau kam es bei der Verkehrsunterbrechung am Mittag und dann noch einmal in den Abendstunden zu spontanen Demonstrationen. In Danzig soll es, auch um die Werften, zu Auseinandersetzungen mit der Miliz gekommen sein. In Krakau wurde eine öffentliche Kundgebung der „Solidarność“, an der wenigstens 10000 Personen teilnahmen, von der Miliz angegriffen. Über 600, meist Jugendliche, sind von neuem vor die Militärtribunale gezerrt und in Schnellverfahren abgeurteilt worden. Ansonsten aber sei der Tag ruhig verlaufen; der Aufruf der „Solidarität“ zu einem 15minütigen Warnstreik in allen Betrieben um 12.00 Uhr mittags und zu einem Ruhen des Verkehrs sei „zu einem gigantischen Fehlschlag“ geworden – so höhnte die offizielle Nachrichtenagentur schon am selben Nachmittag.

Unfreiwillig werden also der „Solidarność“ bereits „gigantische“ Vorhaben zugeschrieben?! Das wäre zuviel erwartet. Es ist aber auch gar nicht die Taktik der Untergrund-Führung der suspendierten Gewerkschaft, Zusammenstöße mit der Miliz herbeizuführen – wie es dem beschränkten Polizeiverstand der herrschenden Junta scheint. Gerade an diesem 13. Mai lag das Gewicht auf einer kurzen, geschlossenen, disziplinierten Aktion in den Betrieben. Inwieweit sie befolgt wurde, ist im Augenblick noch unbekannt. Aber würde auch nur ein nennenswerter Teil der Arbeiter dem Aufruf folgen, unter Bedingungen, wo jeder solche Schritt mit Geldbußen über ein Viertel, den halben oder den ganzen Monatslohn oder sogar mit Entlassung geahndet werden kann – Dinge, die angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit und enorm gestiegenen Preisen eine existenzielle Bedrohung für jeden Arbeiter darstellen –, dann ist das auf jeden Fall eine Machtdemonstration, die der vollständig zerrütteten sozialen Basis der Partei und der Staatsmacht weit überlegen ist.

Die Nachrichten brauchen oft längere Zeit, bis sie nach außen dringen. Bekannt geworden ist jetzt, daß am 1. Mai sowohl in Danzig als endlich auch wieder in Lódz, wo die regulären Strukturen der Gewerkschaft mit am schwersten getroffen wurden, die Mai-Demonstrationen der „Solidarność“ die zwanghaften Umzüge der Partei und des Regimes auch zahlenmäßig weit übertroffen haben sollen.

*Wie würden Sie die aktuelle Situation charakterisieren?*

Die letzten Wochen haben gezeigt, daß die Niederlage nicht so groß war, wie man das am Anfang eingeschätzt hat. Die letzten Ereignisse haben auch skeptische Beobachter überzeugt, daß die „Solidarność“ nicht zerstört worden ist. Der Staatsstreich hat zwar die Organisation und die Führungsstruktur zerschlagen – aber nicht die „Solidarität“ als eine gesellschaftliche Bewegung.

Der Wiederaufbau von „Solidarność“ ist sehr schnell erfolgt, nun aber als einer Untergrund-Organisation. Der 1. und 3. Mai haben die Schwächen der Militärdiktatur gezeigt, nämlich, daß es ihr nicht gelungen ist, die Solidarität der Gesellschaft mit unserer Gewerkschaft zu unterdrücken. Das war aber gerade das Hauptziel des Kriegszustandes.

Die Tatsache, daß „Solidarność“ ihr Aktivitäten wiederaufgenommen hat, bringt die Widersprüche innerhalb des Machtapparats zutage. Einer der Gründe für diese Widersprüche ist, daß jeder wirtschaftliche und gesellschaftliche Plan fehlt. Ein anderer Grund ist die Rivalität zwischen dem Parteiapparat und dem Militär.

Solidarność fordert, daß die Regierung sich zu Gesprächen bereit zeigt. Das gleiche fordert auch die katholische Kirche. Die Militärdiktatur lehnt jedoch jeden Dialog mit der „Solidarität“ ab. Diese Einstellung fordert geradezu eine Radikalisierung der Gesellschaft heraus, wie sie in den letzten Wochen auch schon in Erscheinung getreten ist.

*Welche Arbeitsmöglichkeiten sehen Sie für Solidarność in Zukunft – im Lande wie im Ausland?*

Unsere schwierigste erste Aufgabe war, in den Untergrund zu gehen, was eine totale Umstellung in der ganzen Funktionsweise der Gewerkschaft bedeutete. Diese Etappe liegt im Grunde genommen hinter uns. Man hat mit neuen Formen der Organisation experimentiert, und die entwickeln sich heute.

Früher war es so, daß „Solidarität“ fast ausschließlich in den Betrieben gewirkt hat. Heute wird die Organisation auf die Wohnsiedlungen ausgeweitet, was es früher nicht gab. Die „Solidarität“ wirkt aber auch wieder in der Mehrzahl der Betriebe. Die Arbeit wird immer weitergehend koordiniert, zunächst einmal auf der regionalen Ebene, aber seit kurzem auch auf der Ebene des ganzen Landes. Der 22. April war ein sehr wichtiges Ereignis für die
ne, aber seit kurzem auch auf der Ebene des ganzen Landes. Der 22. April war ein sehr wichtiges Ereignis für die
Entwicklung der Gewerkschaft. An diesem Tage wurde die „Provisorische Landeskommission“ gebildet aus den bekanntesten Führern der „Solidarität“ im Untergrund, Zbigniew Bujak, Bogdan Lis, Wladislaw Frasyniuk und Wladyslaw Hardek. Insofern denken wir, daß die Aussichten für unsere weitere Arbeit gut sind, aber ein harter Kampf erwartet uns.

Was das Ausland betrifft, so gibt es in vielen westlichen Ländern Gruppen von Solidarność-Mitgliedern. Nicht nur durch moralische Unterstützung, sondern auch durch eine beträchtliche materielle Hilfe tragen unsere Aktivitäten dazu bei, dem Widerstand im Lande eine bessere Grundlage zu verschaffen. Unsere „Solidaritäts“-Gruppen im Ausland bilden so etwas wie ein Verbindungsglied zwischen der Gewerkschaft in Polen, auch in ihrem jetzigen Zustand, und der Gewerkschaftsbewegung im Westen – ein konkretes, erstes Bindeglied.

*Man hört jetzt von unterschiedlichen Konzeptionen über den weiteren Widerstand in Polen. Was können Sie dazu sagen?*

Diese Diskussion wird hauptsächlich seit März geführt. Die letzten Ereignisse werden vielleicht den verschiedenen Thesen, die seit März entwickelt worden sind, eine konkrete Basis geben und sie überprüfen.

Die wichtigsten Bestandteile in dieser Diskussion waren das, was Jacek Kuron (in einem aus dem Lager geschmuggelten Papier, Red.) dazu gesagt hat, und die Antworten der Führer von „Solidarność“ im Untergrund, von Bujak und Kulerski (einer der stellv. Vorsitzenden der Region Masowsze, Red.).

Kurons Thesen kann man kurz so zusammenfassen: er meint, daß die herrschende Diktatur nur durch ein gemeinsames Auftreten – eigentlich wohl einen nationalen Aufstand, wenn er es auch nicht so nennt – gestürzt werden kann. Dieser Aufstand sollte sich jedoch auf den Sturz der *Militärdiktatur* beschränken, d.h. die totalitäre Regierung, die wir seit 36 Jahren in Polen haben, soll eigentlich nicht in Frage ge-
beschränken, d.h. die totalitäre Regierung, die wir seit 36 Jahren in Polen haben, soll eigentlich nicht in Frage ge-
stellt werden. Sie soll nur dazu gezwungen werden, einen Konpromiß mit der Gesellschaft zu schließen. Mit dieser Position bin ich zum Teil nicht einverstanden. Ich teile die Meinung, daß nur ein aktives Auftreten der Gesellschaft, dessen Zeitpunkt allerdings noch nicht bestimmt ist, die Diktatur stürzen kann. Ich glaube auch, daß ein Kompromiß nötig werden wird, aber aus taktischen Gründen. Dagegen ist die Art von Kompromiß, die Kuron sich vorstellt, eine Art historischer Kompromiß. Der ist aber unmöglich, weil sich die Interessen der Machthaber nicht mit denen der Gesellschaft vereinbaren lassen. Das zeigt die Zeit vor dem 13. Dezember, und das zeigt das, was nach dem 13. Dezember passiert ist.

Kuron macht den Vorschlag zu diesem Kompromiß aus einem Grund, von dem wir alle wissen, daß er sehr real ist: nämlich die Drohung einer sowjetischen Intervention. Diese Gefahr nehmen wir alle ernst. Aber ich meine, daß diese Bedrohung keine Basis abgeben kann für einen solchen Kompromiß. Kuron ist der Meinung, daß in dem Moment, in dem die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei gestürzt wird, eine Intervention unvermeidlich geworden ist. Ich meine, daß diese Drohung einer
nigte Arbeiterpartei gestürzt wird, eine Intervention unvermeidlich geworden ist. Ich meine, daß diese Drohung einer
russischen Intervention zwar besteht, aber nicht unvermeidlich ist.

Was Bujak angeht, ist er auch der Meinung, daß in dem Moment, wo die heutige Regierung gestürzt wird, eine russische Intervention stattfinden wird. Aber er glaubt nicht an die Möglichkeit eines historischen Kompromisses. Gerade deshalb geht er davon aus, daß die einzige Möglichkeit nicht ein nationaler Aufstand ist, sondern das, was er einen „Positionskrieg“ nennt, allerdings nicht im militärischen, sondern im politischen Sinn. Nämlich Aufbau von Strukturen einer Untergrundgesellschaft, die die reale Macht der Regierung einschränken würden und der Gesellschaft in gewissem Grad erlauben würden, sich schon selbst zu verwalten, indem man die Staatsmacht allmählich aus immer mehr Sphären des gesellschaftlichen Lebens zurückdrängt. Dadurch könnte die Regierung dann auch zu einer allmählichen Demokratisierung gezwungen werden. Bujak glaubt, daß der Kampf sehr langwierig werden wird, und daß die Haupterscheinungsform dieses Kampfes eben die Selbstorganisation der Gesellschaft ist.

Ich glaube, daß dieser Vorschlag sehr viele Vorteile hat, weil er in kon-
sellschaft ist.

Ich glaube, daß dieser Vorschlag sehr viele Vorteile hat, weil er in kon-
kreter Weise beschreibt, was als Bildung einer Untergrundgesellschaft zu bezeichnen wäre. Der Vorschlag weist aber auch bedeutende Schwächen auf, weil es nicht möglich sein dürfte, dieses Regime allmählich zu demokratisieren. Diese Militärdiktatur wurde durch einen Gewaltakt geschaffen, und die Geschichte lehrt, daß man eine solche Macht nur auf die gleiche Weise los wird, auf die man sie bekommen hat.

Die Positionen, die die Gesellschaft in diesem „Positionskrieg“ erobern könnte, können dann als eine Basis für einen entscheidenden Angriff auf die Macht dienen. Ich glaube, daß man schließlich einen solchen Angriff führen muß, weil sich alle Widersprüche der Staatsmacht im Militärapparat konzentrieren. Dieser Apparat ist ungeheuer starr, unelastisch. Schon früher, vor dem Kriegszustand, hat die Starrheit des Parteiapparates dazu geführt, daß die Krisen sich immer als Erschütterungen dargestellt haben. Heute hat sich im Zentrum ein noch starrerer Apparat etabliert. Die Analysen, die man z.B. über die Militärdiktaturen in Südeuropa gemacht hat, haben erwiesen, daß sie nicht widerstandsfähig, elastisch sind. Selbst kleine Krisen innerhalb des Machtapparats können sich zu sehr großen Krisen entwickeln. Deshalb glaube ich, daß eine Perspektive einer linearen Entwicklung eine Utopie ist. Meine Perspektive ist eine Serie von Erschütterungen, nicht weil ich das so will, sondern weil ich denke, daß es nur so kommen kann.

*Worin bestehen genauer die Widersprüche innerhalb des Machtapparates?*

Vor dem 13. Dezember lag die faktische Macht im Land bei der Vereinigten Arbeiterpartei. Der Militärapparat war nur ein Machtmittel der Partei. Jetzt haben wir fast eine umgekehrte Situation. Jetzt hat der Militärapparat

*Fortsetzung Seite 4*

Kowalewski sprach auf Veranstaltungen der Komitees „Solidarität mit Solidarność“ in Frankfurt, Köln und Westberlin. Auf der Frankfurter Veranstaltung (*Bild*) sprach auch Ingo Lehmann, Jugendsekretär im HV der IG Drupa.

Ingo Lehmann

*Jugendsekretär beim HV der IG Druck und Papier*

# Polnische Ereignisse und die hiesigen Gewerkschaften

Auszüge aus einer Rede

Unseres Erachtens sind die Ursachen der Situation in Polen folgende: Die verkrusteten Strukturen in Partei, Gewerkschaft und Staat ...

Es hat zu allen Zeiten Probleme mit der Versorgung, mit lebenswichtigen Gütern gegeben ... Und wir können feststellen, daß die Bereicherung Einzelner, der Funktionärsschichten, auf Kosten der Bevölkerung stattgefunden hat.

Es ist sicherlich nicht übertrieben zu sagen, aber ich meine es ist notwendig, ein sehr deutliches Wort zu sagen: Nicht die Gewerkschaft Solidarität ist am Chaos Schuld, in dem das polnische Volk seinerzeit und gegenwärtig ist, sondern die Cliquen und die Mißwirtschaft der Funktionäre und niemand anders. Eine freie und gleiche Gesellschaft war das jedenfalls vor 1980 nicht. Schon gar nicht eine sozialistische Gesellschaft. Im polnischen Raum ist es notwendig, für die nationale Souveränität und Integrität, für die Selbstbestimmung ... einzutreten.

Auch in der BRD, die ja ungeheuer international verflochten ist, befinden wir uns in einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise ... Es sind ja die wirtschaftlichen Determinanten ..., die letztlich auch zu einer gesellschaftlichen Krise führen.

... Zweitens ist es im Kapitalismus angelegt, und auch alle Wellenbewegungen, die wir beobachten, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir uns hinbewegen auf ein immer geringer werdendes Wachstum, von der Qualität will ich gar nicht mal sprechen ... und daß uns allerdings die Apologeten der freien Marktwirtschaft glauben machen wollen, das sei immerhin noch ein Wachstum, wenn auch nur ein Nullwachstum oder ein Minuswachstum.

Auch bei uns gibt es Verkrustungen, das heißt, also auch in den Gewerkschaften. Es gibt Verbürokratisierung und Unbeweglichkeit. Ich sage das
schaften. Es gibt Verbürokratisierung und Unbeweglichkeit. Ich sage das
auch selbst an unsere eigene Adresse ... Sicherlich ist es auch nicht von der Hand zu weisen, daß die Beschlußlage in der IG Druck und Papier vom Gewerkschaftstag, und in anderen Einzelgewerkschaften zum Teil sicherlich noch viel stärker, für die jungen Leute doch sehr undurchschaubar ist, nehmen wir doch nur einmal den Bereich der Tarifpolitik.

Es ist auch sicherlich nicht unrichtig festzustellen, daß eine mangelnde Einbindung der Mitglieder stattfindet, daß oft genug gesagt wird, um die eigene Untätigkeit, und hoffentlich nicht auch die eigene Unfähigkeit, festzustellen: sind wir kampffähig oder nicht, zu kaschieren. (...) Und sie berufen sich dabei ausnahmsweise auf den Kollegen und Genossen Wolfgang Abendroth, der einmal sagte, daß die Gewerkschaftsvorstände viel progressiver seien als die Basis. Ich glaube, das ist auf dem verkehrten Bein gestellt. (...)

Es gibt kaum die Möglichkeit, bei Wahlen, auch bei Gewerkschaftswahlen, wirklich durch seine eigene Stimme personell und inhaltlich etwas zu verändern ... Irgendwo halte ich das nicht für richtig und ich weiß ja, woher

*Fortsetzung Seite 4*

*Das neue*

**Informationsbulletin Nr. 3**
**„Solidarität mit Solidarność“**
ist erschienen.

Aus dem Inhalt:

Widerstandskraft. Zur aktuellen Lage in Polen · *Dokumentation: Strategiediskussion*, Texte von Jacek Kuron, Zbigniew Bujak, Z. Kowalewski · Weitere Nachrichten aus dem Untergrund · Das Bremer Büro der „Solidarität“ · Eigene Aktivitäten, Berichte von Hilfstransporten nach Polen, u.a.m.

Zu beziehen über
BUCHVERTRIEB HAGER

*Fortsetzung von Seite 3*

den Ehrgeiz, die Macht selber in der Hand zu halten und sich den Parteiapparat unterzuordnen. Viele Analysen, die von der ,,Solidarność" im Untergrund gemacht worden sind, zeigen, daß eben diese Widersprüche zwischen Partei- und Militärapparat beträchtlich sind, weil sich der Parteiapparat nicht damit zufrieden geben will, die zweite Rolle zu spielen, sondern seine alte Rolle behaupten will. Er sucht Unterstützung in der Sowjetunion und bei den anderen Nachbarländern – aber gerade das macht der Militärapparat auch. Die Militärdiktatur hat versucht, eine lange Reihe von besondren neuen Institutionen zu gründen, die ihr unterstellt sind, z.B. Sozialkommissionen in den Betrieben, oder Komitees zur nationalen Rettung. Der Parteiapparat versucht nun seinerseits, diese Institutionen unter seine Kontrolle zu kriegen. Momentan gibt es zahlreiche Hinweise auf einen Kleinkrieg zwischen Armee und Partei. Allerdings darf man nicht vergessen, daß beide Apparate das gleiche Ziel verfolgen, ,,Solidarność" zu vernichten. Aber diese Rivalität erschwert die Stabilisierung der Staatsmacht und erleichtert ,,Solidarność" so die Lage.

*Gibt es auch Widersprüche in der Armee selbst?*

Innerhalb der Armee gibt es zwei Apparate, nämlich einen Apparat von Berufsoffizieren, und einen zweiten von politischen Offizieren, d.h. praktisch einen Apparat der Partei in der Armee. Es ist bemerkenswert, daß die offizielle Zeitung der Armee ,,Zolnierz Wolności" (,,Soldat der Freiheit") sehr viel mehr den Standpunkt des Parteiflügels repräsentiert.

*Am 13. Januar gab bereits einmal in Danzig die Gründung eines ,,Nationalen Widerstandsrates" (OKO). In welchem Verhältnis stand und steht das zur jetzigen Koordination des Widerstandes?*

Das war ein erster Versuch, eine zentrale Führung des Widerstandes zu bilden. Es war aber so, daß dieser Versuch von vornherein von Bogdan Lis, einer der Hauptführer der ,,Solidarität" im Raum Danzig, nicht unterstützt wurde. Trotzdem war es ein großes Verdienst, dieses Komitee gegründet zu haben, weil es die erste Probe war. Zu diesem Zeitpunkt war die Zeit aber noch nicht reif dafür, weil es von den Führungen in den Regionen gar nicht unterstützt werden konnte. Jetzt ist das eben möglich, und die Provisorische Landeskommission, die am 22. April gegründet wurde, besteht gerade aus den Regionalführern, und hat von daher seine Autorität.

*Können Sie konkret noch mehr über Ihre Arbeit im Ausland berichten?*

Diese Arbeit hat viele Aspekte. Nur einige als Beispiel, ich will mich dabei auf die materielle Hilfe konzentrieren, weil sie eine sehr große Bedeutung hat. Ich kann natürlich am besten über Frankreich berichten, weil ich dort tätig bin und weil die Hilfe der französischen Gewerkschaften wohl die bedeutendste in ganz Europa ist. Durch die Aktionen, die die Gewerkschaften, aber auch eine Reihe anderer gesellschaftlicher Organisationen wie die Komitees ,,Solidarität mit Solidarność" durchgeführt haben, sind beträchtliche Geldmengen aufgebracht worden. 7 Mio. Francs (rd. 3 Mio. DM, Red.) haben wir dadurch in die Hände bekommen, und die Aktionen gehen noch weiter. Diese von der französischen Arbeiterklasse aufgebrachten Gelder sind ausschließlich für die Unterstützung des Widerstands in Polen verwendet worden.

Unsere Hauptaktivität in den ersten Monaten war die Hilfe für die Familien der Internierten, Verhafteten usw., weil wir das am leichtesten machen konnten. Unser Komitee hat an über 8000 Familien Pakete geschickt. Momentan haben wir immer bessere Kontakte zur Untergrund-,,Solidarität", auch direkt zu einigen regionalen Führern. In immer größerem Maße können wir die Hilfe jetzt als technische Hilfe für ,,Solidarität" leisten, vor allem, was Druckausrüstungen angeht. Im März hat man in Polen 1700 verschiedene Untergrundschriften gezählt. Das zeigt, welche Bedeutung diese Aktivitäten haben. Wir helfen auch, was die Untergrund-Radiosender angeht, und die Bedeutung dieser Sendungen in Warschau ist ja allgemein bekannt.

Gleichzeitig versuchen wir alle Arbeiter und alle Gewerkschafter in Frankreich zu überzeugen, daß sie ,,Solidarność" unterstützen sollen. Wir machen klar, wer in Polen für wirklichen Sozialismus eintritt und wer in Wirklichkeit die Konterrevolution verkörpert. In einem Land wie Frankreich, wo die Kommunistische Partei die größte Gewerkschaft kontrolliert, ist das von erheblicher Bedeutung. Sowohl die KPF wie die Zentrale der CGT haben ja die Militärdiktatur unterstützt. Ein großer Erfolg für uns war, daß sich innerhalb der CGT jetzt eine Opposition gegen die Führung gebildet hat, eine Bewegung zur Solidarität mit ,,Solidarność".

Wir arbeiten auch mit Gewerkschaften in anderen europäischen Ländern zusammen, vor allem in Spanien, Irland, in der Schweiz, und auch mit einigen englischen Gewerkschaften. Wir haben sogar eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in Mexiko. Überall wollen wir erreichen, daß die Gewerkschaftsbewegung im Westen eine klare Einstellung zu den Geschehnissen in Polen einnimmt. Dazu wollen wir das Bindeglied sein.



## Ingo Lehmann, IG Druck und Papier-Jugendsekretär

*Fortsetzung von Seite 3*

ich komme, und mit welchen Vorstellungen ich mal angetreten bin.

Es gibt auch, gerade im Bereich der IG Druck und Papier, Bestrebungen, Kaderbildung zu betreiben. Und zwar der Situation, daß sie sagen: wir müssen die Kolleginnen und Kollegen, die Vertrauensleute und Betriebsräte in den Betrieben nur mit ganz bestimmten funktionalem Wissen ausstatten, das heißt mit Wissen über Arbeitsrecht und das Betriebsverfassungsrecht usw. Und ich glaube, das kann man als Kaderbildung bezeichnen. Ich bin dagegen, und ich bin im Bereich Jugend und Bildungsarbeit tätig, und wir versuchen dagegen zu arbeiten und unsere Kolleginnen und Kollegen zu bewegen, die eigene Situation zu durchdringen und konfliktbereit und konfliktfähig zu werden. (...)

Zu vergleichen mit der polnischen Situation und der Situation in der Bundesrepublik ist sicherlich dies: die Abhängigkeit von den großen Blöcken, das heißt die Schwierigkeiten dagegen anzugehen. In Nuancen wird diese Situationsbeschreibung ... in Polen und der BRD, für unsere polnischen Kolleginnen und Kollegen sicherlich unterschiedlich sein. In vielen Dingen sind sie sicherlich gleich, wenn in der Ausformung auch anders. Aber die Ausgangslage, und ich meine das ist sehr wichtig festzustellen, ist dagegen doch sehr verschieden.

(...) Generell ist zu sagen, ich habe eine sehr große Ehrfurcht und verbeuge mich vor dem tapferen polnischen Volk, sowohl was die historischen Erfahrungen anbetrifft, wie auch die Gegenwart. Allerdings sind das Worte, die sind leicht gesagt, Worte allein genügen nicht.

Zweitens meine ich, daß wir unbedingt in unserer Organisation, das heißt in der IG Druck und Papier, aber auch im Bereich des DGB und in den anderen Einzelgewerkschaften zu werben haben für die Sache der Kolleginnen und Kollegen, und das ist auch die Mühe wert. Und ich habe leider vergeblich bisher vertreten, ich möchte sagen gegen den inoffiziösen Standpunkt der IG Druck und Papier, der ausgedrückt worden ist in einem Leitartikel durch den sehr verehrten Kollegen Detlef Hensche, der besagte, es müßte also erst noch festgestellt werden, ob es wirklich notwendig sei in einem sozialistischen Land, ich würde sagen in einem sogenannten sozialistischen Land, freie Gewerkschaften zu etablieren. Ich meine es ist notwendig, jede finanzielle und materielle Hilfe dem Solidarność-Hilfs- und Solidaritätskomitee hier in der BRD zukommen zu lassen. Es ist auch notwendig im Bereich der IG Druck und Papier, in Betrieben meinetwegen der Papierverarbeitung was Hygieneartikel betrifft, dafür zu sorgen, daß Betriebsräte, Jugendvertreter und Vertrauenskörper bereit sind hier materielle Hilfe zur Verfügung zu stellen.

(...) Letztlich laßt mich folgendes sagen. Wir fordern auf, daß die polnische Verfassung eingehalten wird. Wenn ich richtig informiert bin, ist der Ausnahmezustand, (...) verfassungswidrig, denn nur bei einer Gefahr von außen, bei einem Angriff von außen ist es möglich, den Ausnahmezustand zu erklären bzw. zu verhängen. Ich meine, es ist notwendig zu fordern, das Rad der Geschichte nicht zurückzudrehen und die Einhaltung der Abkommen von Danzig, Kattowitz und Stettin zu fordern. Ich danke euch.

## Wer will da abseits stehen?

### Gründung der DS Hamburg – Auch die KPD wünscht Erfolg

*chs.Hamburg.* Gut 250 Leute waren zur Gründungsveranstaltung der Demokratischen Sozialisten Hamburg gekommen – der Ort mit gewollter Symbolik im Gewerkschaftshaus. Zwar stimmten ca. 100 mehrheitlich für Gründung der DS Hamburg, aber nur ca. 30 trugen sich in die Mitgliederliste ein. Hauptredner des Abends war Karl-Heinz Hansen. Er stellte die DS vor als erstens antikapitalistisch, zweitens antimilitaristisch und drittens antifaschistisch.

Hatte Hansen die DS vor allem als die neue Aktionspartei herausgestellt, so wurde sie von den folgenden Rednern als die Partei der sozialistischen Arbeiter gepriesen. Der nächste Redner, Harald Gabbe aus Hessen, Betriebsrat bei Volvo, legte einen Schwerpunkt darauf, sich um das *Was* der Produktion zu kümmern; nicht nur Beschäftigung zu verlangen, sondern Selbstentfaltung bei der Arbeit. Es soll erreicht werden, daß Betriebsräte und Gewerkschafter für bisher von den Grünen aufgeworfene Forderungen kämpfen. Das klingt interessant, aber es kann doch nicht der Ernst sein, wenn Gabbe meint, der Fortschritt gegenüber den Grünen bestehe darin, daß die DS die Profitsucht als Ursache der ökologischen Probleme erkennten.

Im Laufe der Debatte stellte sich dann heraus, daß die SOST ,,ihren Beitrag als sozialistische Intellektuelle" bei den DS leisten wollen. Die GIM scheint geschlossen eingetreten zu sein und bemühte zur Begründung gar ,,die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung". Aber auch die Gruppe Z, von der Michael Stamm sprach, ist mit einer Reihe von Mitgliedern den DS beigetreten, um ,,neue politische Formen zu finden, mit denen man an die Leute rankommt". Die Kulturschranke ist überwunden, und die Poesie der schweigen Faust hat wieder Hochkonjunktur. Es überraschte auch kaum noch, daß einige Hamburger Grüne, die ja gar nicht so richtig grün sind, betonten, daß ihnen die DS eigentlich näher stünden als ihr eigener Bundesvorstand. Ein kurioser Weg, die Zersplitterung der Linken zu überwinden, bahnt sich an: man/frau wird einfach überall Mitglied. Als Mitglied der Gruppe Z z.B. ist man dann gleichzeitig bei den Grünen und den DS, wo man mit GIMlern und SOSTlern in einer Partei vereinigt ist. Klar, daß da kaum noch Zeit für grundsätzliche Klärungen bleibt.

Sicherlich werden sich wichtige Kräfte aus linken Gewerkschaftskreisen den DS anschließen. Aber daß mit Arbeitertümelei und vielen Versprechungen die sozialistische Alternative geschaffen wird, glaube ich jedenfalls nicht. Vor allem nicht, wenn die *wesentliche* Differenz zur Grünen Partei darin besteht, daß die DS die staatsmonopolistische Linie der Linken zusammenfassen will. Bleibt nachzutragen, daß die DS Hamburg zur Wahl der GAL am 5.6. aufrufen.

## Außerordentliche Delegiertenkonferenz des KBW

*ges.* Am 12./13. Juni wird der KBW eine außerordentliche Delegiertenkonferenz durchführen. Diesen Termin legte die Bundesleitung fest, nachdem Bezirke, die auf der letzten Delegiertenkonferenz mehr als ein Drittel der Delegierten stellten, die Einberufung einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz beantragt hatten. Diesen Anträgen liegen unterschiedliche, teils entgegengesetzte Intentionen zugrunde. Gemeinsam ist ihnen die Absicht, die Lage und die weitere Arbeit zu besprechen, nachdem die Übereinkunft der ordentlichen Delegiertenkonferenz vom November, gemeinsam an die weitere Klärung einiger strittiger Fragen zu gehen, offensichtlich nicht gehalten hat. Ein Teil der Mitglieder folgert daraus die Notwendigkeit der Auflösung des KBW. Entsprechend haben einige Mitglieder der Bundesleitung einen Antrag auf ,,Auflösung des KBW als einer 1973 im Zusammenhang mit der ML-Bewegung entstandenen Organisation" vorgelegt.

Ein anderer Teil der Mitglieder und der weit überwiegende Teil der Mitglieder der Bundesleitung sind dagegen der Auffassung, daß unter dem Primat der Organisationsfrage und in Form einer ,,Auflösungsdebatte" die tatsächlichen Probleme der Bewegung wie unserer Programmatik und Politik überhaupt nicht vernünftig behandelt werden können. Was am KBW lebendig ist, d.h. eine Reihe von arbeitenden Ortsgruppen und Bezirken und eine beträchtliche Zahl von Kommunisten, die ausgehend von den Erfahrungen der Bewegung über KVZ und Kommunismus und Klassenkampf, Arbeitsgruppen, Arbeitsseminare, Schulungen und Lektürezirkel ihre theoretischen und politischen Auffassungen bilden und die entsprechend in den gesellschaftlichen Bewegungen tätig sind, kann sowieso durch nichts und niemand einfach aufgelöst werden. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint eine ,,Auflösungsdebatte" sinnlos und als Irrweg, auf dem kein einziges Problem gelöst werden kann. Bei solch widersprüchlichen Ausgangsbedingungen wird es nicht einfach sein, überhaupt einen gemeinsamen Ansatz für die Debatte der weiteren Arbeit zu finden.

Für wen sich die Auflösung des KBW als nächster und letzter gemeinsamer ,,positiver" Zweck darstellt, für den stellt sich auch die ,,Vermögensfrage" neu, nämlich als Frage des Eigentums an einigen sachlichen Produktionsmitteln von beträchtlichem Wert. Anders dagegen sieht die Sache aus, wenn man davon ausgeht, was das Leben und wirkliche Vermögen des KBW ausmacht, nämlich die gemeinsame Arbeit und Tätigkeit der Mitglieder, die es überhaupt erst ermöglicht, daß heute ein großer Teil der Produktions- und Sachmittel des KBW anderen Teilen der Linken zur Verfügung gestellt werden kann, etwa Satz- und Druckmöglichkeiten, aber auch Räumlichkeiten. Auflösung des KBW und Vereinsgründung etwa gemeinsame Aneignung seiner Sachmittel einerseits, Festigung und Ausbau der bestehenden Arbeitszusammenhänge und Zusammenarbeit innerhalb der Linken einschließlich der gemeinsamen Nutzung von Sachmitteln, die allerdings nicht von allein funktionieren und sich erhalten, stehen sich als zwei Wege gegenüber. Dieser schroffe Gegensatz wird sich nur auflösen, wenn an die Stelle des Primats der Organisationsfrage und der ,,Auflösungsdebatte" der Primat der Politik und die Debatte um diese Politik tritt. Das werden die Delegierten in der Hand haben.

Daß die theoretischen und politischen Differenzen so tief sind, wie sie sich darstellen, wenn die ganze Auseinandersetzung auf eine Auflösungsdebatte und -entscheidung organisatorisch zugespitzt wird, ist jedenfalls noch lange nicht ausgemacht.

Die Anträge zur a.o. DK können bei KBW-Mitgliedern eingesehen werden oder über die KBW-Zentrale Frankfurt angefordert werden.

# Das Projekt „City-Hilfe" in Westberlin

## Ansatz für eine bessere Gesundheitsversorgung

*nia./mab. Westberlin.* Im Zuge der Sparbeschlüsse des Westberliner Senats sollen auch im Krankenhausbereich drastische Streichungen vorgenommen werden: Allein im städtischen Bereich sollen in den nächsten zwei Jahren rund 1300 Akut-Betten und fast 2000 Beschäftigte ersatzlos wegfallen (sofern man nicht, wie der Senat dies tut, die geplanten Sozialstationen für ambulante Krankenpflege als Ersatz ansieht).

Im Rahmen dieser Bettenreduzierung soll das Albrecht-Achilles-Krankenhaus in Wilmersdorf ab 1.6.82 ganz geschlossen werden. Das Albrecht-Achilles-Krankenhaus ist das einzige Krankenhaus, das es in der Nähe des Kurfürstendamms gibt. In der Unfallhilfe des Krankenhauses wurden jährlich rund 18000 Patienten aus dem gesamten Innenstadtbereich versorgt. Der Nachbarbezirk Charlottenburg hat schon seit mehreren Jahren kein eigenes Krankenhaus mehr, das für die Charlottenburger Bevölkerung notaufnahmeverpflichtet wäre. Das nächstgelegene war bisher das Albrecht-Achilles-Krankenhaus. Seine Schließung bedeutet daher eine gravierende Versorgungslücke für den gesamten City-Bereich.

Als das Albrecht-Achilles-Krankenhaus vor einigen Jahren schon einmal geschlossen werden sollte, konnte das durch massiven Protest der Anwohner verhindert werden. Als im vergangenen Jahr der Senat erneut die geplante Schließung des Krankenhauses ankündigte, initiierte der Wilmersdorfer AL-Gesundheitsstadtrat Ellis Huber die Erarbeitung eines neuen Nutzungskonzepts für die Gebäude, mit dem auch nach der Schließung die Gesundheitsversorgung im City-Bereich gesichert werden soll. Bei dieser Gelegenheit sollten gleichzeitig Ansätze für eine „alternative Gesundheitsversorgung" geschaffen werden.

Der AL-Stadtrat geht in seinem Konzept davon aus, daß seine Vorschläge auch innerhalb der bestehenden Strukturen des Gesundheitswesens möglich seien. Für jeden Teilbereich werden mögliche Träger oder Finanzierungsmöglichkeiten angegeben. Dabei wird an den Erfahrungen existierender Projekte angeknüpft.

Das Projekt orientiert sich an der Selbsthilfe-Bewegung, die in Westberlin auch im Gesundheitsbereich an vielen Punkten existiert. In dem Konzept-Papier heißt es dazu: „Selbsthilfegruppen können außerordentlich zur psychosozialen Verarbeitung von Krisen und chronischen Schäden, zur Vorbeugung und Genesung von seelischen und körperlichen Erkrankungen beitragen ... Die Kapazität von Selbsthilfegruppen scheint unbegrenzt, die Methode kostet nichts und die Effektivität ist vielfach bewiesen. Unbestritten ist mittlerweile die Bedeutung von Selbsthilfegruppen zur Bewältigung der heutigen Gesundheitsprobleme." – „Die Chancen der Gruppenselbsthilfe und die neuen Formen des Gemeinsinns können jedoch nur dann voll genutzt werden, wenn die Zusammenarbeit zwischen Selbsthilfezusammenschlüssen und Fachleuten gelingt. Diese partnerschaftliche Zusammenarbeit muß zweierlei gewährleisten: Sie muß den Selbsthilfegruppen die Möglichkeit zu fachlich fundierter Beratung bieten und gleichzeitig ihre Unabhängigkeit wahren."

### Das Konzept der „City-Hilfe"

Nach gemeinwesenorientierten Prinzipien sollen berufsübergreifende Expertenteams gemeinsam mit Laien und Betroffenen die Gesundheitsversorgung in der City sichern. Medizinische und psychosoziale Hilfe sowie Selbsthilfe- und Nachbarschaftshilfegruppen sollen in einen gemeinsamen Rahmen integriert werden. Neben der Heilung von Krankheiten soll die Prävention ein erhebliches Gewicht erhalten. Ein gemeinnütziger Verein aus den Projektträgern sowie kommunalen und freigemeinnützigen Berliner Institutionen sollen den Gesamt-Träger bilden, der gegenüber dem Land Berlin als Vertragspartner auftritt. Er soll die Gesamteinrichtung verwalten und die inhaltliche und organisatorische Zusammenarbeit der im übrigen autonomen Gruppen und Einrichtungen im Haus koordinieren.

An Einrichtungen sollen entstehen:

- Erste Hilfe, die rund um die Uhr mit einem Arzt, dem diensthabenden Psychotherapeuten der Krisenintervention und dem notwendigen Hilfspersonal besetzt ist. Die Erste Hilfe wird organisiert aus den niedergelassenen Ärzten im Haus und in der näheren Umgebung sowie den Therapeuten aus der Krisenintervention.
- Kriseninterventionsstation, die sowohl ambulant wie auch stationär (mit 12 Betten) für Patienten mit akuten, vor allem psychischen Krisen tätig ist. Der stationäre Aufenthalt ist auf drei bis sieben Tage begrenzt.
- Gemeinschaftspraxen mit acht bis fünfzehn niedergelassenen Ärzten aus unterschiedlichen Fachrichtungen. Sie sollen mit der Krisenintervention, den psychosozialen Versorgungseinrichtungen und den Selbsthilfegruppen zusammenarbeiten.
- Beobachtungs- und Therapieeinheit mit 20–40 Plätzen, die allen Ärzten und der Ersten Hilfe zur Verfügung stehen. Die Liegezeit ist auf vier Tage begrenzt. Zusätzlich sollen hotel-ähnliche Betten ohne medizinischen Status für die Nachsorge im Haus geschaffen werden.
- Sozialstation für häusliche Krankenpflege entsprechend dem Senatsbeschluß. Darüberhinaus soll sie mit den ärztlichen und psychosozialen Diensten der City-Hilfe zusammenarbeiten und begleitende Dienste vermitteln.
- Tagespflege, bestehend aus 24 psychiatrischen und somatischen Plätzen, die über die teilstationäre Versorgung erreichen soll, daß Behinderte und Ältere möglichst lange in der häuslichen Umgebung bleiben können.
- Pflegewohnungen mit zweimal zehn Plätzen, um kurzzeitig Pflegebedürftige zu versorgen.
- Therapeutische Wohngemeinschaften mit jeweils 4–6 Plätzen für psychiatrische Ex-Patienten.
- Soziale Beratungsdienste, die nach dem Grundsatz der „Hilfe zur Selbsthilfe" Gesundheits-, Sozial-, Erziehungs-, Wohn- und Verbraucherberatung machen.
- Psychosoziale Kontaktstelle mit 24stündiger Ambulanz im Rahmen der Krisenintervention mit offener psychosozialer Beratung.
- Psychosoziale Beratung für Krebspatienten in Verbindung mit Selbsthilfegruppen.
- Psychotherapie und Beratung mit einem Team von Diplom-Psychologen mit dem Schwerpunkt auf Familientherapie.
- Therapeutische Tagesstätte zur Rehabilitation psychisch Kranker, in der Wohnen und Arbeiten miteinander verbunden sind.
- Sozialmedizinischer Dienst nach dem Modell von Pro Familia mit einer Ambulanz für Schwangerschaftsunterbrechungen.
- Selbsthilfe-Zentrum als Kontakt- und Vermittlungsstelle für Selbsthilfegruppen mit unterstützender Funktion; für Öffentlichkeitsarbeit und zur Verwaltung der für die Selbsthilfegruppen im Haus vorhandenen Einrichtungen.
- Volkshochschule Gesundheit, die im Verbund mit den VHS Wilmersdorf und Charlottenburg unter Mitarbeit der im Haus tätigen Gruppen ein gesundheitliches Bildungs- und Erziehungsprogramm entwickeln soll.
- Wohnungen – 2–3 Wohneinheiten für Mitarbeiter oder freie Mieter.
- Werkstätten für Freizeitaktivitäten und für Rehabilitation.

- Werkstätten für Freizeitaktivitäten und für Rehabilitation.

- Kommunikative Kontaktträger: Café, Teestube, Bibliothek o.ä.

Die einzelnen Vorschläge für sich genommen sind nicht originell; fast alle orientieren sich an schon vorhandenen Modellen. Die neue Qualität des Konzepts liegt vielmehr darin, daß alle unter einem Dach vereinigt sind und dadurch eine intensive Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Bereichen möglich wird, für eine umfassende und bürgernahe Gesundheitsversorgung.

Der Senat hat nach anfänglicher Ablehnung begonnen, sich mit dem Konzept auseinanderzusetzen. Ende April erklärte Gesundheitssenator Fink, daß als ein „Zeichen der Neuorientierung" in der Berliner Gesundheitspolitik nach dem Gesichtspunkt „So viel ambulante Versorgung wie möglich, so viel stationäre Behandlung wie nötig" ein an den Vorschlägen orientiertes Nutzungskonzept realisiert werden solle: Konkret sieht das bisher so aus, daß die Kassenärztliche Vereinigung eine feste Erste-Hilfe-Station und der Senat eine Sozialstation einrichten will. Das DRK soll die Apotheke weiterführen; einige Räume sollen für Arztpraxen zur Verfügung gestellt werden, und außerdem soll ein Zentrum für medizinische Selbsthilfegruppen geschaffen werden. Des weiteren soll das Landesversorgungsamt einziehen.

Die Chance für eine Realisierung des Projekts zumindest in Teilbereichen scheint also vorhanden. Überdies sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen, obwohl der 1. Juni schon vor der Tür steht; in der vergangenen Woche z.B. konnte noch eine Vergrößerung des Selbsthilfe-Zentrums auf 300 m² durchgesetzt werden.

# Medizin: Erhöhung der Zulassung – aber nur für 1. Studienteil

*dodo.* Schon im Oktober letzten Jahres hat das Bundesverfassungsgericht ein Urteil bezüglich der Kapazitätsberechnung für das Medizinstudium gefällt, das erst jetzt allgemein bekannt wurde und auch gleich seine Folgen zeigte. Bislang wurde allen Medizinstudenten eine Zulassung für das gesamte Studium gewährt. Das soll sich jetzt ändern: für besonders risikobereite Bewerber soll es eine Zulassung nur für die Vorklinik geben, die Möglichkeit der Fortsetzung und Beendigung ist damit ungewiß und für viele auch bestimmt unmöglich. Es wird also demnächst Studenten I. und II. Klasse geben. Derartige zweitklassige Zulassungen können nur dann abgewiesen werden, wenn die Unmöglichkeit des Weiterstudiums gewiß ist.

Dieses Urteil stützt sich auf eine nun erfolgte Neuberechnung der Kapazitäten getrennt nach Vorklinik und Klinik. An einigen Universitäten, so auch in Göttingen, sind im Verhältnis zu den nach der Approbationsordnung vorgeschriebenen Lehrverpflichtungen relativ zuviel Stellen vorhanden, das Lehrangebot ist größer als das Durchschnittliche, zusätzlich werden von den zur Lehre Verpflichteten wahrscheinlich nicht einmal genügend Stunden gehalten. D.h. für die Gerichte, daß nach den vorhandenen Lehrenden noch erheblich mehr Studenten ausgebildet werden könnten. Für die Klinik sieht die Lage dagegen völlig anders aus: hier werden die Kapazitäten nach den für die Lehre zur Verfügung stehenden Patienten berechnet, was wiederum am Beispiel Göttingen erheblich unter der Zahl der möglichen Kapazitäten der Vorklinik liegt. Bisher war aber für die Gesamtzulassung diese Zahl die entscheidende. An anderen Universitäten liegen die Verhältnisse allerdings umgekehrt, hier wären also noch freie Plätze in der Klinik. Teilweise sind diese Ungleichheiten durch Verträge zwischen den einzelnen Universitäten ausgeglichen, einen völligen Ausgleich gibt es jedoch nicht. Nun ließen sich aber auch durch Verschickung der überzähligen Studenten der Vorklinik wohl kaum für alle irgendwo ein klinischer Studienplatz finden, denn es stehen schon bei den bisherigen Zulassungszahlen für 10700 Studienanfänger nur 9287 klinische Ausbildungsplätze pro Jahr zur Verfügung, d.h. es wird ohnehin mit einer Abbrecherquote von über 13% gerechnet, die aber nach anderen Berechnungen nicht einmal eingehalten wird, sondern eher darunter liegt. Wie soll man dann bei den gegebenen Verhältnissen weitere 1000 Studenten in der Klinik unterbringen?!

Zu erwarten wäre sowohl eine höhere Durchfallquote in den Prüfungen, als auch Zulassungsbeschränkungen und Einführungsklausuren für die einzelnen Fächer, von denen aber alle Studenten betroffen wären.

35000 bis 40000 demonstrierten am 15. Mai in Hannover gegen die IDEE (International Defense Electronic Exposition).

Mit solch großer Beteiligung hatten die Veranstalter nach Abspaltung der „Gewaltfreien" – in Hannover durch DFG/VK und DKP repräsentiert – nicht mehr gerechnet. Die DKP-orientierten Gruppen hatten bereits am 14.5. zu einer Kundgebung und Demonstration aufgerufen, an der sich 3000 bis 4000 beteiligten. Ihr Argument für das Verlassen der Aktionseinheit: In dem Aufruf zur nationalen Demo am 15.5. sei auch zu Selbstschutzmaßnahmen gegen Übergriffe der Polizei aufgefordert, deswegen seien Gewalttaten der Demonstranten nicht auszuschließen – zudem würde im Bündnis gegen gewaltfreie Gruppen gehetzt.

Trotz dieser Befürchtungen hielten sich die überwiegend aus Hannover gekommenen Demonstranten an die Absprachen. Lediglich zwischen einigen auswärtigen Autonomen Gruppen und der massiv aufmarschierten Polizei kam es zu kleineren Auseinandersetzungen. Obwohl Tausende Polizisten Hannover in ein Heerlager verwandelt hatten, mußte die Polizeiführung mit einer Bundesgrenzschutzstaffel Hubschrauber während der Kundgebung am Messegelände noch einmal provozieren. Auf dem Rückweg wurde ein Polizeifahrzeug (nur mit Fahrer) umgestürzt und ein Hamburger Polizeioffizier ließ „zum Spaß" auf die Demonstration einknüppeln.

Das anschließende Rockfestival war ein voller Erfolg.

Am Montag versuchte Helmut Schmidt unbehelligt in der Stadthalle die ILA (Internationale Luftfahrt-Ausstellung) zu eröffnen. Eine Gegenkundgebung fand unter schweren Übergriffen der Polizei statt. Mehrere Hundertschaften hatten einen Sammelplatz der Demonstranten überfallen und die Abgabe von Helmen und Tüchern verlangt. Auch nach Erfüllung dieser Auflage durften die Teilnehmer der Kundgebung erst nach zwei Stunden in Richtung Stadthalle abmarschieren.

Während der ganzen Woche finden in Hannover Aktionen gegen den militärischen Teil der ILA (Schwerpunkt in diesem Jahr: Wehrtechnik) und die IDEE statt. *As*

## Veranstaltungen

**Hamburg**
Diskussionsveranstaltung zum Programm der GAL. „Eimsbütteler Krug"
*Mittwoch, 26.5.1982, 19.00 Uhr*

**Leverkusen**
Jahreshauptversammlung von amnesty international 1982. Mit Lew Kopelew, Gert Ruge, Pannach & Kunert, F.C. Delius, Carola Stern. (10,00 DM, öffentliche Versammlung). Theatersaal des Forums Leverkusen
*Freitag, 28.5.1982, 19.30 Uhr*

*Freitag, 28.5.1982, 19.30 Uhr*

### *Arbeitsgruppen:*

**Fragen der Friedensbewegung**
Schwerpunkt wird noch einmal die Untersuchung der Sowjetunion sein: Die innere Entwicklung / Theoriebildung / Außenpolitik vor, im und kurz nach dem II. Weltkrieg – Bildung des „Cordon sanitair" / Militärdoktrin der Sowjetunion / Die Politik der Sowjetunion gegenüber der Dritten Welt
*Termin: 4./5. September 1982*

**Anmeldungen bis spätestens 1 Woche vorher**

### *Schulungen:*

**Karl Marx: Das Kapital, Band I**
*Beginn: Samstag, 10. Juli 1982*
*Ende: Sonntag, 18. Juli 1982*

**Karl Marx: Das Kapital, Band II/III**
*Beginn: Montag, 19. Juli 1982*
*Ende: Sonntag, 1. August 1982*

**Anmeldungen zu den Schulungen bitte min-**

**Anmeldungen zu den Schulungen bitte mindestens 3 Wochen vorher**

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich. Die Übernachtungen erfolgen im Haus der Jugend, Preis pro Nacht 14,90 DM

**Kommunistische Volkszeitung**

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

**Redaktion.** Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · **Telefon 0611/730236** · Telex: 413080 kuehl d.

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

# Noch im Urteil steckt der Mordvorwurf

Ein Polizist ist im Eis des Grabens am Bauplatz eingebrochen. Mit Spaten und Knüppeln schlagen militante Demonstranten brutal auf ihn ein

*gkr.* Im Grunde endet der Brokdorf-Prozeß so, wie er begonnen hat, das Urteil ist so ungeheuerlich, wie der erste Tatvorwurf des versuchten Mordes. Michael Duffke, 36 Jahre alt, wurde zu fünfeinhalb Jahren Haft und Markus Mohr, 20 Jahre alt, zu 3 Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. Richter Selbmann übertraf mit diesem Urteil selbst Staatsanwalt Wieduwilt, der für Markus Mohr ,,nur" 2 Jahre Haft mit Bewährung gefordert hatte. Vor allem aber übertraf dieser Richter wohl alles, was man dieser bürgerlichen Justiz zuzutrauen schon bereit war, und das ist wahrlich nicht gerade wenig.

Das Verfahren war von vornherein politisch. Daran gab es keinen Zweifel. Die Brokdorf-Demonstration am 28. Februar des vergangenen Jahres war verboten worden mit der beliebig einsetzbaren Begründung, es seien Gewalttaten zu erwarten. Obwohl schließlich gute Gründe für eine Besetzung des Bauplatzes gesprochen hätten, obwohl die Polizei durch allerlei Schikanen wie Straßensperren, plötzliche Ausfälle, wildes Prügeln und Festnahmen, durch provozierenden Einsatz von Hubschraubern etc. genügend Anlaß für aktive Widerstandsaktionen geboten hat, blieben die über 100000 Menschen, die sich allen Schikanen schon bei der Anfahrt zu Trotz versammelt hatten, vergleichsweise ruhig. Selbst Innenminister Barschel von Schleswig-Holstein hatte in ersten Reaktionen auf den friedlichen Verlauf der Demonstration hinweisen müssen.

In einer beispiellosen Pressekampagne wurde im folgenden die Gewalttätigkeit bei der Demonstration am 28. Februar ,,bewiesen". Aufgrund des Bildes, das am 5.3. im Stern veröffentlicht wurde (Staatsanwalt Wieduwilt bei seinem Plädoyer: (,,Niemand hier wird sich dem Eindruck dieses Bildes widersetzen."), konzentriert sich diese Pressekampagne auf die 3 Brokdorfer Demonstranten. Der Fahndungsaufruf, der im Anschluß an die Tagesschau am 23.3.1981 verbreitet wurde (ein durchaus seltenes Verfahren), erscheint nüchtern im Vergleich zu den in der Presse verbreiteten Lügen: ,,Und nun bittet die Kriminalpolizei um Ihre Hilfe. Bei gewalttätigen Ausschreitungen innerhalb der Brokdorf-Demonstration am 28.2.1981 ist ein saarländischer Polizeibeamter lebensgefährlich verletzt worden. Die Staatsanwaltschaft in Itzehoe hat ein Ermittlungsverfahren gegen 3 zur Zeit noch unbekannte Demonstranten wegen gemeinschaftlichen versuchten Mordes eingeleitet." Dies war schließlich die einzige Überrest der ganzen Pressekampagne, die die Springerpresse gleich nach der Demonstration begonnen hatte: ,,Polizisten brannten wie Fackeln" (,,Bild am Sonntag", 1.3.1981); ,,Brokdorf noch blutiger: 200 verletzt. Die bisher größte Demonstration von Atomkraftgegnern endete am Samstag doch in einem Chaos, das viel blutiger war, als das Fernsehen zunächst zeigte." (,,Bild", 2.3.)

Der Mordvorwurf konnte schon bei Sendung des Fahndungsaufrufs nicht aufrecht erhalten werden. Den angeblichen Schädelbasisbruch bei Schütt, dem SEK-Beamten, gab es nicht und am 14.3.1981 war er schon aus dem Krankenhaus entlassen worden. Anfang Mai mußte die Staatsanwaltschaft schließlich auch offiziell den Vorwurf des versuchten Mordes zurücknehmen. Was blieb, war die Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch. Daß es auch dabei vor allem um eine hohe Bestrafung ging, und daß im Grunde der versuchte Mord immer noch seine Rolle spielte, zeigte zweierlei: Das Verfahren wurde sofort vor dem Landgericht angesetzt, was nicht nur die beabsichtigte hohe Bestrafung schon von vornherein deutlich machte, sondern auch eine Möglichkeit der Berufung den beiden jetzt Verurteilten nimmt. Und: für die gesamte Dauer des Verfahrens blieben die Haftbefehle gegen Michael und Markus bestehen, nur der für Markus Mohr wurde außer Vollzug gesetzt, Michael Duffke blieb die ganze Zeit über, mittlerweile seit über einem Jahr, in Haft.

Der Prozeßverlauf ließ keinen Zweifel aufkommen: Eine Verurteilung mußte wenigstens in diesem Brokdorf-Prozeß erreicht werden. Frühzeitig wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen, ein Teil der Presse gleich mit und eigentlich hätte auf Intervention des Bundesverfassungsgerichts hin ein Teil des Prozesses wiederholt werden müssen. Als der Richter, durch die Anträge der Verteidigung auf Einstellung stutzig geworden, sich vergegenwärtigte, daß die Verhandlung nicht ohne weiteres ginge, daß damit der ganze Prozeß geplatzt wäre, hieß es für ihn: Augen zu und durch. Wiederholt wurde trotz der teilweise ausgeschlossenen Presse nichts. Die Beweisaufnahme brachte keineswegs einen schlüssigen Nachweis, daß die 2 Angeklagten überhaupt die auf dem Bild Festgehaltenen sind, schwere Verletzungen des SEK-Beamten Schütt aufgrund dieses Vorfalls konnten ebenfalls nicht nachgewiesen werden. (vgl. KVZ 19)

Nachdem Staatsanwalt Wieduwilt, auf politischen Druck Strafen gefordert hatte, die weit über das in solchen Fällen übliche, selbst wenn die Vorwürfe nachgewiesen wären, hinausgingen, setzte dem Richter Selbmann mit den Urteilen die Krone auf. Obwohl längst nicht mehr angeklagt, schwang der Vorwurf des versuchten Mordes in der Anklagebegründung mit: Zur Überzeugung des Gerichts sei erwiesen, daß Schütt, der in den Wassergraben geraten war und nicht hinauskam, subjektiv in eine Situation geraten sei, daß er um sein Leben fürchtete. Die Schläge der beiden Angeklagten auf den Helm von Schütt seien Schläge gewesen, die die Gefahr einer schweren Körperverletzung und auch Lebensgefahr für Schütt mit sich gebracht hätten. So führte Selbmann in seiner mündlichen Begründung aus. Einmal mehr bestätigte sich nachträglich die Richtigkeit der Forderung der Verteidigung, den Prozeß einzustellen. Am 1. Prozeßtag am 1. Oktober 1981 hatten sie in einem Antrag geschrieben: ,,Aufgrund der diesem Verfahren zugrundeliegenden Thematik, der Kriminalisierung des Widerstandes gegen das Atomprogramm der Bundesregierung, wird Ablauf und Ergebnis dieses Verfahrens nicht von diesem Gericht bestimmt, sondern von politischen Instanzen diktiert. Das Gericht ist aufgrund dieser spezifischen Zielgerichtetheit der gegen die Angeklagten geführten Ermittlungen, sowie der darauf abfolgenden, die Angeklagten verunglimpfenden Pressehetze und Vorverurteilung, nicht mehr in der Lage, unabhängig, d.h. als weisungsungebundenes Organ der Juridiktion, – und unvoreingenommen – d.h. vorurteilsfrei und allein getragen von der gesetzlichen Unschuldsvermutung – zu urteilen."

In der Urteilsbegründung klingt an, was insbesondere Franz Josef Strauß nach der Brokdorf-Demonstration bis zum Erbrechen wiederholt hat: Die Polizei darf kein Freiwild sein. Und eine Vorlesung über Demokratie schloß Selbmann an: Zur Durchsetzung von politischen Zielen müsse man Mehrheiten finden. Finde man sie nicht, müsse man sich unterordnen, sonst entferne man sich von der Demokratie und komme zur Anarchie. Das ,,kriminelle Handeln" der Angeklagten sei insofern von erheblicher Bedeutung und keinesfalls gleichzusetzen mit einer Wirtshausschlägerei. Das ist zynisch. Wer die Macht hat, hat die Mehrheit, und damit das Recht, sich gegen jeglichen Widerstand mit Polizeigewalt durchzusetzen. Das ist der Kern der Aussage Selbmanns.

Duffke sei vorbestraft. Damit alleine sei schon das ,,mittelschwere Strafmaß" gerechtfertigt. Und Markus Mohr? Auch er hätte als Abiturient Demokratie und Anarchie unterscheiden können müssen. Daher sei sein Verbrechen ein besonders schwerwiegendes Delikt. Nein, das Gericht hätte nicht erkennen können, daß Mohr in Zukunft auf Gewalt verzichte. Er aber müsse wissen, ,,daß er nicht mit dem Kopf durch die Wand kann. Wenn er dies nicht einsehen will, so müssen wir ihm zeigen, daß die Wand stärker ist".

Im vergangenen Sommer waren nach mehrjährigen Verhandlungen die Urteile im sog. Majdanek-Prozeß gefällt worden, Urteile gegen Massenverbrecher, die an der systematischen Ausrottung der Juden im Dritten Reich beteiligt waren. Die Urteile waren skandalös niedrig, auch wenn das vielleicht noch nicht einmal eine böse Absicht des Richters war. Vergleicht man diese Urteile aber mit den hier gefällten, so schlägt die Wut über diese Urteile, der Haß, den man auf solche Richter wie Selbmann entwickelt auch etwas vom Klassencharakter dieser Justiz, auch wenn es sich zunächst nur um zwei vielleicht besonders krasse Einzelfälle handelt. Damals wurde der stellvertretende Kommandant des Lagers Majdanek, Hackmann, wegen Beihilfe zum Mord zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Andere kamen gar, ebenfalls wegen Beihilfe zum Mord, mit drei Jahren davon. Und hier jetzt wurden zwei stellvertretend für die 100000, die am 28. Februar in Brokdorf demonstrierten teilweise noch höher bestraft als jene Massenmörder, deren Massenmord vielleicht nach über 30 Jahren nicht mehr so eindeutig zu beweisen war.

Es gab und gibt starke Proteste gegen die harten Urteile, am vergangen Samstag fand eine Demonstration in Neumünster, wo die beiden einsitzen, statt. Aber immer wieder stellt sich auch das Problem, wie dort, wo die Justiz einzelne aus einer Massenaktion herausgreift, wirksam Widerstand zu leisten ist. In der ,,taz" hatte Hilmar Zschach in einem Kommentar als Nebenseite diese Frage auch thematisiert. Die Antwort war wenig förderlich, um das Problem einer wirksamen Unterstützung von Angeklagten und hier besonders von Michael Duffke und Markus Mohr zu klären. Einige Gruppen brachen im Hamburger Büro der ,,taz" ein und zerstörten einige Einrichtungsgegenstände.

Die Presse, die vor etwas über einem Jahr so schnell zur Hand war mit der Verurteilung, sie ist vergleichsweise still. Selbst der Spiegel, sonst doch leicht zur ,,liberalen Presse" gerechnet, vermag sich nur zu einer schwachen Verurteilung des Strafmaßes herzugeben. Während des Nürnberger Prozesses waren die Stellungnahmen eindeutiger, obwohl doch beiden Verfahren auch eines gemeinsam ist: Die Verschärfung des Demonstrationsrechts soll als notwendig begründet werden.

## Hamburger Senat beschließt: Kein Ausstieg aus Brokdorf

*cld.Hamburg.* Am 27. April hat der Hamburger Senat einstimmig den Beschluß gefaßt, die HEW (Hamburger Elektrizitätswerke) *nicht* zu einem Ausstieg aus Brokdorf zu veranlassen. Der Senat setzt damit die Politik fort, die vor ca. einem Jahr zum Rücktritt von Klose geführt hat, der versucht hatte, den Beschluß des Hamburger SPD-Parteitages zum Ausstieg aus Brokdorf gegen die Interessen der HEW und der Hamburger Kapitalisten durchzusetzen und damit gescheitert war. Gleichzeitig gab der Senat bekannt, daß er mit der HEW ein Abkommen getroffen hätte, daß bei etwaigen Überkapazitäten die Beteiligung der HEW an Brokdorf langsam abgebaut werden solle. Das ist wohl als Bonbon gedacht, damit die bittere Pille des AKW-Baus besser von der Hamburger SPD geschluckt wird. Auch ist mit diesem Beschluß der weitere Ausbau der Fernwärme mit Hilfe von dezentralen Kraftwerken auf 180000 Wohneinheiten eingeschränkt. Die Alternative zum Bau des AKW Brokdorfs war nach Kloses Vorstellungen ein verstärkter Bau von Kraftwerken in den Stadtteilen. Dieses Konzept ist am Widerstand der Stadtteilbevölkerungen gescheitert, nicht weil es unvernünftiger wäre, als das AKW Brokdorf, sondern weil die HEW solche Werke aus Profitgründen 1. ohne die modernsten umweltschonenden Anlagen wie Wirbelschichtfeuerung, wirksamen Filtern etc. bauen wollten und 2. diese Kraftwerke gar nicht zur Versorgung der betreffenden Stadtteile gedacht waren, sondern zur besseren Ausnutzung bestehender Heizwärmesysteme in anderen Stadtteilen, vor allem in der City. Gegen den Beschluß des Senats hat sich bisher kaum Widerstand geregt, weil die BIs sowohl in Hamburg, aber auch im Umland mehr oder weniger eingegangen sind.

# Die übrigen Brokdorf-Prozesse im Überblick

Neben dem als ,,Pilotverfahren" gekennzeichneten Prozeß gegen Michael Duffke und Markus Mohr werden einige andere Prozesse vorbereitet, laufen oder sind gar schon abgeschlossen. Im folgenden ein Überblick:

Gegen **Ralf Uchtmann** aus Osnabrück wurde Anfang Januar verhandelt. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft lautete auf ,,schweren Landfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und versuchte Gefangenenbefreiung". Ralf war am 28. Februar 1981 bei dem Versuch, einer Demonstrantin zu helfen, die durch den Rotorsog eines tieffliegenden Hubschraubers zu Boden geschleudert worden war und noch am Boden liegend von 6 – 7 Polizisten zusammengeschlagen wurde, ebenfalls zusammengeschlagen und anschließend festgenommen worden. Bei der Zeugenvernehmung erwiesen sich die anfänglichen Anklagepunkte als völlig haltlos, selbst der Staatsanwalt mußte in seinem Plädoyer daraufhin Freispruch fordern. Ralf wurde freigesprochen.

Gegen **Wilfried Gödeker** wurde ermittelt wegen Landfriedensbruch, Teilnahme an einer verbotenen Demonstration und Mißbrauch von Amtszeichen. Das Amtsgericht Itzehoe lehnte eine Eröffnung des Hauptverfahrens wegen widersprüchlicher Polizeiaussagen, die sechs Wochen nach der Festnahme ganz anders lauteten als am 28.2., ab. Dagegen legte der leitende Oberstaatsanwalt in Itzehoe Beschwerde beim Landgericht ein. Eine Entscheidung ist noch nicht bekannt.

**Edeltraut** aus Tübingen wurde vorgeworfen, Steine auf Polizisten geworfen und Widerstand geleistet zu haben. Im Prozeß stellten sich die Anklagen als zusammengeklaubte Vorwürfe heraus. Richter Voß blieb nach der Zeugenvernehmung, zu deren günstigen Verlauf sicher wie in den anderen Fällen eine zahlreich erschienene Zuhörerschaft beitrug, nichts anderes als Freispruch übrig. Obwohl selbst der verhandelnde Staatsanwalt diesen Freispruch gefordert hatte, legte der höhergestellte Staatsanwalt Wieduwilt Berufung beim Landgericht Itzehoe ein.

**Hero** aus Vechta, gegen den beim Jugendgericht in Norden verhandelt wird, hatte bisher noch keinen Termin. Ihm wird schwerer Landfriedensbruch und dreifache Körperverletzung vorgeworfen.

Seit dem 3. März läuft ebenfalls vor dem Landgericht in Itzehoe das Verfahren gegen **Herbert Bauermann** aus Uelzen. Ihm wird vorgeworfen, Steine auf Polizisten geworfen zu haben. Die Vorgehensweise im Verfahren weist viele Ähnlichkeiten mit dem Prozeß gegen Duffke und Mohr auf; bis hin zu dem Ausschluß der Öffentlichkeit mit einer unrechtmäßigen Begründung. Ein Polizeizeuge konnte im Verfahren den von ihm festgenommenen Herbert nicht wiedererkennen, den er bei der Brokdorf-Demonstration am 28.2. erst einige Zeit nach dem angeblichen Steinewerfen aufgrund seiner Kleidung erkannt haben will, als er ihn festnahm. Ein anderer Polizeizeuge kippte gar ganz um, als seine Aussage protokolliert werden sollte.

Gegen **Kay Seligmann** und **Uwe Zabel** vom Aktionskreis Leben, beide Gewerkschafter, wurde der Termin für die Hauptverhandlung immer wieder verschoben. Schon die Anklage mußte gegenüber den ursprünglich erhobenen Vorwürfen Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr, Körperverletzung und Transport von Waffen und waffenähnlichen Gegenständen drastisch reduziert werden. Laut Eröffnungsbeschluß steht nun nur Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Vergehen nach dem Versammlungsgesetz zur Anklage. Nachdem die Eröffnung des Verfahrens immer wieder hinausgeschoben werden mußte, wollte die Staatsanwaltschaft erst nach einem Urteil gegen Markus Mohr und Michael Duffke verhandeln.

Die bisherigen Verfahren zeigen, daß die Staatsanwaltschaft mit den hastig zusammengezimmerten Vorwürfen in der Regel nicht durchgekommen ist. Um so mehr wurde schließlich bei den noch anstehenden Verfahren auf eine Verurteilung von Markus und Michael gesetzt.

Eine Verurteilung soll sicher auch ihre Auswirkung auf das Anfang April durch Zusendung der Anklageschrift gegen **Jo Leinen**, Sprecher des BBU, eingeleitete Verfahren haben. Ihm wird vorgeworfen, die ,,Leitung einer verbotenen Demonstration" gehabt zu haben. Für die Durchführung dieses Prozesses wird das Urteil gegen Markus und Michael Bedeutung haben, wäre es doch schließlich das einzige, das die Gewalttätigkeit der Demonstration beweist und damit auch gleich das ausgesprochene Verbot rechtfertigt.

**Brokdorf-Prozeßnachrichten**
hrsg. vom Aktionskreis Leben –
Gewerkschafter gegen Atom
c/o Michael Petersen, Gustav-Falke-Str. 2
2000 Hamburg 13, Tel.: 040/443946

**Solidaritätskonto:**
Michael Petersen, PSchA Hamburg,
Konto: 138478 – 205
Stichwort: Brokdorf-Verfahren

## Zuckerbrot und Effektivierung der Diktatur in Südafrika in Planung

*kvz.* Ein „Rat des Präsidenten" hat seinen Vorschlag für eine Verfassungsreform in Südafrika vorgelegt. Weiterhin bleibt die schwarze Bevölkerungsmehrheit danach ohne Rechte. Weil aber „Spannungen und tiefreichender Wandel" erwartet werden, sollen Inder und Mischlinge in einem eigenen Parlament vertreten sein. Um aber sogleich diesem neuen Parlament nicht wieder zu viele Machtbefugnisse zu geben, soll ihm ein Staatspräsident vorgesetzt werden, der in Zukunft dem Parlament weder rechenschaftspflichtig noch verantwortlich sein soll. Die Konzentration von Befehlsgewalt an der Spitze sei „wünschenswert". Verkauft wird das ganze als *Reform*, um die Revolution zu verhindern. Das weiße Machtmonopol wird dadurch aber überhaupt nicht durchbrochen. Die schwarzen politischen Führer haben ihr „totales Desinteresse" bekundet. Ob der Verfassungsvorschlag durchkommt, hängt von der Nationalen Partei ab. Lehnt sie ab, wird von bürgerlichen Kommentatoren eine Stärkung der äußersten Rechten und eine Radikalisierung der Schwarzen befürchtet.

## Niederländische Regierung geplatzt

*rof.Kleve.* Die Niederländische Koalitionsregierung zwischen Christdemokraten (CDA), Linksliberalen (D'66) und Sozialdemokraten (PvdA) ist an der Beschlußfassung über die Haushaltsplanungen 1982/83 zerbrochen. Unter dem Druck eines Haushaltsdefizits von ca. 25 Mrd. Gulden (Gesamtetat 1982: 128 Mrd. Gulden) und einer wachsenden, auf ca. 500 (rd. 10%) prognostizierten Arbeitslosigkeit [illegible] konnte das Kabinett Van Agt II keinen Kompromiß finden. Nachdem im April eine vorübergehende Einigung Einsparungsdaten festgelegt hatte, 1982 ca. 3,5 Mrd. Gulden, 1983 ca. 8 Mrd., forderte CDA-Finanzminister Van der Stee für 1983 eine weitere Milliarde Gulden Einsparung. Vor allem bestand Differenz im Käbinett über das Wie und Wo einzusparen sei. CDA und D'66 verfolgten die Linie, durch Erleichterungen für die Kapitalisten bei den Sozialzahlungen die Investitionslust anzufachen, während den Uyl (PvdA) an seinem fortwährend schrumpfenden Plan zur Schaffung neuer Arbeitsplätze überwiegend durch Vollführung der staatlichen Aufgaben festhielt. Bei den Plänen zur Finanzierung dieses Arbeitsplatzbeschaffungsplanes war die PvdA in Widerspruch zur eigenen Wählerschaft, zu den Gewerkschaften geraten, insbesondere als die Krankengeldzahlungen von 100% des Nettolohnes auf 80% beschränkt werden sollten. Unter dem Druck der gewerkschaftlichen Aktionen mußte den Uyl den Plan fallen lassen. Die im März durchgeführten Wahlen zu den Provinzparlamenten brachten der PvdA einen Erdrutsch, absolut verlor sie gegenüber 1978 40% ihrer Stimmen (vor allem an die kleineren linken Parteien, bei der Jugend und durch Nichtbeteiligung ihrer Wählerschaft). Die neuen Forderungen des Finanzministers sahen die sechs PvdA-Minister als Bruch der Regierungsvereinbarungen und traten zurück. Die Königin hat einen neuen Informateur eingesetzt, der den Kabinettsbruch leimen soll. Ein Minderheitskabinett CDA/D'66 mit parlamentarischer Unterstützung der rechtsliberalen VVD und Neuwahlen noch in diesem Jahr sind wahrscheinlicher.

## Besetzungsaktion in Guatemala zu günstigem Zeitpunkt

*kvz.* Das Regime in Guatemala steht und fällt mit der Unterdrückung der Indios, die die entscheidenden Kräfte der Bauernschaft stellen. Seit der Machtübernahme von General Montt vor zwei Monaten haben denn auch die Massaker an Bauern kein Ende gefunden. Um darauf aufmerksam zu machen, hatten am Mittwoch vergangener Woche Bauern und Studenten die brasilianische Botschaft in Guatemala-City besetzt und acht Geiseln genommen. Ihre Forderungen waren: Bildung einer Vermittlungskommission, Pressekonferenz und Verlesung einer Erklärung über sämtliche Rundfunksender. Bei einer ähnlichen Besetzung 1980 wurden bei der Stürmung der spanischen Botschaft alle Besetzer umgebracht. Diesmal mußte die Junta ihren Einstand im Schauspielen einer gemäßigten Regierung geben und ließ die Besetzer nach einer Pressekonferenz nach Mexiko ausreisen. Anlaß für die Besetzung war die Beschlußfassung eines Ausschusses des amerikanischen Kongresses über das Militärhilfeprogramm für die Junta in Guatemala am gleichen Mittwoch. Das Programm wurde in Höhe von 250000 $ bewilligt.

## ETA-Aktionen gegen Kernkraftwerksbau

*kvz.* Nach einem gelungenen Attentat auf den Chefingenieur und Generaldirektor des Atomkraftwerkes von Lemoniz im Baskenland haben sich die anderen Ingenieure der Firma Iberduero geweigert, am Bau des fast fertiggestellten Atomkraftwerkes weiterzuarbeiten. Dies war nur ein vorläufiger Höhepunkt in einer Reihe von Anschlägen der ETA, die zuletzt eine Transformatorenstation gesprengt hatte, wodurch 60000 Bewohner von San Sebastian keinen Strom hatten. Die ETA erklärte, sie werde den Kampf gegen das Kernkraftwerk fortsetzen und wirft der baskischen Lokalregierung vor, die stelle sich in den Dienst des baskischen Großkapitals. Das Kraftwerk von Lemoniz müsse verschwinden, weil es dem baskischen Volk Schaden bringt. Die spanische Regierung überlegt jetzt, ob ausländische Ingenieure zugezogen werden sollen, die als „Fachleute für Arbeiten unter gefährlichen Umständen" gelten. Gemeint sind amerikanische Firmen, die ihre Ingenieure mit allen elektronischen Schikanen beschützen lassen. Eine andere Möglichkeit soll die Militarisierung des Projektes sein.

# Konsequente Trennung zwischen Partei und Staat verwirklicht

### Neuer Verfassungsentwurf in der VR China

*thh.* Ende April hat der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses (NVK) einen neuen Verfassungsentwurf veröffentlicht. Er soll im ganzen Land diskutiert und der 5. Tagung des V. NVK zur Überprüfung vorgelegt werden. Der Entwurf orientiert sich an der Verfassung von 1954, geht aber andererseits weit darüber hinaus. Infolge der politischen Veränderungen und Erkenntnisse in China seit 1978 war die Ausarbeitung einer neuen Verfassung dringend notwendig geworden. Die Veränderungen im Einzelnen:

*1. Präambel*

Mit der neuen Präambel wurde beachtlicher ideologischer Ballast abgeworfen: Mao wird nur noch in seiner Rolle als ehemaliger Führer der KP Chinas gewürdigt, nicht mehr als Gründer der Volksrepublik. Heute heißt es, die verschiedenen Nationalitäten Chinas hätten gemeinsam die Volksrepublik gegründet – eine eindeutige Aufwertung der nationalen Minderheiten. Der Passus über die Kulturrevolution ist gestrichen worden, das entspricht der gegenwärtigen Einschätzung der KP Chinas. Auch der Kampf zweier Wege, die Notwendigkeit der Bekämpfung des Revisionismus und der Verhütung einer kapitalistischen Restauration wurden gestrichen. Es wird vielmehr festgestellt, daß die Ausbeuterklassen in China verschwunden sind, der Klassenkampf aber in gewissem Umfang noch lange Zeit fortexistiert und alle feindlichen Kräfte im In- und Ausland bekämpft werden müssen.

Außenpolitisch werden die Drei-Welten-Theorie und der Kampf gegen den Sozialimperialismus nicht mehr erwähnt. Es heißt jetzt vielmehr, daß China „konsequent gegen Imperialismus, Hegemonismus und Kolonialismus kämpft". Auch die Aussage über den proletarischen Internationalismus sowie die Einheit mit dem Weltproletariat, den sozialistischen Staaten und Ländern der Dritten Welt ist gestrichen worden zugunsten der Aussage: „China ... stärkt die Einheit mit den Völkern anderer Länder, unterstützt die unterjochten Nationen und die Entwicklungsländer in ihrem gerechten Kampf für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und für die Entwicklung ihrer Volkswirtschaft." China versteht sich, anders als in der Verfassung von 1978, nicht mehr als aktive und führende Kraft zur Bildung einer internationalen Einheitsfront und *kämpft* nicht mehr für die Befreiung der Menschheit, sondern *unterstützt* den Kampf der Entwicklungsländer und *fördert* den Fortschritt der Menschheit. Der aus den früheren Passagen blickende Führungsanspruch in dieser Hinsicht ist damit aufgegeben.

*2. Allgemeine Grundsätze*

Die Kommunistische Partei als „führender Kern" wird nicht mehr in der Verfassung erwähnt, was die Trennung von Partei und Staatsapparat dokumentieren soll. Zugleich werden die Rechte des Volkes bei der Verwaltung öffentlicher Belange sowie die Wahl der Volkskongresse aller Ebenen eingeführt. Auch die Rechte der nationalen führt. Auch die Rechte der nationalen Minderheiten wurden erweitert: durften sie früher ihre Sprachen und Schriften nur gebrauchen, so dürfen sie sie (wie schon 1954 festgelegt) jetzt auch wieder entwickeln. Die Partei wird ebenfalls zur Einhaltung von Verfassung und Gesetzen verpflichtet. Der ländliche Privatsektor wird geschützt, ebenso die Einzelwirtschaft in Stadt und Land, die als „Ergänzung der sozialistischen Wirtschaft des Gemeineigentums" angesehen wird. Die Möglichkeit ausländischer Kapitalanlagen, die Errichtung von Joint Ventures, das Eigentums- und Erbschaftsrecht der Bürger, die vernünftige Planung des Verhältnisses von Akkumulation und Konsumtion, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, das Verhältnis von Plan und Markt, die Entscheidungsbefugnis von Kollektiveinheiten und Staatsbetrieben, die Beteiligung der Belegschaft an der Betriebsverwaltung u.a. werden ebenfalls durch die neue Verfassung garantiert.

*3. Grundrechte und Grundpflichten der Bürger*

Wiedereingeführt wird der Passus von 1954, daß alle Bürger der VR China vor dem Gesetz gleich sind. Auch die Freiheit und das Geheimnis der Korrespondenz werden wiederhergestellt, die persönlichen Freiheiten und demokratischen Rechte erweitert. Die Unterstützung und besondere Sorge (auch für die spezielle Ausbildung) von Behinderten wird neu aufgenommen. Die Bürger brauchen auch nicht mehr die Führung der Kommunistischen Partei und die sozialistische Gesellschaftsordnung zu *unterstützen*, wie in der 78er Verfassung noch vorgesehen. Der Pas- [illegible] sus über die Streikfreiheit wird allerdings gestrichen mit der Begründung, die Arbeiter könnten „mit anderen Mitteln ihre Forderungen äußern und ihre Ziele erreichen", eine Formulie-

*Fortsetzung Seite 8*

Freie Märkte in China wieder verbreitet.

## Hilfsabkommen zwischen Kuba und Nicaragua

*kvz.* Die „Agentur neues Nicaragua" meldet, daß Kuba in einem Unterstützungsabkommen mit Nicaragua für das Jahr 1982 technische und wirtschaftliche Hilfe in Höhe von 130 Mio. Dollar zugesagt hat. Kuba wird für 30 Mio. Dollar technische Hilfe (Agrarmaschinen, Medizin, Nahrung und Literatur) leisten, weitere 50 Mio. Dollar sind für den Bau einer Zuckerrohrverarbeitungsanlage vorgesehen. Darüberhinaus entsendet Kuba 3800 Fachkräfte, insbesondere Techniker und Lehrer, nach Nicaragua. (Nicaragua-Nachrichten 4/82)

# Zum Streit in der amerikanischen Friedensbewegung

*cof.* Wie berichtet, wird auch in der Friedensbewegung in den USA heftig und teils gar nicht so fair um die Schwerpunkte und Hauptangriffsziele gerungen. Wir drucken unten einen Auszug aus einem Artikel des „Radical America", einer zwei-monatlich erscheinenden Zeitschrift, vom März/April '82 nach, der für die Verbindung des Kampfes gegen Atomwaffen mit dem Widerstand gegen die weltweite Einmischung des US-Imperialismus eintritt.

In diesem Streit der Meinungen und Analysen drücken sich nicht nur unterschiedliche politische Richtungen aus, sondern ebenso die Spaltung in das weiße Nordamerika auf der einen und das farbige unterschiedlicher Herkunft auf der anderen Seite. Die „Reagonomics" schaffen allerdings ein hervorragendes Klima für die Verbindung der Bewegungen der Schwarzen, der Indianer, der Haiti-Flüchtlinge, der Puertoricaner und vieler anderer ethnischer Minderheiten mit den immer zahlreicheren Basisbewegungen gegen die Kürzungen im Sozialbereich wie gegen den Militärhaushalt. Das belegen gerade die vielfältigen Protestaktionen, die nun in einer Anti-Reagan-Woche am 1. Mai dieses Jahres ihren Höhepunkt in einer Demonstration mit über 10000 Teilnehmern aus den Oststaaten in Washington fand. „Wir wurden entlassen, wir lassen uns nichts mehr bieten; Geld für's Essen, nicht für den Krieg!" war eine der Hauptparolen im Demonstrationszug, den der „All Peoples Congress" (APC) organisiert hatte. Der APC ist ein nationaler Zusammenschluß von Basisorganisationen, die sich aus unterschiedlichen Anlässen gebildet haben. Er wurde im letzten Herbst als Ableger der Anti-Kriegs-Bewegung gebildet, um all die Gruppen auf örtlicher Ebene und alle Menschen zusammenzuführen, die in Opposition zur Innen- und Außenpolitik des Präsidenten stehen.

*

In welchem Verhältnis stehen nun Atomwaffen zur konventionellen Kriegführung in Wirklichkeit? Insbesondere in Zeiten, wo die Friedensbewegung so rasch wächst, sind erfahrene Führer verpflichtet, neue Kräfte, die zu uns stoßen, auszubilden und aufzuklären und sich zu bemühen, ihnen die Ursachen des Wettrüstens verständlich zu machen. Dies ist besonders wichtig auf dem Gebiet der Verbindung zwischen konventioneller und nuklearer Kriegführung, weil ein nicht unbedeutender Sektor der „informierten Meinung" gerade jetzt davon spricht, daß wir unsere konventionellen Kräfte in Europa verstärkt ausbauen müssen, um die Abhängigkeit von Nuklearwaffen zu vermindern. Wenn wir ernsthaft die Möglichkeit des Einsatzes atomarer Waffen einschränken wollen, so lautet dieses Argument, dann sollten wir die Wehrpflicht wieder einführen, unser Arsenal chemischer Waffen aufstocken und eine Menge Panzer bauen.

Wir wissen, daß eine solche Betrachtungsweise wenigstens die halbe Wahrheit ist und daß das wahrscheinlichste Szenario eines Atomkrieges von einem konventionellen Zusammenstoß in Mitteleuropa ausgeht. Ebenso wahrscheinlich ist es aber, daß ein solcher Zusammenprall selbst aus einem Zusammenstoß von USA und Sowjetunion in der dritten Welt entsteht; und alle verfügbaren Informationen zeigen, daß fast immer, wenn die USA den Einsatz von Atomwaffen in der Vergangenheit erwogen, am Anfang ein wirklicher oder angeblicher Konflikt der Supermächte in der dritten Welt stand.

Die Verbindung zwischen atomarer und konventioneller Kriegführung wirkt aber auch umgekehrt. Das Bestreben der USA, eine klare nukleare Überlegenheit über die Sowjetunion zurückzugewinnen, zielt in erster Linie darauf ab, den USA in der dritten Welt freie Hand zu verschaffen, insbesondere in Gebieten nahe der Sowjetunion wie dem Persischen Golf. Nur wenn die militärische Überlegenheit der USA auf jeder möglichen Eskalationsstufe gesichert ist, so die Begründung des Pentagon, wird die Sowjetunion davon absehen, eine Intervention der USA auf der Basis konventioneller Waffen zu riskieren. Nach diesem Muster ging man in Korea und in Vietnam vor; durch das „wesentliche Gleichgewicht" der atomaren Bewaffnung, das die Sowjetunion in den 70er Jahren erreichte, ist dies nun durcheinandergeraten. Nukleare Überlegenheit heißt seitdem der Schirm, unter dem die USA ihre Einflußsphäre sichern oder mithilfe der Rapid Deployment Force (schnelle Einsatztruppe) ausdehnen wollen.

Wenn man diese grobe Skizze akzeptiert, dann ist es lebenswichtig, daß der Kampf für den Frieden nicht gespalten wird in eine Kampagne „Weg mit der Bombe" und in die anti-interventionistischen Kräfte. Diese beiden Fronten sind nicht nur in unseren Köpfen eng miteinander verknüpft, sie sind es genauso in den Plänen des Pentagon. Die Organisatoren der Demonstrationen rund um die UN-Sonderkonferenz über Abrüstungsfragen spielen eine Spalterrolle in der Friedensbewegung, sofern sie diese Themen voneinander trennen. Ihre Verbindung existiert nun mal, ob wir wollen oder nicht, und die Aufgabe dieser Organisationen ist es, die Menschen über die wirklichen Verhältnisse aufzuklären. Sollte es zu spät sein, um die Veranstalter in New York zu überzeugen, daß man die Gefahren eines konventionellen Kriegs, der US-Intervention oder der Wiedereinführung der Wehrpflicht, die daraus folgt, im Zusammenhang mit dem drohenden Atomkrieg betonen muß, dann sollten wir versuchen, diese Themen auf der örtlichen Ebene aufzugreifen und die UN-Sondersitzung als Gelegenheit wahrnehmen, für einen wirklichen, sicheren Frieden tätig zu werden.

*Bild:* Iran-Demonstration am 27. Februar 1982 in Bonn gegen den Terror des Khomeiny-Regimes. – Die Kampftruppen und Anhänger des Khomeiny-Regimes, werden sie in der BRD geschützt?

*Die ungeheuerlich blutige Orgie, die die Terrorbanden des Khomeiny-Regimes am späten Nachmittag des 24.4. in einem Mainzer Studentenheim, ESG-Heim, veranstalteten, und die Verhaltensweise der rechtsprechenden Organe sowie der Regierenden dieses Landes sollten für alle demokratisch gesinnten Menschen ein Anlaß sein, ihre Proteststimme zu erheben – für die Verteidigung der elementaren Rechte des Menschen und der Gerechtigkeit.*

*Erklärung der CIS*

# Hindern Kapitalinteressen an der Aufklärung der Mainzer Vorfälle?

## Was geschah an dem Abend des 24.4. in Mainz und wie reagierten die Regierenden im nachhinein?

Eine ca. 200 Mann starke Terrorbande des blutrünstigen Khomeiny-Regimes – überwiegend aus dem Iran angeflogen – überfällt, nach einem genau konzipierten Aktionsplan, das hiesige Heim, um die 30 iranischen oppositionellen Studenten bestialisch bis zur totalen Ohnmacht zu schlagen, ihr Hab und Gut zu plündern, ihre Pässe an sich zu nehmen und das ganze Mobiliar zu zerschlagen. Sie sollten da erfahren, was seit 3 Jahren unserem Volk widerfährt: Jede protestierende Stimme soll im Blut erstickt werden.

Entsprechend dieser Geheimmission sind auch die Terroristen – Selbsternennung: Parteigänger Gottes – mit allen erforderlichen Mitteln ausgerüstet: Sende- und Empfängergeräten, um die Verbindung mit dem „Einsatzleiter", Hadi Ghafari, Abgesandter Khomeinys und zugleich Abgeordneter des „Islamischen Parlaments" in Teheran, der seit langem die Terroraktionen in In- und Ausland führt, aufrechtzuerhalten, Knüppeln, Ketten, Galgenstrick, Messern und Betäubungs-Sprays. Zu Beginn ihres Überfalls unterbrechen sie die Telefonleitung des Heimes. Die ganze blutige Orgie dauert wenige Minuten. Das Ergebnis: Alle auf einer Liste aufgeführten und sich während des Überfalls im Heim befindenden iranischen Studenten werden schwer verletzt, ihre Zimmer ruiniert und eine Deutsche, die die ganze Terroraktion aus der Nähe miterlebt hatte, stirbt zwei Tage später im Krankenhaus infolge eines Herzinfarktes. In dem Heim bleiben übrig: Blutspuren an den Wänden, Mordwaffen, Fingerabdrücke der Terroristen. Doch keine zuständige Stelle ist bereit, davon Notizen zu nehmen, Spuren zu sichern, Indizien zu sammeln, um sie für spätere Gerichtsverfahren heranzuziehen. Das sieht so aus, als ob nichts geschehen wäre.

Während dieses Tumults versuchen die Kommilitonen, durch Schreie und Notrufe das Leben der Überfallenen zu retten. Im Gebäude und im Umfeld des Hauses sammeln sich immer mehr notrufende, von Angst geplagte Menschen. Sie schreien nach polizeilicher Hilfe, nach Einschreiten der herumstehenden Polizisten, die kurz vor dem Aufrollen der blutigen Mission der Terroristen erst mit einer Streife, später jedoch mit 6 bis 7 Mannschaftswagen aufgefahren waren, aber untätig dastanden. Es kommt dennoch zur Festnahme einer Anzahl von Terroristen, 86 von 200, nämlich als sie das Heim verlassen wollen – durch Zufall.

Aufgeschreckt durch die versammelte Menschenmenge vor dem Heim und mißverstehend die Empfehlung der Polizeikräfte, sie sollten zumindest die Waffen nicht mit sich herumtragen, greifen sie noch die „Ordnungshüter" an. Es kommt zum Handgemenge. Die Festnahme ist dann die Folge.

Die Bevölkerung erfährt am gleichen Abend von dem makabren Vorhaben. Die Augenzeugen fragen, warum die Mainzer Polizei, deren Streifen vor der Aktion der Terroristen dahin beordert worden waren, den Überfall nicht verhindern wollte. Warum sah sie sich erst dann gezwungen, einzuschreiten, nachdem sie selbst angegriffen worden war? War das etwa das Leben der iranischen Studenten kein Menschenleben? Mag einer hier sagen, nun sei alles geschehen, und es kommt hauptsächlich darauf an, die Terroristen gebührend auf dem Rechtswege zu bestrafen und vor allem die dunklen Hintermänner an das Tageslicht zu bringen. Indes tut sich nichts.

Tageslicht zu bringen. Indes tut sich nichts.

## Vogel: „Es gibt keine Verbindung zur Botschaft ..."

Von den ökonomischen Interessen der heimischen Konzerne und den profitträchtigen Aufträgen aus dem Iran-Geschäft angeleitet, erklären die Landesherren in Mainz als Ausdruck ihrer „Empörung" die Verhafteten zur Persona non grata und stellen in Aussicht, sie in absehbarer Zeit auszuweisen – also keine gerichtliche Untersuchung, kein Verfahren, keine Strafmaßnahme. Es scheint, man hat den opportunen Konsens gefunden: Man entledigt sich der Terroristen, indem man das Regime der Menschenschlächter bei Laune hält, man rettet die beschlossenen wirtschaftlichen Aufträge und braucht zugleich nicht zu befürchten, daß man mit den Drohgebärden des faschistischen Khomeiny-Regimes konfrontiert wird.

„Es gibt keine Verbindung", so die offizielle Stellungnahme der Landesregierung des Herrn Vogel, „zwischen den Verhafteten und der iranischen Botschaft in Bonn", als die Medien beweiskräftig über den Draht zwischen der Terrorbande und den Ablegern der Khomeiny-Politik, eingenistet in der iranischen Botschaft; über die Vorbereitungsarbeiten zur Durchführung des Überfalls wie die Einreise der Terroristen, ihre Anmietung von Unterschlüpfen in Frankfurt, Lagebesprechung in der Hamburger Moschee unter Führung des berüchtigten Massenmörders Ghafari berichteten.

Interessant ist, daß der Saubermann, Nawab, Khomeiny-Botschafter in Bonn, der auf einmal vom Anschlagsplan nichts gewußt haben will („Ich bestreite jede Beteiligung der Botschaft") kurz nach der Verhaftung von Terroristen diese im Gefängnis aufsucht, „um da zu helfen, wo man seine Hilfe braucht". (Aus seinem Interview im Spiegel Nr. 18)

## Die Deutschen mit den Iranern wieder gut im Geschäft

Es scheint, daß die beiden Regierungsseiten das erzielt haben, was aus dieser prekären Situation herauszuholen war. Das blutrünstige Khomeiny-Regime hat in seinem ersten großangelegten Terrorvorhaben im Ausland – getreu dem Vorbild seines Busenfreundes Ghadafi in Libyen – „erfolgreich" gehandelt, und die Regierenden haben die Wirtschaftsinteressen der bundesdeutschen Konzerne nicht „leichtsinnig" aufs Spiel gesetzt, oder um in ihrem heuchlerischen Jargon zu sprechen: die Arbeitsplätze gerettet – mit dem Preise des Lebens von unschuldigen Menschen in einem skandalösen Kuhhandel. – Es ist egal, ob die Betroffenen hier nun an Krücken gehen, in Gips liegen, ihre Körper durch Glassplitter tiefe Wunden aufweisen – und vor allem – im Iran dieser teuflische Gottesstaat täglich zur Behauptung seiner Existenz tausende und abertausende von zutiefst unterdrückten Menschen ermordet. In solchen brisanten Fällen hat die Moral keinen Sinn, Gerechtigkeit keinen Platz. Geht es um die handfesten wirtschaftlichen Interessen, dann bestimmt nur die Logik des Kapitals: Sich über alles hinwegzusetzen, um die Profite zu sichern. So wurde während der schreck-

wegzusetzen, um die Profite zu sichern. So wurde während der schreck-

lichen Schah-Herrschaft dieser Logik das Wort geredet, und so bedient man sich heute auch dieser Logik – ob der Schah oder Khomeiny. Herrscher kommen und gehen. Das, was bleibt und bleiben soll, ist das Geschäft – das große gewinnträchtige Geschäft – und der politische Einfluß.

Zutreffend schrieb vor kurzem der Spiegel: „Drei Jahre nach dem Umsturz kommen die Deutschen mit den Iranern wieder gut ins Geschäft. Es war wie zu Lebzeiten des Schah. Wo immer die ranghohen Perser in der Bundesrepublik Deutschland vorsprachen, wurden sie hofiert wie einst die Abgesandten des Resa Pahlawie." (Spiegel Nr. 14)

Die Meldungen über die aussichtsreichen wie zukunftsträchtigen und profitbringenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen den deutschen Monopolen und dem faschistischen Khomeiny-Regime überschlagen sich in den Wirtschaftsberichten der überregionalen Zeitungen. Da ist die Rede von bemerkenswerten Offerten des Teheraner Notenbank-Chefs, Nurbakhsch, („Ich verhehle nicht, daß wir besonders gerne mit den deutschen Firmen zusammenarbeiten" – aus einem Spiegel-Interview), dem deutschen Unternehmen Veba iranisches Öl zu Sonderpreisen zu verkaufen. Die Abordnungen Khomeinys brachten noch vor kurzem „den schönen Auftrag", so der Spiegel, „für die 'notleidenden' Stahlkonzerne wie Thyssen, Hoesch, Krupp und Klöckner, für 1,5 Mrd. DM Stahl zu kaufen – die besten Chancen für neue Aufträge hat jedoch die Oberhausener Firma Babcock. Als einer der wenigen westlichen Konzerne durfte der Anlagen-Bauer auch nach Amtsantritt des Ajatollah Teheran kontinuierlich weiter beliefern. Das Unternehmen, an dem der Iran seit 1975 mit 25 Prozent beteiligt ist, rüstet derzeit vier Kraftwerke im Norden des Landes mit Kesseln und Maschinen aus. Über Anschlußprojekte wird verhandelt. Auch Krupp kann hoffen. Der Essener Konzern liefert Anlagen im Werte von rund 120 Millionen Mark für eine Kupferelektrolyse in Sarcheshmeh.

Die Herner Bau-Firma Heitkamp hat für lange Zeit noch im Lande selbst zu tun. Sie baut in Teheran an einem 20 Kilometer langen Kanal. Ein anderer Konzern aus dem Revier, die Essener Ruhrkohle AG, hat vor wenigen Wochen einen Großauftrag erhalten. Mit rund 400000 Tonnen Kokskohle von der Ruhr soll der zweite Hochofen der Perser, der jetzt in Betrieb ging, befeuert werden.

Manager von Daimler-Benz verhandeln seit Wochen über den Ausbau der Montagefabrik in Täbris. Der iranische Mercedes-LKW wird derzeit noch aus Teilen zusammengebaut, die aus Deutschland kommen." Soweit einige Fakten aus dem, was die Regierenden in diesem Lande zur „Mäßigung" veranlaßt, wenn die Terrorbanden des Khomeiny-Regimes gegen die fortschrittlichen Oppositionellen zu Felde ziehen.

## Die Verantwortung liegt bei den deutschen Behörden

In einem offenen Brief, den wir gleich nach dem blutigen Anschlag der Terroristen an den Innenminister Baum schrieben, drückten wir unsere tiefe Besorgnis über die Fortentwicklung der Terrorwelle seitens der Khomeiny-Terroristen und über das Verhalten der

sorgnis über die Fortentwicklung der Terrorwelle seitens der Khomeiny-Terroristen und über das Verhalten der

deutschen Behörden aus. In dem Schreiben, von dessen Inhalt hauptsächlich die demokratische Öffentlichkeit erfahren sollte, wiesen wir darauf hin: Es ist nicht daran zu zweifeln, daß im Falle einer passiven Zurückhaltung oder indirekten Zustimmung der deutschen Seite gegenüber diesen ungeheuerlichen Vorgängen alle Verantwortung von deutschen Behörden zu tragen ist. In dieser tiefen Sorge forderten wir:

– daß der Anführer der Khomeiny-Terroristen in der BRD, Hadi Ghafari, nicht verschont, sondern festgenommen und einem zuständigen Gericht übergeben wird;

– daß alle festgenommenen Terroristen vor einem zuständigen Gericht zur Verantwortung gezogen werden;

– daß die Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Verfassungsschutz und dem iranischen Geheimdienst SAVAMA sofort eingestellt wird;

– daß die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der BRD-Regierung und dem Khomeiny-Regime eingestellt werden.

Um nunmehr diesen demokratischen und gerechten Forderungen Nachdruck zu verleihen, treten wir erneut an die Öffentlichkeit. Mögen unsere Kampfmaßnahmen und unsere gemeinsamen Anstrengungen mit allen demokratisch und antiimperialistisch gesinnten Menschen in diesem Lande dazu beitragen, diese Forderungen durchzusetzen und dem faschistischen Khomeiny-Regime das Handwerk der Terrorakte zu legen.

*Sekretariat der Conföderation Iranischer Studenten (CIS)*

## Verfassungsentwurf in der VR China

*Fortsetzung des Artikels von Seite 7*

rung, mit der auch in der Sowjetunion oder in Osteuropa das Streikrecht abgelehnt wird. Das Streikrecht war aber gerade mit dem Hinweis Maos eingeführt worden, daß es „letztes Mittel" sein müsse, wenn anders gegen den Bürokratismus nicht anzukommen sei. Die Abschaffung dieses Rechts scheint mir daher eine gewisse Furcht und Schwäche auszudrücken.

*4. Der Staatsaufbau*

Die Rechte des Ständigen Ausschusses des NVK werden aus Gründen der Arbeitseffizienz erweitert (z.B. Gesetzgebung), und die Abgeordneten sollen Immunität genießen. Zugleich wird eine zentrale Militärkommission eingerichtet, die dem NVK gegenüber verantwortlich ist. Auch dadurch soll die striktere Trennung von Partei und Staatsapparat zum Ausdruck kommen. Das Amt des Staatsvorsitzenden wird wiederhergestellt, als repräsentatives Staatsoberhaupt. Die administrative Effizienz des Staatsrates wird erhöht, die Befugnisse der lokalen Regierungen werden erweitert, und die Gebietsautonomie für die nationalen Minderheiten wird gestärkt. Die Volkskommunen werden als Organisation der Kollektivwirtschaft beibehalten, stellen jedoch kein staatliches Machtorgan mehr dar. Dies entspricht dem ökonomischen Bedürfnis der Trennung von Machtorganen und Kommuneverwaltung. Die Volkskommune stellte eine Überkonzentration von Machtbefugnissen dar, tendierte zu administrativem Vorgehen und war nicht in der Lage, ihre Funktion als Macht- und Wirtschaftsorgan zugleich auszuüben. Stattdessen werden die früheren Machtorgane auf der Grundebene, die Gemeinden, wiederhergestellt. Sie sind vom Umfang her kleiner und schaffen somit eine bessere Verbindung von Machtorganen und Massen. Zugleich erleichtern sie die Kontrolle durch die Massen.

Insgesamt gesehen verarbeitet der Entwurf die negativen Erfahrungen der Kulturrevolution und fügt Klauseln ein, die bestimmten Praktiken dieser Zeit einen Riegel vorschieben sollen: Zugleich wurde der Entwurf von früheren Phrasen und Leerformeln gesäubert und den heutigen Verhältnissen angepaßt. Viele unklare Bestimmungen wurden präzisiert und definiert. Es handelt sich zweifellos um die ausgereifteste der bisherigen Verfassungen. Die Trennung von Partei und Staatsapparat wurde vollzogen, die Partei leitet nicht mehr alles, sondern ist vorwiegend ideologische Führungskraft. Die demokratischen Rechte werden erweitert, die Basisdemokratie wird gestärkt (bis auf die Streichung der Streikfreiheit). Doch die Erfahrung hat gezeigt, daß es in China stets ein weiter Weg ist von der Formulierung bis zur Umsetzung. Linienkämpfe haben allzu oft die Verfassung zu einem Fetzen Papier degradiert. Es bleibt zu hoffen, daß der neuen Verfassung ein längeres und vor allem wirkungsvolleres Dasein beschert ist als ihren Vorgängerinnen.

# Der Krieg gegen die Armen in den ländlichen Gebieten Indiens

Die Unberührbaren sind offiziell nicht mehr die Parias der indischen Gesellschaft. Aber man findet sie, als Arme unter den Armen, in großer Zahl unter den Opfern einer alarmierenden Welle von Erpressungen auf dem Land. Denn die Agrarreform und die „grüne Revolution" haben die Ungleichheit nicht verschwinden lassen, ganz im Gegenteil. Und die neuen „Kulaken" zeigen sich entschlossen, ihre Macht mit allen Mitteln zu verteidigen. Ein oftmals blutiger wahrer Klassenkampf verdeckt die alten Kastenunterschiede. Von Vijay Singh*

Sonne. Hitze. Die Dächer der Strohhütten scheinen in diesem Dampfkessel zu bizarren kristallinen Formen zu verschmelzen. Keine Menschenseele rundum. Eingetaucht in diese stille Finsternis ein kleines Dorf ... Dann, plötzlich, wird die Stille durchbrochen ... Laute Schüsse ... Die anfangs unbestimmte Angst erfährt nun ihr Geheimnis: Eine Gruppe gedungener Kerle dringt mit Gewalt ins Herz der im Terror erstarrten Atmosphäre ein. Sie betreten das zerlumpte Dörfchen und wenden sich mit langsamen, sicheren Schritten einer ganz bestimmten Hütte zu, die Singhwa gehört, für die Geschichte ein Anonymer. Es folgt ein kurzes Handgemenge, dessen Ausgang nur zu offensichtlich ist. Singhwa und einige andere sind gefangen und aneinandergefesselt wie man manchmal Tiere aneinanderbindet. Die Opfer des Angriffs sind in der Mehrheit *Harijan* – Unberührbare. Aber gehören die anderen nicht zu ganz verschiedenen Kasten ...?

Diese Menschen werden wie Vieh in die Umzäunung eines Bauernhofs geschleppt, wo sich aufragende Maisstengel fast sinnlich wiegen. Einige der Eindringlinge machen sich mit der Vorbereitung eines Scheiterhaufens zu schaffen. Ihre steifen Bewegungen heben sich deutlich von den schnellen und wendigen Gesten der kleinen Kinder ab, die helfen, Holz und trockenen Mist zu sammeln. Wer sind diese Kinder? Nun ... die Familie der Angreifer ... Unschuldige Kinder werden in Gewalt unterrichtet. Das Feuer wächst. Die Flammen lodern in expressionistischem Zorn.

Eine Gewehrsalve. Die Gefangenen fallen. Nicht alle. Die, die stehen bleiben im vollen Licht, bei vollem Bewußtsein, sie werden dem Scheiterhaufen als Nahrung dienen, einer nach dem andern. Ein Bein krümmt sich, vom Feuer erfaßt, noch lebend. Ebenso lebendig sind die Leidenden. In Flammen gesteckt die Gedanken. Eingehüllt in feurige Zungen die Schreie der Menschen ... Plötzlich macht sich eins der Opfer von dem Glutofen los und stürzt sich – vom Schrecken getrieben – auf seine Folterer. Aber die Kräfte der Stärkeren schaffen ihn nicht zurück in die Flammen. Ein *Goonda* (Straßenjunge) nimmt eine rostige Schaufel ... und spaltet ihm den Kopf
Schaufel ... und spaltet ihm den Kopf
bis zum Hals. Er legt den Kopf beiseite und wirft den Körper ins Feuer, das allein die Spuren des Mordes verwischen kann. Ein Kopf ... ähnlich wie die Pantherköpfe, die als kostbare Trophäen die Paläste der Imperialisten schmückten.

Halluzination? Beginnende Paranoia? Nein. So wirklich wie all dies. Das war in einem kleinen Dorf mit Namen Belchchi im Staate Bihar im Nordosten Indiens.

## *Der Mythos der Passivität*

Aber wie wird Indien im Westen gesehen? Hungersnöte, Überschwemmungen, Überbevölkerung. Die Straßen von Kalkutta, eine riesige, vom Hunger ausgehöhlte Kloake. Aber was dem Historiker Sorgen macht, ist nicht so sehr die Konfrontation mit diesen grundlegenden Problemen als vielmehr eine bestimmte eingeschränkte Geschichtsauffassung.

Die Konzeption der Armut. Die Armut in tautologischer Beziehung zu sich selbst. Das Elend als Folge und Voraussetzung des Elends. Was die Kämpfe betrifft, die Wünsche und Bedürfnisse der „Armen" als Gegenstand der Geschichtsforschung verlieren sich die Beobachter im Antippen wie von Klaviertasten. Genauer gesagt, erscheint nach dieser historischen Konzeption Indien passiv, schlichtes Sammelbecken für Massen in Lumpen, alle dazu ziemlich stumm und taub. Diese Massen, gefangen in einem magischen Viereck von unglücklichen Naturgegebenheiten und historischer Rückständigkeit, im Labyrinth der Bewegungen der Gestirne, in den Krallen des Schicksals, scheinen ohne jedes Ziel vor sich hin zu taumeln. Mythos und Sisyphos, immer gleich, unbeweglich. Alles ähnelt sich, eins entspricht dem andern. Die Geschichte hört auf in der Kreisbewegung einer *Charkha*.

So ist es schwierig, den Hintergrund der Kämpfe auf dem Land, wofür Belchchi nur ein Beispiel ist, zu erfassen. Welche sozialen Kräfte sind nun genau an dem Konflikt in dieser real existierenden Hölle beteiligt, wo man Menschenleben opfert, und zwar weniger auf dem Altar des Kali denn auf dem des Modernismus? Klassen oder Kasten? Oder beide? Wie kam dieser Konflikt auf dem Land zustande? Seit wann und warum hat er sich derart zugespitzt? Was läßt sich über den Fortgang dieses Dramas sagen, das bis jetzt noch im Stadium schmerzlicher stetiger Wiederholung steht?

## *1977: Der Sieg der „Kulaken"*

Die Wahlniederlage von Indira Gandhi im März 1977 stieß auf allgemeine Zufriedenheit. Jede Stadt im Norden begriff dieses Ereignis nach 19 Monaten des Ausnahmezustandes, der im politischen Leben Indiens jedes demokratische Gefühl erstickt hatte, als frischen Windstoß. Viele, darunter ein Teil der Linken, erwarteten gar, eine Art Revolution würde in Indien das Tageslicht erblicken. Für jene, die die Wirklichkeit etwas schärfer beobachteten, war jedoch klar, daß Kapital und Staat intakt blieben, auch wenn ihr Flitterwerk – Minister oder Abgeordnete – radikal ausgetauscht zu werden schienen.

Trotzdem gingen nicht alle, die wie im Rausch das Begräbnis des Ausnahmezustandes feierten, einer unausweichlichen Enttäuschung entgegen. Auf dem Land war eine Klasse zu finden, die allen Grund hatte, sich zu diesem Sieg zu beglückwünschen: die Bhartiya Lok Dal, die Partei der „Kulaken" Nordindiens, hatte tatsächlich die Wähler in den meisten nördlichen Staaten an sich gezogen und somit einen Teil der frei gewordenen Parlamentssitze für die Parteien, die diese unheilvolle Koalition mit Namen Janata bildeten, gesichert. Dieser Sieg verschaffte den „Kulaken", die bereits eine ganze Zeitlang schon an die Türen der Macht gepocht hatten, wieder Vertrauen.

Einige Wochen später begann eine ganz bestimmte Form von Gewalt im agrarischen Sektor, unterschiedslos von den gleichen Leuten provoziert, die Spalten der Tageszeitungen im ganzen Land zu füllen. Die soziokulturelle Ausbeutung und Unterdrückung der *Harijan* war jedoch keineswegs neu. In gewissen intellektuellen Zirkeln nahm man sogar an, daß in den 70er Jahren als Ganzes genommen eine allgemeine Ausbreitung und Verschärfung der Konflikte auf dem Lande stattgefunden hatte. Aber das Jahr 1977 schien trotzdem eine neue Offensive zu markieren (siehe Tabelle), die bewaffneten Gewaltakte waren besser aufeinander abgestimmt, besser organisiert, es gab systematische Attacken gegen die Landarbeiter, *Harijan* oder nicht. Zu diesem Zeitpunkt nun machten sich einige Intellektuelle und die alarmierte Presse an eine genauere Untersuchung und beschafften Beweise aus erster Hand von solchen Vorfällen.

Über die Häufigkeit, das Ausmaß und den Charakter der ländlichen Gewaltakte im ganzen Jahrzehnt wurden dem Parlament ein Jahr nach dem Re-
dem Parlament ein Jahr nach dem Re-
gierungsantritt des Janata-Kabinetts Zahlen und nähere Angaben vorgelegt. Sie sind recht aufschlußreich, obwohl die tatsächliche Zahl der Fälle wahrscheinlich höher liegt: Die Summen beziehen in Wirklichkeit nur solche Fälle mit ein, die bis zu einem gewissen Grad auf soziale Spannungen hindeuten, und außerdem kennt man die Neigung der indischen Staatsmaschine, zahlreiche solcher Fälle so zu behandeln, daß sie niemals in offiziellen Berichten auftauchen.

Mehrere Folgerungen kann man daraus ziehen. Die durchschnittliche Zahl der Zusammenstöße hat während der 70er Jahre extrem zugenommen von etwa 20 auf 50 Fälle pro Tag, aber ein erstes bemerkenswertes Anwachsen um fast 50% im Vergleich zum Vorjahr wurde schon in den Jahren 1974 bis 1975 verzeichnet, eine Zeit, die mit der Bewegung Jayaprakash (J.P.) zusammenfällt und dem Ausnahmezustand vorausging, deren Speerspitze die reiche und mittlere Bauernschaft des Nordens gewesen war. 1977, im Jahr des Machtwechsels zugunsten der Janata-Partei, fand eine erneute Zunahme um fast 50% im Vergleich zum vorangegangenen Jahr statt. Das folgende Jahr 1978 erlebte eine maßlose Ausweitung dieser Welle von Gewalt. Anders gesagt, die Gewaltakte auf dem Land explodierte in 2 Jahren um 250%. Eine andere Schätzung zeigt, daß 40000 Fälle von Gewalt gegen die *Harijan* zwischen 1966 und 1976 verzeichnet wurden, während sich in nur 19 Monaten der Herrschaft von Janata nicht weniger als 17000 Fälle ereigneten. Solche Angriffe galten hauptsächlich den Unberührbaren. In Uttar-Pradesh, dem größten indischen Staat, ereigneten sich auch die meisten dieser Konflikte, dicht gefolgt von Madhya-Pradesh, Bihar, Maharashtra und Rajasthan. Im ganzen sind fast 80% der Vorfälle von 1977 bis 1978 aus den Staaten im Norden Indiens berichtet worden. Aber selbst wenn der Norden das Kernland der Spannungen im landwirtschaftlichen Bereich ist, scheinen sich die Zusammenstöße rasch im ganzen Land auszubreiten, sie berühren inzwischen fast alle Regionen, so daß diese Barbarei das traurige Prestige der Nationalfarben trägt.

## *Jede Konkurrenz ausschalten*

In Belchchi, einem kleinen Dorf in Bihar, dominiert die Kaste der Kurmi, offiziell eingestuft als „zurückgebliebene" Kaste, wie in der traditionellen Hierarchie die Kasten bezeichnet werden, die nicht „tief" genug stehen, um zu den Unberührbaren zu gehören, noch genügend „rein" sind, um den Status der höheren Kasten wie Brahmanen und Kashatriya zugebilligt zu bekommen. Im Lauf der letzten Jahrzehnte haben sich die materiellen Verhältnisse dieser Kasten in großem Maß
hältnisse dieser Kasten in großem Maß
gefestigt. Die Skala ihres kapitalisierten Besitzes reicht von ertragreichem, kultivierbarem Ackerland im Agrarsektor bis hin zu Transportgesellschaften oder Industrieunternehmen, wie den großen Kühlhäusern, im nichtagrarischen Bereich. Die allmächtige Überlegenheit der Kurmi als Agrarkapitalisten findet ihren Ausdruck in der erbarmungslosen Ausbeutung der Arbeitskräfte am Ort, worunter sich neben der überwiegenden Mehrheit von Unberührbaren auch Angehörige anderer „zurückgebliebener" Kasten befinden. Zahlreich sind die Kurmi-Führer, die – unterstützt von privaten Milizen, die mit Gewehren und anderen Waffen ausgestattet sind – die *Harijan*-Frauen belästigen und vergewaltigen und alle unter Zwangsarbeit stellen, die sich gegen ihr willkürliches Bestreben, sich das Land der verarmten Bauern anzueignen, zur Wehr setzen.

Als Reaktion auf die Vorherrschaft der Kurmi haben sich die Landarbeiter auf Initiative eines streitbaren Menschen mit Namen Singhwa organisiert. Das am Anfang dieses Artikels beschriebene Massaker wurde ausgelöst nicht nur durch den hartnäckigen Druck der Lohnforderungen, sondern her durch die beharrliche Verweigerung der Arbeiter gegenüber allen Formen willkürlicher Ausbeutung auf der Grundlage ihrer soziokulturellen Unterdrückung, denen sie sich ausgesetzt sehen. Mehr noch als durch die Anhebung der Löhne schienen sie mit diesem Kampf ihre Menschenwürde und ihr Recht, über ihr Leben zu entscheiden, zu verteidigen. Die Entstehung spontaner Organisationen in den untersten Klassen bedeutete, daß nun jemand den Agrarkapitalisten, die sich bis dahin im großen und ganzen einer nie diskutierten Souveränität hatten erfreuen können, ihre Autorität streitig macht. Das alte Kräfteverhältnis wurde zunehmend in Frage gestellt mit der Gefahr, aus dem Gleichgewicht zu geraten. Angesichts dieser Bedrohung griffen die Grundbesitzer zu wilder Repression mit dem Ziel, alles auszulöschen, was auf seiten der Arbeiter oder der armen Bauern nach Widerstand aussah. Unter einem Dutzend Opfer der Kurmi waren drei oder weniger Arbeiter, die nicht zu den Unberührbaren, sondern – geradezu wie die Kurmi selber – zu „zurückgebliebenen" Kasten gehörten, was darauf hindeuten könnte, daß diese Grausamkeit mit der Klassengewalt zusammenhängt, die – entstanden mit den neuen Fesseln, die das Kapital hervorbringt – allmählich die traditionellen Zusammenhänge der althergebrachten Brüderlichkeit innerhalb der Kasten zerreißt.

## *Ein Lauffeuer*

Belchchi war das erste bekannt gewordene Beispiel des Drucks auf die bäuerlichen Massen unter dem Regime der
lichen Massen unter dem Regime der
Janata-Partei. Seitdem hat eine Serie von Gewaltakten das Land wie ein Lauffeuer überzogen. Zuerst in Bihar: in Champaran mehrere Morde, um eine Arbeiterorganisation zu zerstören, die eine Reihe von Kämpfen gegen die Kasten der Großgrundbesitzer geführt hatte. In Gopalpur richtete sich ein Angriff gegen eine andere spontan entstandene Organisation: körperliche Gewalt, kollektive Vergewaltigung. In Kargahar wurden als Antwort auf eine Mobilisierung für recht bescheidene Lohnforderungen drei Personen bei lebendigem Leib auf einem Haufen Stroh verbrannt. In Villapuram (Tamil-Nadu) Angriff auf eine Kolonie von *Harajan* (die ebenfalls für ihre organisierte Kraft bekannt waren). In Agra (Uttar-Pradesh) Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Schicht der gebildeten *Harijan* einen gemeinsamen Kampf gegen die soziale Ungerechtigkeit führte. In Kanjhawala (Haryana) längere Kämpfe zwischen rivalisierenden Bauernorganisationen und Unberührbaren. In Karimnagar (Andhra-Pradesh) Offensive gegen die Sangham Kulis (das sind Organisationen der Arbeiter). In Marathawada (Maharashtra) offene Revolte von Mitgliedern der höheren Kaste gegen die staatliche Politik, die besondere Maßnahmen zugunsten der unberührbaren Kasten ins Auge faßte.

Pantanagar, Dharmapura, Khamman ... Das Land umgibt sich mit einem Rosenkranz von Namen mit ebensovielen Perlen aus Blut. Juni, Juli, August. 1977, 1978, 1979. Und heute genauso. Welche sozialen Kräfte führen diese Kämpfe? Auf der einen Seite ist es das Agrarkapital: Ihm gegenüber stehen die Landarbeiter, oft im Bündnis mit den armen Bauern. Jedenfalls darf man diese Klassen nicht als monolithische, unflexible Strukturen begreifen, sondern muß man sie viel eher als sich herausbildende Klassen verstehen, die ihren Ursprung teilweise in den alten inneren Widersprüchen und in ihrer unterschiedlichen historischen Reife haben.

* *aus: Le Monde Diplomatique, Mai 1982 – eigene Übersetzung. Der zweite Teil des Artikels erscheint in der nächsten Ausgabe.*

# EG in der Sackgasse

Zum ersten Mal hat eine Mehrheit der EG-Länder einen Beschluß gegen das Veto eines Mitgliedslandes gefaßt. Gegen Großbritannien beschlossen die anderen Mitgliedsstaaten eine Erhöhung der Agrarpreise um 10,6%.

Großbritannien hatte schon am 30. April anläßlich der Verständigung der Mehrheit für diese Erhöhung von einem „bedeutendem Akt der Feindseligkeit“ gesprochen. Das einheitliche Vorgehen der EG wird mit diesem Mehrheitsbeschluß noch mehr in die Krise geraten. Es könnte sogar mit dem Wiederaustritt Großbritanniens enden.

Dabei hatte Großbritannien gar keine großen sachlichen Argumente gegen diese Erhöhung selber, sondern verknüpfte seine Zustimmung nach altbekannter Manier mit der Senkung seiner Beitragszahlungen. Schon 1980 mußte ein Kompromiß in dieser Frage geschlossen werden. Er sah für die Jahre 1980 und 1981 eine Entlastung Großbritanniens um insgesamt 2,585 Mrd. Ecu vor (1 Ecu, Europäische Währungseinheit = ca. 2,40 DM). Für 1982 sollte eigentlich eine langfristige Lösung des britischen Beitragsproblems gefunden werden. Die anderen EG-Länder hatten schon eine Zustimmung für Entlastungen von jährlich 800 Mio. Ecu angedeutet. Die Briten wollten aber mindestens das Doppelte. Um dies durchzusetzen, stimmte Großbritannien der Agrarpreiserhöhung nicht zu. Daraufhin wurde ein neuer Kompromißvorschlag gemacht, der erneut die Beiträge der Engländer nur für ein Jahr um 800 Mio. Ecu senken sollte, um dann im Laufe des Jahres eine längerfristige Lösung zu finden. Die Engländer lehnten es ab, weil sie mindestens über 1 Mrd. Ecu wollten.

Solange wie möglich versuchte die EG-Mehrheit, ihre Zustimmung zur Verlängerung der Falkland-Sanktionen als Druckmittel zu benutzen. Dies gelang nicht. Jetzt ist ihnen der Kragen geplatzt. Das ganze Feilschen um ein paar hundert Milliönchen zeigt wieder einmal, daß die europäische Integration von den Profitgesellschaften nie und nimmer zustande gebracht wird.

Entwicklung der Produktion 1981 gegenüber Vorjahr
%
Nahrung und Genuß
Investitionsgüter
Bergbau, Grundstoffe
Verbrauchsgüter
Bauhauptgewerbe

Entwicklung der Produktion 1982 gegenüber Vorjahr
%
Nahrung und Genuß
Investitionsgüter
Bergbau, Grundstoffe
Verbrauchsgüter
Bauhauptgewerbe
(Prognose DIW und Bauhauptgewerbe)

Bauvolumen Wohnbauten Änderung zum Vorjahr
1979 1980 1981

Bauvolumen Wirtschaftsbauten

Bauvolumen öffentliche und Verkehrsbauten

Bauvolumen öffentliche Hochbauten

Bauvolumen Straßenbau

Bauvolumen sonstige öffentliche Tiefbauten

Pleiten im Bauhauptgewerbe
1970 1975 1980

Auftragseingang im Wohnungsbau (Änderung gegenüber Vorjahr)
%
1976 1977 1978 1979 1980 1981

„Kennzeichen des schwersten Krisenjahres, das die deutsche Bauindustrie seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland erlebt hat“, stellt der Hauptverband der deutschen Bauindustrie fest. Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß der Rückgang der Produktion noch längere Zeit fortdauert. Der Rückgang der Auftragseingänge beim Wohnungsbau trotz anhaltender Wohnungsnot enthüllt, wovon der Gang der kapitalistischen Ökonomie *nicht* bestimmt ist.

**Osteuropäische Ökonomen machten die Sowjetunion verantwortlich** für den Rückgang der Wachstumsraten ihrer Länder. Der Preis sowjetischen Öls sei z.B. schneller gestiegen als die Preise der RGW-Länder für Exporte von Fertigwaren in die Sowjetunion. Dies wurde auf einem Treffen osteuropäischer Ökonomen hervorgehoben. Die RGW-Integration habe zu strukturellen Defekten geführt. Landwirtschaftliche Preise seien immer noch nicht dem Weltmarktstand angepaßt. Die weiterentwickelten RGW-Länder sollten den anderen helfen, um die entstandenen Entwicklungsunterschiede auszugleichen.

**Die sowjetische Wirtschaft gerät immer tiefer in die Krise.** Nach sowjetischen Angaben stieg die Industrieproduktion in den ersten 4 Monaten dieses Jahres nur um 2,1% statt um 4,7% im Jahresplan 1982. Die Arbeitsproduktivität stieg nur um 1,5% statt 4,1%. Kohleabbau und Erdölförderung stagnierten praktisch bei +0,1%. Rückläufig war die Produktion von Stahl (−3%), von

## Die Woche im Rückblick

Lastwagen (−6%), Personenwagen (−3%), Fleisch (−2%) und Butter (−5%).

**Die Rundfunk- und Fernsehgebühren** sollen nach Verlautbarungen des ARD-Chefs von Sell früher und stärker erhöht werden als ursprünglich geplant. Von Mitte 1983 an um 3,30 auf 16,30 DM anstatt um 2,25 DM ab 1984.

**Ein „historischer Kompromiß der französischen Sozialisten** mit dem Kapitalismus“ soll der jetzt verabschiedete Nachtragshaushalt in Frankreich sein. Die staatlichen Unternehmen erhalten 3 Milliarden Zuschüsse, die Privatkapitalisten erhalten eine Gewerbesteuerermäßigung von 5 Mrd. Franc. Die kommunistischen Minister haben zugestimmt. Finanziert werden soll das Programm, das angeblich die Wirtschaft ankurbelt, durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 17,6 auf 18,6%, einer Steuer, die bisher im Zentrum der sozialistischen Kritik stand.

**Der Kompromißvorschlag für den US-Haushalt** wurde im Repräsentantenhaus zurückgewiesen. Dieser Kompromiß war schon eine Niederlage für Reagan, die sich jetzt auswächst. Zusätzlich wurde nämlich auch noch ein staatliches Beschäftigungsprogramm, das die Zinsen für erstmalige Hauskäufer senkt, verabschiedet, ein Affront gegenüber den „Reagonomics“. Die Republikaner weigern sich, über den Haushalt weiterzudiskutieren, bevor die im Kompromiß vorgeschlagenen Kürzungen bei den Sozialversicherungen vom Tisch sind.

**Die nächste Haushaltskrise** steht der Bundesregierung schon ins Haus. Die Bundesanstalt für Arbeit bereitet einen Nachtragshaushalt vor, der von den neuesten Prognosen der Arbeitslosigkeit ausgeht. Danach werden über den festgelegten Etat von 30,34 Mrd. DM 4,87 Mrd. DM mehr benötigt. Darüber soll am 30. Juni beschlossen werden.

**Die Mun-Sekte** ist stiller Teilhaber an der koreanischen Werkzeugmaschinengruppe Tong II, die jetzt von der Münchener Wanderer-Maschinenbau GmbH erworben wurde.

# Das alternative Energiekonzept der GRÜNEN-Hessen

## Stärken in der Darstellung der stofflichen Probleme, Schwächen in der Analyse der kapitalistischen Ökonomie

*siw.* Der 3. Teil des Entwurfs der Grünen für ein Landesprogramm befaßt sich mit der Energie.

Grundsätzlich abgelehnt wird die Erzeugung von Strom durch Atomkraftwerke. Gründe dafür sind: hohe Investitionskosten für atomare Anlagen blockieren finanzielle Mittel, die für alternative Energiequellen dringend gebraucht werden. Uran als Energiebasis ist nur in begrenztem Umfang vorhanden. Atomenergie trägt nur zu einem geringen Teil zur Deckung des Energieverbrauchs bei (z.Zt. 10%). Die Strahlenbelastung, der gewaltige Aufwand der Abfallbeseitigung, das militärische Risiko stehen in keinem Verhältnis zur gewonnenen Energie.

Anstelle der kurzfristigen Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich des Kernkraftwerkbaus (ca. 4–8 Jahre), die pro KKW bei 750 bis 1500 liegt, würde z.B. die weitgehende Isolierung des gesamten Gebäudebestandes sofort 400000 Arbeitsplätze für die nächsten 20 Jahre schaffen.

Im Abschnitt „Grundsätze Grüner Energiepolitik“ steht die rationelle Energieanwendung an erster Stelle. Kritisiert wird die einseitig ausgerichtete Versorgung mit Strom als Energieträger in vielen Bereichen, wobei die Stromerzeugung mit einem Gesamtwirkungsgrad von nur 29% gegenüber der verwendeten Primärenergie den größten Verlust aufweist. Leitungsverluste und Kraftwerkseigenverbrauch lassen etwa 70% der eingesetzten Energie verlorengehen.

Gegenüber den Monostrukturen bei der Energieversorgung, die die Gefahr der „Energiediktatur“ in sich berge, müssen flexible Energieversorgungssysteme geschaffen werden, demokratisch beherrschbar und für den Bürger überschaubar. Dazu ist die Entprivatisierung der Energieversorgungsunternehmen (EVUs) mit dem langfristigen Ziel der Selbstorganisation der Verbraucher erforderlich.

Ein radikaler Wandel des Energiesystems soll erreicht werden, indem die Energiegewinnung durch Verbrennungsprozesse ersetzt werden muß durch die Energienutzung aus umweltfreundlichen, regenerativen Energiequellen (Sonne, Wind, Wasser).

Gegenüber dem Schwerpunkt riesiger Kraftwerkskomplexe – weit weg vom Verbraucher – sollen kleine Anlagen in seiner Nähe gebaut werden. Dazu muß das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 geändert werden, das der Elektrizitätswirtschaft Rechte insbesondere des Gebiets-, Erzeugungs- und Leitungsmonopols einräumt. Es drängt die Betreiber von Kleinstromgewinnungsanlagen an den Rand der Existenzfähigkeit. Die zentralisierten Energieverteilungsnetze erfordern einen hohen Investitionsaufwand, belasten die Umwelt, verschandeln die Landschaft und verursachen z.T. erhebliche Energieverluste. Dezentrale Energiegewinnung schafft größere Sicherheit vor Störungen, da ein Ausfall nur kleine Komplexe betrifft. Zentrale Energie soll deshalb nur zur Ergänzung dezentraler Energiegewinnung sowie zur Aufnahme überschüssiger Energie aus den dezentralen Anlagen dienen.

Um der Vergeudung elektrischer Energie zu begegnen, sollen Tarifvergünstigungen für Großabnehmer und Nachtspeicheröfen zugunsten progressiver Energietarife aufgehoben werden. Durch Verbesserung des Wirkungsgrades von Maschinen und Haushaltsgeräten durch die Erzeuger und bewußte Verbraucheraufklärung ist Energieeinsparung möglich. Heizung und Warmwasserbereitung durch Elektrizität ist Verschwendung. Maßnahmen zur Energieeinsparung in den privaten Haushalten wie Verbesserung der Wärmeisolation, Ersatz veralteter Heizanlagen, Nutzung der Sonnenenergie zur Warmwasserbereitung, Wärmeeinsparung durch architektonisch richtige Gestaltung von Gebäuden sind erforderlich. Um in der Landwirtschaft weitgehend auf den Verbrauch nichtregenerativer Energieträger verzichten zu können, soll die Produktion von Biogas in genossenschaftlich betriebenen Anlagen gefördert werden.

Langfristiges Ziel bei der Stromerzeugung muß es sein, auf Kohle, Öl und Gas zu verzichten. Diese fossilen Energieträger kommen nur begrenzt vor und stellen durch ihre Verbrennungsrückstände hohe und weltweite Umweltbelastungen dar. Mittelfristig können neben den genannten Energieeinsparungsmaßnahmen bereits ausreichend erprobte alternative Energiekonzepte wie Wärme-Kraft-Koppelung (z.B. auch in Blockheizkraftwerken) die Energieversorgung über die nächsten Jahrzehnte sichern. Statt stündlich 75000 t Wasserdampf durch die westdeutsche Industrie in die Luft abzulassen, könnten daraus kurzfristig 21000 MW Strom am Tag erzeugt werden (das sind ca. 41% des am 20.12.78 mit 50500 MW bisher größten Stromverbrauchs an einem Tag in der BRD). Betriebsgenehmigungen sollen künftig nur noch erteilt werden, wenn eine Nutzung der Abwärme im Betriebsverbund, eine Wärme-Kraft-Koppelung (Netzeinspeisung) oder Speicherung der Energie vorgesehen ist.

Bei der mittelfristigen Energiesicherung kann auf Kohle nicht verzichtet werden. Wirbelschichtbefeuerte Anlagen haben einen höheren Wirkungsgrad (die Kohle wird kleingemahlen und auf einem Luftwirbelbett schwebend verbrannt). Die Wärmeübertragung ist hierbei höher als bei auf dem Bodenrost verbrannter Kohle. Entsprechend kleinere Kessel reduzieren das Abwärmeproblem und sind damit umweltfreundlicher. Bis zu 40 Mio. Steinkohleeinheiten könnten eingespart werden.

Im letzten Abschnitt des Teils „Energie“ wird eine Konzeption entwickelt, die auf der Stromerzeugung durch Wasser, Wind und Sonnenenergie beruht. Dabei wird der Erzeugung durch Windenergie künftig eine besondere Rolle zugemessen. Lt. einer zitierten Studie des Bundesministeriums für Forschung und Technologie stellt das technisch nutzbare Potential der Windenergie in der BRD 226 TWh (Terrawattstunden) dar. Das sind 97% des Stromverbrauchs im Jahre 1973. Trotz dieser Erkenntnis wurden zur Förderung der Windenergie im Energieforschungsprogramm der Bundesregierung von 1977 bis 1980 nur 0,5% der Mittel ausgegeben, die für die Atomenergieforschung im gleichen Zeitraum bereitgestellt wurden, aus diesem Grund allein sind Windkonverter bis heute noch nicht in Serienproduktion gegangen.

Von der stofflichen Seite der Energieproduktion und -verwendung sind m.E. die entwickelten Vorstellungen ein ziemlicher Fortschritt, vor allem, da sie nicht an einzelnen Gesichtspunkten (z.B. Gefährlichkeit der KKWs) kleben bleiben, sondern umfassend eine Alternative zum Inhalt haben, die sicher keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, aber sicher grundsätzliche und ausbaufähige Lösungsmöglichkeiten aufweist. Nicht teilen kann ich dagegen die Begründungen, die im Zusammenhang mit der kapitalistischen Ökonomie genannt werden. Da heißt es z.B., daß vermehrter Einsatz von Energie unter kapitalistischen Bedingungen (soziale Marktwirtschaft) zu vermehrtem Einsatz von Maschinen führt, die zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen beitragen und damit zu einer dauerhaften Erhöhung der Zahl von Arbeitslosen. Letzteres ist sicher richtig. Aber die Ursache für den vermehrten Einsatz von produktiven Maschinen durch das Kapital und das Überflüssigmachen menschlicher Arbeit ist nicht der vermehrte Einsatz von Energie, sondern die Möglichkeit, zunächst einen Extraprofit zu erzielen.

Andererseits legt dieser Begründungszusammenhang nahe, den vermehrten Einsatz produktiver Maschinen zu vermeiden, wo diese doch auch die Arbeitszeit aller Arbeiter senken und anstrengende körperliche Arbeit beseitigen können. Höherer Stromverbrauch wird auch dann erforderlich sein, die Frage ist nur, ob er auf die Art und Weise erzeugt werden muß, wie dies heute geschieht und wogegen sich die Grünen m.E. zurecht wenden. Aus diesem Grund kann ich auch nicht die Einschätzung teilen, daß die ständige Steigerung des Energieverbrauchs die Abhängigkeit der Industrieländer von der Importenergie und damit die Ausbeutung der Entwicklungsländer steigert. Nicht steigender Energieverbrauch, sondern das Bestreben des einzelnen Kapitals, zur Erzielung eines höchstmöglichen Profits billigste Energiequellen hemmungslos auszubeuten – sofern ihm keine Schranken gesetzt werden – ohne Rücksicht auf die weltweiten Folgen hat diese Ausbeutung der Entwicklungsländer herbeigeführt.

Richtig finde ich die Forderungen, die sich gegen die gesetzliche Monopolstellung der EVUs richten. Hierzu werde ich in einem weiteren Artikel einige Ausführungen über den Charakter und die Gründe dieser monopolartigen Stellung machen (siehe unsere nächste Ausgabe an dieser Stelle). Denn die Frage, die sich dabei stellt, ist doch die: ist es ausreichend, die Vergesellschaftung der Energieversorgung und -erzeugung allein aus den Widersprüchen zwischen möglicher rationeller und umweltschonender Konzeption einerseits und der bestehenden umweltsers törenden und energieverschwendenden Konzeption andererseits zu begründen, oder weisen die Widersprüche nicht darauf hin, daß die bestehende, vom Kapitalismus hervorgerufene Produktionsstruktur sowie die vom Verwertungsinteresse des Kapitals bestimmte Energieproduktion die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse erforderlich macht, um selbst in dem Bereich Energieversorgung zu einer dauerhaften Lösung zu kommen; oder andersherum gefragt: Ist im Kapitalismus eine umweltschonende Energieversorgung überhaupt möglich?

# KEIN ATOMMÜLL IN SCHACHT KONRAD

Salzgitter

In Salzgitter-Bleckenstedt, ca. 10 km von Braunschweig entfernt, liegt das stillgelegte Erzbergwerk Konrad. Seit 1975 wird dieser Schacht von der GSF (Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, Sitz Braunschweig) auf die Eignung von Lagerung von radioaktivem Müll im Auftrag des BMFT (Bundesministerium für Forschung und Technologie) untersucht und mit 90 Beschäftigten in Betrieb gehalten, aber auch schon ausgebaut. Die physikalisch-technische Bundesanstalt (PTB, Sitz Braunschweig) wird den im April fertiggestellten, aber noch geheimgehaltenen Abschlußbericht über Konrad beim Sozialministerium in Hannover einreichen, und das Planfeststellungsverfahren wird vermutlich im Sommer dieses Jahres eingeleitet werden.

Schacht Konrad, mit einem Fassungsvermögen von 500000 m³, erscheint der Bundesregierung in mehrfacher Hinsicht günstig: 1. Bei ihm gibt es in den Augen der GSF keine sicherheitstechnischen Bedenken, was z.B. bei Gorleben oder bei dem Atommülllager Asse auch in diesen Kreisen mittlerweile umstritten ist. 2. Salzgitter ist eine Arbeiterstadt, und hier hofft die Regierung, mit dem Märchen von der Schaffung von Arbeitsplätzen noch am besten landen zu können. Die Arbeitslosigkeit hier in der Region liegt bei weit über 10%, die Bauern sind überwiegend Nebenerwerbsbauern. 3. Der Schacht ist über die Bundesstraße direkt per Bahn und über den Kanal erreichbar. Und 4. ist er der Besitz des größten Betriebes am Ort, der Salzgitter AG, ein Bundesunternehmen! Die SAG ist über ein Tochterunternehmen an der Stillegung ausgedienter Atomkraftwerke beteiligt. Die SMAG, eine weitere Tochter der SAG ist zu einem Drittel an der Deutschen Gesellschaft für Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE, in Peine, 20 km von Braunschweig) beteiligt.

In Konrad soll nach offiziellen Angaben „nur“ schwachaktiver, nicht weiter verwendbarer Atommüll eingelagert werden sowie atomarer Sperrmüll von abgewrackten Reaktoren. Dieser Sperrmüll ist aber z.T. auch mittel- bis hochaktiv, und die AKW-Gegner der Region haben nachgewiesen, daß vom Kernforschungszentrum Karlsruhe aus Untersuchungen zu Konrad angestellt werden, die sich von der Wärmeentwicklung des Mülls her nur auf mittel- bis hochaktiven Müll beziehen können. „Schwachaktiv“ soll die Sache verharmlosen, aber einmal ist schwachaktiver Müll auch nicht harmlos, und außerdem gehen die Pläne weiter.

Gerade bei der Endlagerung sog. schwach- und mittelaktiven Mülls, der nicht wieder verwendbar ist und der 90% des gesamten Atommülls ausmacht, liegt die größte Schwachstelle in der Entsorgungskette für die AKW-Betreiber. Bis 1995 soll die Gesamtkapazität der bundesdeutschen AKWs vervierfacht werden. Gesetzt, dieser Plan wird verwirklicht, sieht es mit dem Atommüll so aus: Bis zum 31.12.80 sind 146000 Fässer mit je 200 l schwachaktivem Müll und 130000 Fässer mit mittelaktivem Müll angefallen. Bis 2000 werden bis zu 405000 Fässer schwach und bis zu 100000 Fässer mittelaktiven Mülls anfallen. Die Landessammelstellen, die nur Provisorien darstellen, quellen über. 1985 wird der Vertrag mit Frankreich, nach dem in La Hague der westdeutsche Müll wiederaufbereitet werden kann, gekündigt, und dann kommt der Atommüll zurück. Die Bundesregierung ist verpflichtet, für die Entsorgung zu sorgen, und sie will bis Mitte der 80er Jahre nach Aussagen von Baum das Endlagerproblem für den nicht weiter verwendbaren Atommüll gelöst haben, und zwar über Konrad.

Die Inbetriebnahme von AKWs und der Weiterbetrieb ist nach der 4. Atomgesetznovelle an den Entsorgungsnachweis *gebunden*. Das ist ein Hindernis für die AKW-Betreiber, wenn auch bislang noch kein unumgängliches: Für die AKWs Grafenrheinfeld, Brokdorf und Grohnde ist Konrad schon als Entsorgungsnachweis angegeben, obwohl das Planfeststellungsverfahren noch nicht einmal eingeleitet ist. Und als Baum seine „Unbedenklichkeitsbescheinigungen“ für Isar II, Biblis C und Emsland aussprach, hatte er nachweislich Konrad als Entsorgungsmöglichkeit im Visier. Die Bundesregierung rechnet also – und sie muß es von ihrer Seite aus – mit der Durchsetzung von Konrad. Denn, setzt sie dies Projekt nicht durch, dann besteht, wie in der Bundestagsdebatte im Februar '82 festgestellt, die „Gefahr, daß Atomkraftwerke abgestellt werden müssen“, und der ganze Atomplan kann ziemlich ins Wanken geraten.

In Niedersachsen liegt der Anteil der Atomenergie bei der Stromerzeugung doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt, und für Ministerpräsident Albrecht ist die Atommüllendlagerung nicht der „Schwarze Peter“, den er von der Bundesregierung zugeschoben bekommt, sondern die hervorragende Möglichkeit, sich als tatkräftiger und entscheidungsfreudiger Politiker darzustellen, der das Atomprogramm offensiv vertritt und *durchsetzt*. Der ursprüngliche Plan, in Gorleben ein integriertes Entsorgungszentrum zu bauen, ist am Widerstand der Bevölkerung gescheitert, und, wie Albrecht zugibt, derzeit „politisch nicht durchsetzbar“. Also hat sich die Bundesregierung auf die „Entsorgung in kleinen Schritten“ geworfen, in Anti-AKW-Kreisen „entzerrtes System“ genannt. Das sieht so aus: hinsichtlich der Endlagerung: In Gorleben soll „nur“ ein Zwischenlager entstehen, in dem zur Zeit geschlossenen „Versuchs“-endlager Asse bei Wolfenbüttel soll „nur“ mittelaktiver Müll, in Konrad angeblich „nur“ schwachaktiver Müll gelagert werden. Die Bundesregierung und die Landesregierung setzen dabei darauf, daß auch der Widerstand gegen die Atommüllagerung „entzerrt“ wird, desorientiert und gespalten. Nicht dieses oder jenes Projekt ist wichtiger, nicht dieser oder jener Standort ist bedeutender, sondern die Endlagerung von Atommüll wird über die Region östliches und südöstliches Niedersachsen verteilt. Die Region soll die Atommüllkippe der BRD werden mit den Lagern

Gorleben, Asse, Konrad und Konrad
kippe der BRD werden mit den Lagern

Gorleben, Asse, Konrad, und Konrad ist als erster dran. (Ganz neu im Gespräch ist auch noch ein AKW und eine kleine Wiederaufbereitungsanlage bei Gifhorn.)

Die Tatsache, daß über sog. „Sachzwänge“ wie den vorzeitigen Entsorgungsnachweisen für AKWs über Konrad und über die Entzerrung der Endlagerung versucht wird, die Bewegung zu desorientieren, ist den Initiativen und Arbeitskreisen, die unter der Hauptforderung arbeiten, „kein Atommüll in Schacht Konrad und auch nicht anderswo“, bewußt geworden. Deshalb haben sie sich in der „Regionalkonferenz südostniedersächsische Bürgerinitiativen“ zusammengeschlossen und verfolgen ein Konzept, einerseits den Widerstand an den jeweiligen Orten zu organisieren und andererseits Aufgaben und Probleme gemeinsam anzugehen und die Sache bundesweit bekannt zu machen. Dazu gehören Initiativen aus den größeren Städten wie Salzgitter, Braunschweig, Wolfsburg, aber auch aus kleinen Orten wie Liebenburg, ferner örtliche Gruppen der Grünen und Autonomen und andere. Sie haben zentral über die Regionalkonferenz und in ihren jeweiligen Orten zahlreiche Aktivitäten in Gang gesetzt, die im letzten Jahr überwiegend in die Richtung gingen, das Projekt Konrad überhaupt erst einmal bekannt zu machen. Die Bundesregierung und die Landesregierung haben darauf gesetzt, durch Totschweigen ihres Vorhabens die Lagerung im Halbstillen durchzusetzen.

Dieses Vorhaben ist nicht aufgegangen, mittlerweile wird Schacht Konrad auch bundesweit diskutiert, wie auf den Atommüllkonferenzen in Salzgitter und Hanau. Die Grünen haben in die Stadträte Wolfsburg, Braunschweig, und v.a. Salzgitter Anfragen eingebracht, die Jusos haben sich in den betroffenen Orten gegen die Einlagerung in Konrad ausgesprochen.

Der Landvolkverband hat sich gegen die Art der Durchsetzung des Projekts gewandt, die Kirchengemeinde Salzgitter-Bleckenstadt hat eine Seminarreihe zu Konrad durchgeführt. Der gewerkschaftliche Arbeitskreis Leben in Salzgitter ist in den Betrieben und v.a. in der Gewerkschaftsjugend tätig. Die Belegschaft im Schacht selbst ist mittlerweile so weit, daß sie auf keinen Fall mittel- oder hochaktiven Müll im Schacht haben will.

Die Gründe, gegen die Einlagerung von Atommüll im Schacht Konrad zu sein, liegen auf der Hand: Die Gefährdung der örtlichen Bevölkerung durch

dung der örtlichen Bevölkerung durch

den massenweisen Transport von Atommüll über Straße, Bahn und Kanal, die Gefährdung durch die Einlagerung selbst, die jahrtausendelang anhalten würde und durch die Möglichkeit, daß das Grundwasser radioaktiv verseucht wird, noch verschlimmert wird. Sehr wichtig ist für die Bewegung hier am Ort, daß hier mit Genehmigung von Konrad das Atomprogramm am Laufen gehalten werden soll, und der Kampf gegen Konrad muß als wichtiger Hebel gegen das Atomprogramm insgesamt gesehen werden. Das macht auch der Satz deutlich, der in gewisser Weise zum Leitsatz geworden ist: „Wo der Atommüll hin soll, darüber reden wir erst dann, wenn alle Atomanlagen stillgelegt worden sind.“ Denn die Frage, wohin mit dem Zeug, es ist ja nun einmal da, wird der Bewegung hier oft gestellt, und sie ist ja auch nicht ganz verkehrt, nur verkehrt gestellt. Denn solange das Atomprogramm nicht gestoppt ist, wird immer mehr Müll produziert; kann der Müll aber nicht gelagert werden, ist es mit dem Programm auch nicht weit her.

Deshalb hat die Staatsgewalt in Form der Stadtdirektoren von Salzgitter und Braunschweig auch versucht, die Bewegung mit Hausdurchsuchungen einzuschüchtern, die die Entlassung eines BI-Mitgliedes aus seiner Arbeitsstelle zur Folge hatten.

Jetzt sind die Initiativen dabei, eine Politik zu entwickeln, die nach wie vor die Informationsarbeit unter der Bevölkerung und in den Medien zur Grundlage hat, aber gleichzeitig Aktionen vorsieht, die den Zweck von Konrad spektakulär öffentlich machen sollen. Dies soll der Vorbereitung der Demonstration in Salzgitter zum Schacht dienen, die eine Woche nach Einleitung des Planfeststellungsverfahrens

tung des Planfeststellungsverfahrens

stattfinden soll, und zu der die Regionalkonferenz südostniedersächsischer Bürgerinitiativen regional mobilisieren wird, für die aber auch die bundesweite Unterstützung sehr wichtig ist (vgl. dazu nebenstehenden Aufruf).

Ende Februar wurde von der Regionalkonferenz südostniedersächsischer Bürgerinitiativen ein Bauwagen auf dem Feld direkt beim Fördertum von „Konrad“ aufgestellt, der als mobiles Informations- und Beobachtungszentrum dient.

Gorleben
Westerbeck-Vorhop (Kreis Gifhorn)
Braunschweig
Asse
Bartensleben
P + S
Schacht Konrad

Aufruf zur Demonstration zum Schacht Konrad

## Der stillgelegte Erzschacht Konrad bei Salzgitter-Bleckenstedt soll zum größten Atommüllager Europas werden!

Seit 1975 wird der Schacht unter strengster Geheimhaltung auf seine Eignung als Atommüllager untersucht und schon jetzt für die Einlagerung vorbereitet. Am 5. Januar erklärte die Bundesregierung, Schacht Konrad sei als einziges Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle vorgesehen. Dementsprechend kündigte die niedersächsische Landesregierung an, einen Planfeststeilungsantrag zügig zu bearbeiten.

Wir vermuten, daß das Planfeststellungsverfahren kurz nach den Landtagswahlen eingeleitet wird. Wie das Verfahren ausgeht, kann man schon heute voraussehen, die Tendenz wird an folgendem Beispiel deutlich: In der Erteilung der Betriebserlaubnis für das AKW Grafenrheinfeld ist Schacht Konrad bereits jetzt als Entsorgungsnachweis angeführt.

Das heißt, ob sicher oder nicht, eingelagert werden soll auf jeden Fall. Aber es geht hier nicht nur um die Beseitigung des vorhandenen immensen Atommülberges, in dem die AKWs und Landessammelstellen zu ersticken drohen. Mit der Genehmigung des Endlagers Konrad wollen die Atomindustrie und die Bundesregierung sich ein Instrument schaffen, das die Durchsetzbarkeit des Atomprogramms möglich macht, denn Konrad ist als erstes Endlager neben Gorleben und Asse II einer der wichtigsten Eckpfeiler des Atomprogramms.

**Deshalb fordern wir:**

## Kein Atommüll in Schacht Konrad und auch nicht anderswo!

Über den vorhandenen Müll reden wir erst, wenn alle Atomanlagen stillgelegt sind.

Wir wissen, daß
– Atommüll gefährlich ist und uns niemand vor den Risiken beim Transport und der Lagerung schützen kann;
– nicht nur wir, sondern auch unsere Kinder und nachfolgende Generationen mit dem gefährlichen Müll leben müssen;
– durch die scheinbare Lösung des Endlagerproblems der Weg für die Inbetriebnahme und den Neubau von AKWs freigemacht werden soll;
– entgegen der Behauptung, Atomenergie schaffe Arbeitsplätze, durch den Einsatz von Atomstrom Arbeitsplätze wegrationalisiert werden;
– trotz eines Überangebots an Strom weitere Atomkraftwerke gebaut werden, um an der herrschenden Wachstumsideologie festhalten zu können.

Deshalb rufen wir zu einer großen Demonstration am Samstag der Woche, die der offiziellen Einleitung des Planfeststellungsverfahrens durch das Sozialministerium folgt!
Treffpunkt: 11.30 Uhr Salzgitter-Engelstedt

Wir wissen, daß wir mit einer einmaligen Aktion das Endlager nicht verhindern können. Aber mit der Demonstration und der Kundgebung am Schachtgelände werden wir zeigen, daß Regierung und Betreiber nirgendwo ihr Endlager von der Öffentlichkeit unbemerkt bauen können, sondern daß es Widerstand dagegen gibt. Das werden wir am Schacht praktisch demonstrieren.

Da Repressalien der Staatsgewalt zu erwarten sind, ist Regenkleidung und Selbstschutz sinnvoll.

Am Wochenende vor der Demonstration findet eine Konferenz zur technischen und organisatorischen Vorbereitung statt.

Regionalkonferenz südostniedersächsischer Bürgerinitiativen
c/o AStA TU, Braunschweig, Tel.: 0531/337851, Kontakt ab Tag X.
Finanzierungshilfen: Claus-Schröder-Sonderkonto: Nr. 251729-308 PSchA Hannover

# Italien vor dem Generalstreik?

### Fronten zwischen Kapitalistenverband und allen Gewerkschaften verhärtet / Verhandlungen nicht in Sicht

*cof.* Ein Generalstreik in Italien sei kaum zu verhindern, vermutet das „Handelsblatt" und hat dabei die rundum ergebnislosen Gespräche der italienischen Regierung mit den Kapitalistenverbänden auf der einen und den Gewerkschaftsvorständen auf der anderen Seite im Auge. Am vergangenen Freitag streikten zweieinhalb Millionen Arbeiter der metallverarbeitenden und Textilindustrie, um gegen die Weigerung des Industrieverbandes (Confindustria), die Verhandlungen über die alle drei Jahre fälligen Gesamtarbeitsverträge aufzunehmen, zu protestieren.

Auf der Jahresversammlung dieser größten Vereinigung der privaten industriellen Unternehmer hatten 3 Tage zuvor die „Falken" gesiegt. Nachdem noch ein Jahr vorher, vor allem um die damals neue Regierung zu schonen, ein relativ gemäßigter Kurs sich durchsetzen konnte – auf dem Verhandlungsweg sollten Wege zur Senkung der Lohnkosten gefunden werden, ohne die Scala mobile anzutasten –, blies der Verbandsvorsitzende Vittorio Merloni in Übereinstimmung mit den Vertretern der metallverarbeitenden Industrie im italienischen Norden jetzt zum Halali gegen die Gewerkschaften: Keinerlei Verhandlungen, solange sich die Gewerkschaften weigern, *alle* Bestandteile der Lohnkosten zur Disposition zu stellen.

Daß daran nicht zu denken ist, haben inzwischen alle Gewerkschaften bekräftigt. In einem Interview mit der römischen Tageszeitung „Republica" warf der Vorsitzende der CGIL, Lama, den Kapitalisten vor, einen neuen Angriff auf all das zu starten, was die Arbeiterbewegung bisher erreicht hat: „Sie wollen alles wieder zurückhaben, die Fabriken und das ganze Land. Wir sind zu allem entschlossen, um unsere Positionen zu verteidigen."

Der Industriellenverband ist mit seinem unnachgiebigen Kurs aber nicht nur auf die Kritik der Gewerkschaften, sondern auch der Regierung gestoßen: Die Christdemokraten fürchten mindestens die von Lama angekündigten heißen Auseinandersetzungen „ähnlich wie 1968", während Sozialisten und Sozialdemokraten der Regierungskoalition den Konflikt auszunutzen versuchen. Sowohl der Minister für staatliche Beteiligungen als auch der Arbeitsminister ließen verlauten, daß sie für die staatliche und halbstaatliche Industrie keine Einwände gegen die sofortige Aufnahme von Verhandlungen hätten, wobei der Sozialist De Michelis (Staatsbeteiligungen) seine Manager jedoch anwies, das von der Regierung anvisierte Limit der Inflationsrate von 16% auf keinen Fall zu überschreiten. Den Gewerkschaften wurden Steuererleichterungen in Aussicht gestellt für den Fall, daß die Lohnforderungen unter der Inflationsrate blieben. Daß die Gewerkschaftsbasis sich damit beschwichtigen läßt, scheint gleichwohl unwahrscheinlich.

# Ohne Perspektive ist es schwer, für den Kampf zu mobilisieren

### Aktionen und Demonstrationen der DGB-Jugend in Hamburg gegen Jugendarbeitslosigkeit

*edd.Hamburg.* In der letzten Woche führte die DGB-Jugend Hamburg eine Demonstration gegen Jugendarbeitslosigkeit durch, an der sich rund 1300 Kolleginnen und Kollegen beteiligten. Sie fand am 13. Mai statt, dem Tag, an dem die Hamburger Bürgerschaft beriet und ihre letzte Sitzung vor den Wahlen am 6. Juni hatte. Die Bürgerschaft sollte seitens der Gewerkschaftsjugend unter Druck gesetzt werden, sich für deren Forderungen z.B. nach einem außerbetrieblichen Ausbildungszentrum einzusetzen.

Nicht alleine die geringe Zahl der Teilnehmer an der Demonstration, sondern auch die vorher durchgeführten Aktionen zeigten deutlich die Probleme auf, auf die die DGB-Jugend bei ihrem Kampf gestoßen ist. So konnte es zwar gelingen, daß die erfolgreichen Aktionen vor den Großbetrieben HDW, MAN und Blohm und Voss (KVZ berichtete darüber) innerhalb der IG Metall positive Unterstützung fanden, was darin seinen Ausdruck fand, daß der 1. Bevollmächtigte Johannes Müllner die IG Metall-Jugend-Aktionen auf der Vertreterversammlung als außerordentlich positiv darstellte. Aber es gelang nicht, große Teile älterer Kollegen für den Kampf der IGM- und DGB-Gewerkschaftsjugend und ihre Demonstration zu gewinnen.

Auch bei der Organisierung jugendlicher Arbeitsloser, die zuerst auf Stadtteilebene angegangen wurde, kam man nicht voran. So beteiligten sich bei einer weiteren Aktion wie bei HDW vor der Betriebsversammlung SEL nur 10 arbeitslose Jugendliche, die aber immerhin auf der Betriebsversammlung sprechen konnten und 170 DM für einen Hungerstreik sammelten, den sie aus Protest gegen die Jugendarbeitslosigkeit durchführten. Eine weitere Kundgebung der IG Metall bei der Sanitärfirma Noske Keser, die immerhin 800 Beschäftigte hat und nur 7 Leute ausbildet, beteiligten sich nur noch 20 arbeitslose Kolleginnen und Kollegen. So traten die Probleme schneller zu Tage, als bei Beginn der Aktionen abzusehen war:

Der DGB und die IG Metall auf ihrer Ebene der Kreisvorstände und Ortsverwaltungen unterstützten zwar verbal die Demonstration. Der Beschluß der IG Metall Ortsverwaltung zu einem eigenen Aufruf wurde nicht umgesetzt mit der Begründung, der DGB-Jugend-Aufruf wäre gut und würde „genügen". Doch das tat er gerade nicht. So wurden zwar die sich reimenden Forderungen nach „Lehrstellen her, Arbeitsplätze her, sonst geben wir keine Ruhe mehr" groß in den Vordergrund gestellt, nur um die Frage herumgeschifft, wie eigentlich diese Forderungen durchzusetzen seien, welche Forderungen die DGB-Jugend und der DGB beim Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftskrise erheben müssen.

Es reicht eben nicht aus, anzuprangern, daß es in Hamburg 15000 Jugendliche ohne qualifizierte Lehrstelle gibt (Werkklassen, Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, BGJ-Schüler usw. mitgerechnet) und davor zurückzuscheuen, den Kampf gegen die Kapitalisten und die Regierung auch tatsächlich zu führen. Vorstellungen, die auch innerhalb der Gewerkschaftsjugend bereits entwickelt werden, sind in Vorbereitung aller Aktionen noch zu wenig diskutiert und ausgearbeitet worden. So schreibt die Jugendzeitung der Hamburger IG Metall-Jugend, „Lehmann":

„... Die Unternehmer entscheiden über unsere Ausbildung. Eiskalt rechnen sie nach, was ist profitabler, neue Maschinen, an denen sie wegen der neuen Techniken nur noch Hilfsarbeiterlöhne zahlen müssen, oder eine dreijährige Ausbildung zum Facharbeiter? Die Frage, die wir uns stellen, ist, ob die Unternehmer weiter über die Ausbildung entscheiden sollen oder ob wir, die lohnabhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften wie die IG Metall, es tun sollen. Die Unternehmer, so haben wir auch bei unseren Aktionen (bei HDW, MAN und B&V) erklärt, haben ihre selbsternannte Verantwortung für die Ausbildung der Jugend verspielt. Wir sind darauf angewiesen, unsere Arbeitskraft zu verkaufen. Darum brauchen wir eine grundlegende qualifizierte Ausbildung. Wenn die Unternehmer das nicht garantieren können, müssen wir, die Betroffenen, neue Wege suchen: Die Ausbildung muß raus aus den Händen der Unternehmer!"

Nur, dafür muß die gesamte Gewerkschaftsbewegung eine Position entwickeln, weil dies harten politischen Kampf erfordern würde, wo es nicht mehr mit Aktionen vor den Werkstoren allein getan ist. Auch die Hamburger Linken haben hier noch wenig beigetragen, wie der Weg aussehen soll. So forderte der GAL-Bürgerschaftskandidat Udo Hergenröder richtigerweise, man solle „das Ausbildungsmonopol der Unternehmer knacken" und die KPD/KJD, man solle „die Berufsausbildung verstaatlichen". Die Frage bleibt, und das wird entscheidend sein, auch dafür, wen man für den Kampf gewinnt, wer dann diese Ausbildung kontrollieren soll und wer sie bezahlt. Die GAL fordert dazu einen Berufsbildungsfonds, in den alle Unternehmer einzahlen müssen. Die IG Metall-Jugend hatte dazu richtig gefordert im Zusammenhang mit der Forderung nach dem überbetrieblichen Ausbildungszentrum, daß die Kapitalisten es bezahlen und die Gewerkschaften kontrollieren sollen. Über diese Probleme wird auf den nächsten IGM- und DGB-Jugendkonferenzen und Sitzungen diskutiert werden. Allerdings: Die Frage der Berufsausbildung darf nicht ein Problem der Gewerkschaftsjugend bleiben, sondern muß Teil eines Kampfprogramms der gesamten Arbeiterbewegung werden.

### Preiss – und seine Absage an die Vermögenspolitik

*kvz.* Noch am Vorabend zum DGB-Bundeskongreß hatte IGM-Vorstandsmitglied Preiss schon eine der ersten Initiativen des SPD-Parteitages einsargen lassen, nämlich die neuen Initiativen zur Vermögenspolitik. Nach der „Aktion '82", die die Streichung der staatlichen Zulage für Prämiensparer zur Folge hatte, wurden nun in Anträgen wieder Ideen der Vermögenspolitik

Entwurfs – sollte die Besatzungsstärke im Cockpit der verschiedensten Flugzeuge regeln. Das Gericht war der Ansicht, daß gewisse Vorschriften des Vertragsentwurfs zu deutlich auf eine „unmittelbare Festschreibung" der Besatzungsstärke hinausliefen. Wegen des Vertragsentwurfs „Arbeitsplatzgestaltung für das Bordpersonal" hatte es zur Jahreswende mehrfach Warnstreiks gegeben, die schon im Januar von einem Gericht verboten worden waren.

einer weiteren Aktion wie bei HDW vor der Betriebsversammlung SEL nur 10 arbeitslose Jugendliche, die aber immerhin auf der Betriebsversammlung sprechen konnten und 170 DM für einen Hungerstreik sammelten, den sie aus Protest gegen die Jugendarbeitslosigkeit durchführten. Eine weitere Kundgebung der IG Metall bei der Sanitärfirma Noske Keser, die immerhin 800 Beschäftigte hat und nur 7 Leute ausbildet, beteiligten sich nur noch 20

Hamburger IG Metall-Jugend, „Lehmann":

„... Die Unternehmer entscheiden über unsere Ausbildung. Eiskalt rechnen sie nach, was ist profitabler, neue Maschinen, an denen sie wegen der neuen Techniken nur noch Hilfsarbeiterlöhne zahlen müssen, oder eine dreijährige Ausbildung zum Facharbeiter? Die Frage, die wir uns stellen, ist, ob die Unternehmer weiter über die Ausbildung entscheiden sollen oder ob wir,

nach dem überbetrieblichen Ausbildungszentrum, daß die Kapitalisten es bezahlen und die Gewerkschaften kontrollieren sollen. Über diese Probleme wird auf den nächsten IGM- und DGB-Jugendkonferenzen und Sitzungen diskutiert werden. Allerdings: Die Frage der Berufsausbildung darf nicht ein Problem der Gewerkschaftsjugend bleiben, sondern muß Teil eines Kampfprogramms der gesamten Arbeiterbewegung werden.

### Preiss – und seine Absage an die Vermögenspolitik

*kvz.* Noch am Vorabend zum DGB-Bundeskongreß hatte IGM-Vorstandsmitglied Preiss schon eine der ersten Initiativen des SPD-Parteitages einsargen lassen, nämlich die neuen Initiativen zur Vermögenspolitik. Nach der „Aktion '82", die die Streichung der staatlichen Zulage für Prämiensparer zur Folge hatte, wurden nun in Anträgen wieder Ideen der Vermögenspolitik aufgewärmt in Richtung Investivlohn, Belegschaftsaktien und stillen Beteiligungen. Preiss: „Hier handelt es sich um nichts anderes als den Versuch, den Arbeitern und Angestellten Lohnverzichte schmackhaft zu machen und die gewerkschaftliche Tarifpolitik vermögenspolitischen Scheinlösungen unterzuordnen." Die IGM werde sich nicht in einen Verband von Kleinaktionären umwandeln. „Unser Instrument der Einkommensverteilung ist und bleibt die aktive Tarifpolitik, nicht die passive Vermögenspolitik." – Auf dem Gewerkschaftstag wird die Vermögenspolitik wohl keine Rolle spielen – auch das wurde von Preiss angedeutet.

### Gericht verbietet der DAG Warnstreikaktionen

*kvz.* Das Arbeitsgericht Hamburg hat die DAG dazu verurteilt, künftig „Arbeitskampfmaßnahmen einschließlich Warnstreikaktionen zur Erzwingung der Aufnahme oder Durchführung von Tarifverhandlungen über den Vertragsentwurf mit dem neugefaßten Paragraphen 23" zu unterlassen. Der Paragraph – eigentlicher Streitpunkt des Entwurfs – sollte die Besatzungsstärke im Cockpit der verschiedensten Flugzeuge regeln. Das Gericht war der Ansicht, daß gewisse Vorschriften des Vertragsentwurfs zu deutlich auf eine „unmittelbare Festschreibung" der Besatzungsstärke hinausliefen. Wegen des Vertragsentwurfs „Arbeitsplatzgestaltung für das Bordpersonal" hatte es zur Jahreswende mehrfach Warnstreiks gegeben, die schon im Januar von einem Gericht verboten worden waren.

### Tarifbewegung

*Reisebürogewerbe:* Die 25000 Beschäftigten erhalten ab 1.6. 4,4% mehr Gehalt. Außerdem wurden zusätzliche Anhebungen in den unteren Gehaltsgruppen und -stufen sowie eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 35 DM für alle vereinbart. Über weitergehende strukturelle Verbesserungen soll während der nächsten zwölf Monate verhandelt werden.

*Chemieindustrie:* Für Hessen sind die Verhandlungen auf den 25.5. vertagt worden. Gegenüber der Forderung von 6,8% legten die Kapitalisten kein Angebot vor. Die IG Chemie hat für die 15000 Arbeiter in Schleswig-Holstein 6,5% zum 1.6. gefordert. In Rheinland-Pfalz wurden die Verhandlungen ebenfalls ohne Angebot der Kapitalisten auf den 2.6. vertagt.

*Textilindustrie:* Die Verhandlungskommission für die Bezirke Westfalen und Baden-Württemberg einigten sich auf einen Abschluß von 4% mehr Lohn und Gehalt rückwirkend ab 1.5. in Westfalen und 4,2% in Baden-Württemberg (hier plus einer einmaligen Pauschale von 20 DM für Mai).

### 250000 indische Textilarbeiter seit vier Monaten im Streik

*kvz.* Seit dem 18. Januar streiken jetzt die 250000 Textilarbeiter von Bombay, im Bundesstaat Maharashtra, dem Zentrum der Branche. Der Streik wird von einer kleinen, nicht anerkannten Gewerkschaft organisiert, die Arbeiter haben sich von der regierungstreuen Gewerkschaft abgewandt und wollen eine Teuerungszulage und bezahlte Ferien durchsetzen – insbesondere da der Inflation der letzten 2 Jahre (bei Lebensmittel um 50%) zu begegnen. Die Kapitalisten wollen nicht verhandeln, weil sie auf bestehende Verträge mit den regierungsfreundlichen Gewerkschaften verweisen – die allerdings mittlerweile jeder Wirklichkeit fremd sind. Die Arbeiter haben einen bekannten Streikführer Indiens, den ehemaligen Arzt Dr. Datta Samant, um Hilfe gebeten und er steht in der Führung des Streiks. Er hatte in einigen anderen Branchen schon häufig effiziente und harte Streikführung mit Erfolg praktiziert. Dachten die Kapitalisten, sie könnten die Streikenden – wegen fehlender Geldmittel durch den Streik – schnell kleinkriegen, so sind jetzt langsam ihre ehemals gefüllten Lager leer und die Konkurrenz im zweitgrößten Textilzentrum im Bundesstaat Gujarat macht im Moment das Geschäft. Trotzdem, ein Ende des Streiks ist keineswegs abzusehen.

### Streik der Rotterdamer Hafenarbeiter

*rof.Kleve.* Über 2000 streikende Hafenarbeiter legen den Korn-, Container-, Erz- und Kohleumschlag im Rotterdamer Hafen still. Der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung von sieben Tagen pro Jahr haben die Hafenkapitalisten ein Angebot von zwei Tagen gegenübergestellt, jedoch gekoppelt an die Einführung von Conti-Schicht-Systemen. Am Montag ist dieser Vorschlag mit großer Mehrheit abgelehnt worden, der Streik wird weitergeführt. Die Hafenkapitalisten sprechen von bisher 20 Mio. Gulden Verlust durch den Streik, unter anderem ist der Erzumschlag von Rotterdam Europort in das Ruhrgebiet lahmgelegt. Der Gewerkschaftsbund FNV hat zur Solidarität mit den Hafenarbeitern aufgefordert.

### Automobilarbeiter bei Sao Paulo im Streik gegen Lohnkürzung

*kvz.* 50000 Automobilarbeiter haben den Großteil der Fahrzeugproduktion in den Industrievororten von Sao Paulo zum Stillstand gebracht. Dies ist der erste Streik seit zwei Jahren. Am Montag der letzten Woche begannen schon 35000 mit Arbeitsniederlegungen gegen die Kürzung einer vereinbarten Lohnsteigerung. Betroffen sind Werke von Mercedes-Benz, Volkswagen, Ford, Saab-Scania und die Zulieferfirma Fabrim. Weil General Motors in den Betriebsferien fällt, ist es vom Streik ausgenommen. Die geforderte reale Lohnerhöhung von 7% zusätzlich zum Inflationsausgleich war von einem Arbeitsgericht gebilligt worden, die Kapitalisten waren jedoch in Berufung gegangen und ein höheres Gericht hat jetzt verfügt: nur 4% Lohnerhöhung. – Arbeitsminister Macedo sagte vor der Presse, eine Lohnerhöhung um drei Prozent biete in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten und demokratischer Liberalisierung kaum Anlaß für einen Streik.

### Generalstreik in Portugal 2 Arbeiter am 1. Mai erschossen

*kvz.* Einen Tag vor dem Besuch des Papstes hat ein vom Gewerkschaftsbund „Intersindical" ausgerufener 24stündiger Generalstreik die Industriegebiete lahmgelegt. Im Raum Lissabon und Porto ruhte die Arbeit praktisch total. Mit dem Generalstreik wurde gegen den Tod zweier Gewerkschaftsmitglieder demonstriert, die am 1. Mai bei Auseinandersetzungen mit der Polizei in Porto erschossen worden waren. „Intersindical" fordert weiterhin den Sturz der Regierung Balsemao. – Während des Streiks verhinderten Streikposten mit Kurzschlüssen, gefällten Bäumen, Ölachen und verstreuten Nägeln ein Funktionieren der Transportmittel in Porto. Durch Streiks in den Gaswerken ist Lissabon ohne Gasversorgung.

### 2000 US-Stahlwerker demonstrierten

*kvz.* Für die Schaffung von Arbeitsplätzen demonstrierten in Pitsburgh 2000 Stahlwerker des Werkes Clairton, das im Januar seine Produktion eingestellt hat. Die Arbeiter, die seitdem ohne Arbeit sind und deren Arbeitslosenunterstützung nach 39 Wochen ausläuft, verlangten unter anderem die Zahlung von Arbeitslosengeld für insgesamt 65 Wochen und Maßnahmen zum Schutz gegen Rausschmiß aus den Betriebswohnungen.

# 35-Std.-Woche ist nur als ein Teil eines politischen Gesamtkonzepts zu erreichen!

*In den bisherigen Beiträgen innerhalb der Serie „Alternative Tarifpolitik" wurden die verschiedenen „Tarifrenten-Konzepte" vorgestellt. In der gewerkschaftlichen Debatte ist die 35-Stunden-Woche prinzipiell nicht umstritten – strittig scheint nur, ob nicht andere Formen der Arbeitszeitverkürzung dringlicher sind: etwa die Verkürzung der Wochen- oder Jahres- oder Lebensarbeitszeit für „besonders belastete Lohnabhängige", z.B. Nacht- und Schichtarbeiter, oder für ältere Lohnabhängige. Hier sei auch die Arbeitsmarkt-Wirkung am größten. Es wird von den Gegnern der Tarifrentenkonzepte vermutet, daß eine Verfolgung dieses Konzepts für längere Zeit die Verkürzung der täglichen / wöchentlichen Arbeitszeit blockiert. Sind die Differenzen nicht viel tiefgreifender? Kann aber überhaupt die 35-Stunden-Woche so wie die 40-Stunden-Woche erkämpft werden?*

In den Gewerkschaften gibt es in Debatten die immer wiederkehrende Faustformel: 35-Stunden-Woche ist zu 25%, die Jahresarbeitszeitverkürzung zu 50%, die Lebensarbeitszeitverkürzung aber zu 60–75% arbeitsplatzwirksam. „Wenn das so ist", lautet die gewöhnliche Schlußfolgerung der so Argumentierenden, „ziehe ich die Tarifrente der 35-Stunden-Woche vor" oder „muß man weitere Urlaubstage herausholen!"

An der Richtigkeit dieser Faustformel kann man berechtigte Zweifel haben. Sicher wird durch die höhere Intensität in der verkürzten Arbeitszeit ein Teil der Wirkung der Arbeitszeitverkürzung wieder kompensiert. Das gilt aber auch für andere Formen der Arbeitszeitverkürzung. Sobald es sich nicht um einen streng an die Maschine gebundenen Arbeitsplatz in kontinuierlicher Produktion handelt, ist Nacharbeit möglich. Die Klage über Nacharbeit bei Urlaub oder Krankheit ist in den Büros notorisch. Eine frühere Verrentung wirkt über das Ausscheinden der älteren Arbeiter und Angestellten auch steigernd auf den gesellschaftlichen Durchschnitt der Intensität der Arbeit.

Die verschiedenen Formen der Arbeitszeitverkürzung wirken also an den verschiedenen Arbeitsplätzen auch verschieden. Eine Schätzung der Bundesanstalt für Arbeit in Zusammenarbeit mit dem Ifo-Institut geht davon aus, daß eine Wochenarbeitszeitverkürzung mit dem Ifo-Institut geht davon aus, daß eine Wochenarbeitszeitverkürzung zu 33% durch eine Steigerung der Produktivität, zu 33% durch Überstunden und zu 33% durch Neueinstellungen ausgeglichen werden würde. Das würde der Faustformel rechtgeben. Aber was wäre, wenn gleichzeitig die Überstunden beschränkt würden, was ja ohnehin notwendig ist? Eine Untersuchung über eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit in Österreich hat ergeben, daß kurzfristig 50% durch Steigerung der Produktivität, 25% durch Überstunden und weitere 25% durch Neueinstellungen ausgeglichen wurden. Langfristig stellte sich das Resultat anders: 80% Neueinstellungen und 20% durch Steigerung der Produktivität.

Die bestehende hohe Intensität der Arbeit führt dazu, daß die Arbeitskraft nicht bis zum Erreichen der Rentengrenze immer wieder reproduziert und erneut dem Kapitalisten zum Kauf angeboten werden kann. Den 157501 Arbeitnehmern, die 1981 die Rentengrenze erreichten, stehen 221494 gegenüber, die diese Grenze nicht mehr erreichen und 1981 erstmals eine „Invalidenrente" erhielten. 58,8% der 81er-Rentenneuzugänge entfielen auf die „Erwerbs- und Berufsunfähigkeits-Rente". Ursache waren nicht Berufskrankheiten sondern „allgemeine Verschleißerscheinungen" der Arbeitskraft. Mehr als ein Drittel aller Erkrankungen waren solche der Herz- und Kreislaufgefäße und des Blutes, der Bewegungsorgane, des Stoffwechsels und der Verdauungs- sowie Atemorgane. Die Arbeitskraft ist soweit zerstört, daß auch keine anderen produktiven Tätigkeiten als Lohnarbeiter mehr ausgeübt werden können. Noch 1960 waren 30% der Renten „Berufsunfähigkeitsrenten", bei denen nach Ansicht der Rentenversicherung noch die Möglichkeit einer anderen „Erwerbstätigkeit" besteht. Heute sind dies nur noch 5%.

Dieser Prozeß der zunehmenden Frühinvalidität hat in den letzten Jahren enorm zugenommen. 1975 hatte der Anteil der Invalidenrenten von allen Rentenzugängen bei 40% gelegen. In diesen wenigen Jahren also eine Steigerung um 18%-Punkte oder um 45%.

Daß diese Zerstörung der Arbeitskraft nicht nur in den letzten Arbeitsjahren vonstattengeht, zeigt die zunehmende Invalidisierung auch der jüngeren Arbeiter. In den unten dargestellten Schaubildern wird der Zugang der Invalidenrenten bezogen auf die Zahl der Versicherten in den verschiedenen Altersgruppen im Verlauf der Jahre.

Es wird bestritten, daß es eine zunehmende Invalidität der Arbeitskraft gibt. In der dargestellten Zunahme der Invalidenrenten komme nur die zunehmende Arbeitslosigkeit zum Ausdruck. Tatsächlich hat die Arbeitslosigkeit Einfluß auf die Zahl der Zugänge bei den Invalidenrenten. Es sind dies nicht „versteckte Arbeitslose" sondern umgekehrt. Gerade das Überangebot führt dazu, daß schonungslos auf dem Arbeitsmarkt die „beschädigte", nicht mehr voll einsetzbare Arbeitskraft ausgesondert wird. Vielfach werden auch jetzt die Mängel der Arbeitskraft sichtbar. Nur die „olympiareife Arbeitskraft" ist noch gefragt. Die Arbeitslosigkeit ist also das Lackmuspapier für den vorzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft, die Frühinvalidität.

Der Einstieg in die 40-Stunden-Woche in der Mitte der 50er Jahre und die folgende Durchsetzung erfolgte in einer Zeit, als die westdeutschen Kapitalisten die höchsten Produktivitätszuwächse in der Nachkriegsgeschichte, und höher als ihre Konkurrenten auf dem Weltmarkt, verzeichneten. Die Verkürzung verteilte sich phasenverschoben für die einzelnen Branchen auf rund 10 Jahre. Ist die Ausgangslage für eine Arbeitszeitverkürzung heute mit der von damals zu vergleichen?

In ihrer jüngsten Stellungnahme zum „Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes" schreibt der BDA: „Nach geltendem Recht stehen den Betrieben wöchentlich 48 Stunden zur Verfügung, die innerhalb der 5-Tage-Woche unregelmäßig verteilt werden können. Darüberhinaus läßt das Gesetz an 30 Tagen 60 Stunden pro Woche (...) zu." Daß es eine tarifvertragliche 40-Stunden-Woche gibt, darüber verliert der BDA bei seiner „Rechts"betrachtung kein Wort. Tatsächlich können die Kapitalisten diese Tarifverträge über die bestehende Arbeitszeitordnung auch aushebeln. Lieber heute als morgen sähen sie diese, überaus bescheidene, 40-Stunden-Hürde geschleift.

Die „Gesetze des Kapitals" erfordern heute, gerade jetzt in dieser Krise, Verbesserung der „supply-side", der Angebotsseite: Investitionshindernisse beseitigen, Investionen erleichtern und vor allem Schranken, die der Vernutzung der Arbeitskraft gesetzt sind, beseitigen; mehr Arbeit, mehr unbezahlte Arbeit, längere Arbeitszeit, um so den Profit zu steigern. Erscheint hier jede Begrenzung der Arbeitszeit als zumindest in der heutigen wirtschaftlichen Situation wesensfremde Fessel, so erst recht die 35-Stunden-Woche. Angesichts dieser Lage, die als Konsequenz den Tabu-Katalog der Kapitalisten mit dem strikten Verbot der Verkürzung der Arbeitszeit hat, erscheint es klar, daß die 35-Stunden-Woche in normalen Tarifverhandlungen, sogar ohne Streik erreicht werden könnte.

Deshalb ist heute kein Platz für sozialdemokratische Auffassungen von gemeinsamen Interessen von Kapitalisten und Lohnabhängigen in dieser Frage oder daß die Kapitalisten aus übergeordneten Interessen („Störung des sozialen Friedens durch hohe Arbeitslosigkeit") Zugeständnisse machen könnten. Das ist auch der Grund, weshalb Sozialdemokraten in den Gewerkschaften in Sonntagsreden über die 35-Stunden-Woche reden, aber geradezu eine Scheu entwickeln, sie tatsächlich *anzupacken*, weil sie dies in einen großen Kampf bringen würde, den sie nicht wollen, für den sie auch nicht gewappnet sind. Im Gegensatz dazu sehen sie bei der Tarifrente gemeinsame Interessen, die zu Abkommen führen könnten, wenn auch mit minimalen Resultaten.

Das Fehlen einer Konzeption in den Gewerkschaften fördert auch die Orientierung an den „Erfordernissen des Kapitals", weil der äußere Schein nahelegt, daß die Interessen der Arbeiter an das Wohlergehen ihres Gegenübers, der Kapitalisten, gefesselt sind.

Das Konzept der linken Opposition in den Gewerkschaften besteht weitgehend darin, „entschlossen" zu sein „die 35-Stunden-Woche jetzt durchzusetzen". Dies ist in unserer Lage zu wenig, wirkt auch nicht mobilisierend und kann die Gewerkschaftsführung nicht zwingen, die 35-Stunden-Woche auf die Tagesordnung zu setzen.

Weil die Auseinandersetzung schroff sein wird und alle Beziehungen der Klassen zueinander erschüttern wird, kann der Kampf nicht als Ein-Punkt-Kampf geführt werden, bei dem an einem Punkt die Gesetzmäßigkeit des Kapitals *negiert* wird. Er kann nur als Kampf gewonnen werden, der sich als Teil eines Konzepts versteht, daß die einzelnen verschiedenen Kämpfe für die Bedürfnisse der Gesellschaft wieder positiv zusammenfaßt. Dies kann geschehen unter dem Gesichtspunkt der Bedürfnisse des Einzelnen an Schutz in der Produktion durch Arbeitszeitbegrenzung und Pausen, nach mehr Erholungsfreizeit und mehr disponibler Zeit für die gesellschaftliche Betätigung sowie der gesellschaftlichen Bedürfnisse nach einer Korrektur der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeitszeit auf die Branchen und Aufgaben. Dies wäre mehr als der jetzige stereotype Ruf nach „Arbeitsplätze jetzt" um jeden Preis und könnte ein Konzept sein für die Bewältigung der anstehenden technischen Umwälzungen wie z.B. Micro-Elektronic.

Ein solches Konzept gibt es noch nicht. Es müßte aber in der Vorbereitung der anstehenden Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche erarbeitet werden. Wenn nicht die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterbewegung in Umrissen ein solches Konzept haben, wird der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung eine nachhaltige Niederlage werden, statt positiv strategische Bedeutung zu erlangen.

*Gerd Heinemann*

## Der Verschleiß der Arbeitskraft nimmt rapide zu!

Die Zugänge von Invaliden- (BU- und EU-) Renten bezogen auf die Anzahl der Versicherten insgesamt nach dem Mikrozensus für die Jahre 1962 bis 1979 – in ‰, gegliedert nach 5-jährigen Altersgruppen, Rentenversicherungszweig und Geschlecht.

30–34 Jahre — Grafik 9

35–39 Jahre — Grafik 10

50–54 Jahre — Grafik 13

55–59 Jahre — Grafik 14

40–44 Jahre — Grafik 11

45–49 Jahre — Grafik 12

60–64 Jahre — Grafik 15

ohne Altersgliederung — Grafik 16

······ Angestellten Versicherung Männer
– – – Angestellten Versicherung Frauen
–·–· Arbeiter Renten Versicherung Männer
—— Arbeiter Renten Versicherung Frauen

Der Rückgang bei den Männern ab 1973 ist bedingt durch eine Änderung für vorgezogene Altersruhegelder

12. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS
PARLAMENT DER ARBEIT
DGB

# „Unsere Hand ist ausgestreckt“

(Vetter zu Esser)

# „Daß einem an der ausgestreckten Hand hinterher die Finger fehlen“

(Befürchtungen von K.H. Janzen, IGM)

*geh.* E. Loderer setzte gleich zu Beginn der Debatte für diese seine Position einen Pflock. Zum Verhältnis der Gewerkschaften zur Regierung verteidigte er die bisherige Praxis der gemeinsamen Gespräche von Gewerkschaften und Regierung. ,,Grundlage unseres politischen Strebens sind nicht nur die vorhandenen Forderungskonzepte und die öffentlichen Aktionen zu ihrer Umsetzung. Bestandteil der politischen Interessenvertretung sind auch die Begegnungen des DGB-Bundesvorstands mit Spitzenpolitikern. Damit meine ich genau und konkret die sogenennten Kamingespräche, wie man sie zu nennen pflegt, zwischen Bundeskanzler und Gewerkschaftsvorsitzenden und auch die Treffen mit den Bundestagsfraktionen und Parteivorständen. Alles das ist in der Sache niemals sinnlos gewesen, selbst solche Bemühungen nicht, die ohne konkretes Ergebnis blieben. Wichtig war und ist, die Brücke zur Politik nicht einstürzen zu lassen. In vielen Fällen haben wir die Politik überzeugen können und von ihr Hilfe oder doch Flankenschutz erhalten.“

**Delegierte des 12. ordentl. Bundeskongresses**

| Gewerkschaft | Anzahl |
|---|---|
| IG Bau | 34 |
| IG Bergbau | 24 |
| IG Chemie | 43 |
| IG Druck und Papier | 10 |
| Eisenbahner | 26 |
| GEW | 12 |
| Landwirtschaft, Forsten | 3 |
| HBV | 23 |
| Holz und Kunststoff | 10 |
| Kunst | 3 |
| Leder | 3 |
| IG Metall | 180 |
| NGG | 17 |
| ÖTV | 76 |
| Polizei | 11 |
| Post | 30 |
| Textil, Bekleidung | 20 |

Davon waren insgesamt 60 Frauen, entsprechend 11,4%. Dies ist etwa die Hälfte des Frauenanteils in den Gewerkschaften. 116 Delegierte bezeichneten sich als Arbeiter, 45 als Beamte und 1 als Rentner, der Rest waren Angestellte (der Gewerkschaften).

Und an die Kapitalisten gewandt, aber für die eigenen Kritiker bestimmt: ,,Wo wären denn heute die deutschen Werften, die Waggonindustrie, die deutsche Stahlindustrie, die Luft- und Raumfahrtindustrie?“

Auf der einen Seite also verstärktes Festhalten an der bisherigen Politik – auf der anderen Seite markierte K.H. Janzen von der gleichen Gewerkschaft das Unbehagen an dieser Position. ,,Wir müssen gemeinsam darüber nachdenken, wie es denn mit unserem Durchsetzungs- und Umsetzungswillen und auch mit der Umsetzungsfähigkeit in Sachen unserer Forderungen aussieht. Letzteres ist ja wohl erforderlich, um überhaupt ernstgenommen zu werden.

Leider hat es in der Regel lediglich zu Protestresolutionen und Presseverlautbarungen gereicht. Als ob in Bonn noch jemand auf Telefonate, Protesttelegramme oder auch gewundene Ablehnung qua Pressedienst etwas geben würde.

Wir haben, so meine ich, uns und unserer Sache keinen Gefallen getan, daß wir aus, ich meine, falschverstandener Loyalität oder Solidarität, wem gegenüber auch immer, Entscheidungen letztlich zähneknirschend nur zur Kenntnis genommen haben.

Mit Blick auf die Vorstellungen zur Operation '83, die ja kommen muß, muß doch durch unsere Haltung zur Operation '82 der trügerische Eindruck entstanden sein, als ließe sich diese Politik kontinuierlich fortsetzen. Wir werden oft in Veranstaltungen von unseren Mitgliedern noch erinnert: Zu Zeiten einer anderen Regierungskonstellation sind wir früher, und zwar sehr zu recht, schon aus ganz anderen Gründen auf die Straße gegangen, als das in der letzten Zeit der Fall war ...“

525 Delegierte, mindestens nochmal soviel Ersatzdelegierte und Funktionäre tagen in Berlin als ,,Parlament der Arbeit '82“. Dies ist der alle 4 Jahre stattfindende Bundeskongreß des DGB. Sorgsam von einigen hundert Polizisten und Ordnern von dem arbeitenden Volk abgeschirmt, beraten die Delegierten über die zukünftige Politik des DGB.

,,Das wohl wichtigste organisationspolitische Ziel des DGB ist es, eine einheitliche gemeinsame Linie zu verfolgen“, so beschreibt E. Loderer das Selbstverständnis der Gewerkschaften, so wie er und wohl die Mehrheit der Vorstände der Gewerkschaften es sehen. Diesem Selbstverständnis war in der Vergangenheit auf DGB-Kongressen meist die Frage ,,Wie muß denn die Linie aussehen?“ zum Opfer gefallen. Das war leicht gewesen in Zeiten, als die Gewerkschaften sich im wesentlichen als Lohnmaschine verstanden und dies auch mit Lohnzuwächsen meist einlösen konnten. Nach der 74/75er Krise und der nachfolgenden nur schwachen Konjunktur und der neuerlichen Krise jetzt geht dies nicht mehr. Jetzt ist der Streit da. Hatte er noch auf dem a.o. Bundeskongreß im März 1981, auf dem ein neues Grundsatzprogramm beschlossen wurde, ,,Archäologen, Historiker etc. mit der Ahnenforschung beschäftigt“, so kommen die tatsächlichen Differenzen, wenn auch durch das Delegierten-Entsendeverfahren durch die Einzelgewerkschaften stark gefiltert, auf den Tisch:

– Das Verhältnis der Gewerkschaften zur Bundesregierung, wie der Widerstand gegen die Maßnahmen der Bundesregierung geführt werden muß.

– Welchen Schwerpunkt sollen die Gewerkschaften in der Tarifpolitik setzen. Soll die 35-Stunden-Woche oder eine Lebensarbeitszeitverkürzung über die Tarifrente zuvorderst angestrebt werden?

– Sollen die Gewerkschaften sich ein Konzept der Vermögensbildung zum Ziel setzen und wie soll ein solches aussehen? Ist eine Fondsbildung auf betrieblicher oder Branchenebene oder gesamtgesellschaftlich anzustreben?

– Natürlich die Auseinandersetzung um die Neue Heimat und die gewerkschaftlichen Unternehmen und die Geschäfte der Vorstandsmitglieder.

In diesem Bericht soll, da die Debatte über die Anträge auf dem Kongreß noch nicht angefangen hat, nur über einen Punkt und Aspekt, gewissermaßen nur Eindrücke, berichtet werden. In der nächsten Ausgabe soll mit Dokumenten, Bericht und Beurteilung der Kongreß insgesamt dargestellt werden.

,,Es war meines Erachtens mehr als nur ein schwaches Bild gewerkschaftlicher Kampfkraft, daß sich der Protest der Gewerkschaften gegen die finanziell einseitigen und die sozial unausgewogenen Beschlüsse zur Konsolidierung des Bundeshaushalts allein in einer Protestkundgebung des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg mit 70000 Gewerkschaftern ausdrückte. (Beifall) Wieso eigentlich nur in Stuttgart? Wieso eigentlich nur in Baden-Württemberg? Waren die anderen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland nicht betroffen? (Zustimmung)

Wir sind letztlich – eher wahrscheinlich zu spät – doch noch gegen die sogenannte Zumutbarkeitsanordnung an- und auf die Straße gegangen, obwohl jede der Veranstaltungen für sich mehr oder weniger beeindruckend war, frage ich: War das wirklich nur ein Thema für die Arbeitslosen? Wo machte sich eigentlich die Betroffenheit der anderen Arbeitnehmer, der potentiell Arbeitslosen, bemerkbar und wo war die umfassende Unterstützung des DGB-Bundesvorstands?“

Dies Zitat ist deshalb so ausführlich ausgefallen, weil es einerseits die Position einer Opposition artikuliert, wenn sie auf der Vorstandsebene angekommen ist, aber es zeigt auch die Schwäche dieser Opposition. Es unterstrichen noch mehrere Delegierte diese Kritik. Im Bereich der Sozialpolitik erscheint vielen das Versagen der Gewerkschaften am größten. Der niedrige Stimmenanteil bei der Wahl des für diesen Bereich zuständigen G. Muhr war Ausdruck dieser Kritik am Versagen des DGB. Aber ,,Umsetzungsfähigkeit“ setzt sicher den Willen zum Konflikt mit der Regierung voraus, auch wenn sie von der SPD gestellt wird. ,,Autonomie“ war ein oft gebrauchtes Wort auf diesem Kongreß dafür. Aber wie hätte dies denn geschehen sollen? Da fand sich eigentlich nichts. Was bedeutet, man hätte ,,15 bis 20 Stuttgarts gebraucht?“ Hat der DGB nicht schon mit seiner Gründung auf die Waffe des politischen Streiks verzichtet? Die Zusammenarbeit mit der sozial-liberalen Koalition hat dies eher noch verfestigt. Und zeigt nicht auch der DGB-Kongreß selbst, auf dem die Einzelgewerkschaften die Regie führen, daß die Organisation des DGB eben nicht dazu geeigent ist, einheitlich auf solche politischen Angriffe zu antworten? Der Streit darüber findet zwar statt, wer der Sieger sein wird, ist noch unklar.

# In der gewerkschaftlichen Strategiedebatte hinken wir hinterher

Ein Beitrag zur Diskussion um die Entwicklung der gewerkschaftlichen Strategiedebatte

*man.Köln.* In Vorbereitung des 1. Mai hat der Genosse Schmierer dazu aufgerufen, Kritik an fehlerhaften Entwicklungen der Gewerkschaften zu führen, damit der 1. Mai zu einer vorwärtsweisenden Manifestation der Gewerkschaftsbewegung werden kann, um die sich dann auch größere Teile der demokratischen und antikapitalistischen Bewegung sammeln. (KVZ 10)

Nun war es am 1. Mai überwiegend so, daß diese Sammlung der Form nach stattgefunden hat, also die Bewegungen am 1. Mai gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften demonstrierten. In Köln gibt es da inzwischen eine dreijährige Tradition. Aber der 1. Mai ist noch mehr ein Nebeneinander als eine Sammlung auf gemeinsamen Positionen. Gerade auf seiten der Gewerkschaftsbewegung gibt es neben Vorwärtsweisendem auch Zurückgebliebenes. So stellt sich weiterhin das Problem, wie aus diesen Bewegungen eine relativ einheitliche Front mit den Gewerkschaften als Kern werden kann, statt einer noch weitgehenden Zersplitterung der verschiedenen Fronten ohne festen Kern.

Und es scheint mir so, als ob es zum 1. Mai kaum gelungen ist, einige wichtige Korrekturen am bisherigen Kurs der Gewerkschaftsbewegung festzuschreiben. Niemand wird aber bestreiten, daß in der Kursdebatte einiges in Bewegung gekommen ist, und nicht erst in Vorbereitung des diesjährigen 1. Mai. Weil es noch keine nennenswerten Fortschritte in dieser Debatte gibt, äußert sich das ganze deshalb in Form einer politischen, strategischen und programmatischen Krise der Gewerkschaften. Allerdings ernten wir, indem uns unsere frühere Gewerkschaftspolitik vorgehalten wird, einigen Zorn und Unverständnis, wenn die Kritik an der Gewerkschaftsentwicklung so geführt wird wie vom Genossen Schmierer in der KVZ Nr. 10/1982. Weil sich eine im wesentlichen richtige Kritik am bisherigen Kurs schon etwas länger als bei uns gerade in den Gewerkschaften selber entwickelt hat, nicht nur auf unterer Ebene, sondern bis in die Gewerkschaftsführungen. Nur hat der KBW wie auch andere linke Organisationen erst seit ca. einem Jahr davon überhaupt Kenntnis genommen im Zusammenhang mit dem Scheitern unserer Parteikonzeption und der damit verbundenen Strategien. Praktisch erst seit dem letzten DGB-Kongreß 1981 und der Vorlage des ,,DGB-Beschäftigungsprogramms“. Insofern nutzt der Artikel vom Genossen Schmierer mehr der Überprüfung und Korrektur unserer eigenen Position, gegenüber kritischen und revolutionären Gewerkschaftsmitgliedern rennt er offene Türen ein, ohne sich auf die von ihnen entwickelten Positionen zu beziehen.

Begonnen hat die innergewerkschaftliche Debatte über den Kurs eigentlich schon Anfang der siebziger Jahre. Ihren Ausgangspunkt hatte sie in einem Referat von H.O. Vetter auf dem 3. a.o. DGB-Kongreß zur Gewerkschafts- und Satzungsreform. Unter Nennung der doppelten Aufgabe der Gewerkschaften – als Schutz- und als Gestaltungsfunktion – begründet er nachdrücklich den Organisationszweck der Gewerkschaften:

,,– als Selbsthilfe- und Kampforganisation ihren Mitgliedern Schutz vor den Folgen ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterlegenheit zu gewähren sowie

– als politische Bewegung die gesellschaftlichen Bedingungen der Abhängigkeit und Unterprivilegierung der Arbeitnehmerschaft aufzuheben.“

Und führt im folgenden gerade die Aufgabe der Gewerkschaften als unabhängige, politische Kraft, als Motor des gesellschaftlichen Fortschritts, aus. In Nennung des Widerspruchs von gesellschaftlicher Produktion zwecks privatwirtschaftlicher Rentabilität bei Nichtbefriedigung zahlreicher gesellschaftlicher Bedürfnisse, wie Umweltschutz, Bildungswesen, Gesundheitssicherung, betont er die Notwendigkeit für die Gewerkschaften, politische Modelle für die Gesellschaft von morgen zu entwerfen. (Alle direkten und indirekten Zitate aus Leminsky, Otto: Politik und Programmatik des DGB, Köln 1974)

Das ist noch vermischt mit vielen Beschränkungen z.B. auf das Grundgesetz, das Parlament etc., und es hat dieser zehnjährigen Erfahrung mit der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung und ihrem Parteiensystem bedurft, bis daraus das 1981er Beschäftigungsprogramm erwachsen ist.

Als neuere Ansatzpunkte in der Debatte über den Kurs der Gewerkschaften seien hier nur noch genannt die Debatte in den ,,Gewerkschaftlichen Monatsheften“ 1981, eingeleitet mit einem Aufsatz von G. Leminsky über den Wandel gewerkschaftlicher Strategien nach dem II. Weltkrieg mit dem beziehungsreichen Untertitel: ,,Zwischen institutioneller Orientierung und Besinnung auf die eigene Kraft“ – die Debatte wird inzwischen in der Mainummer 1982 fortgeführt. Dazu die Aufsätze führender IG Druck-Gewerkschafter in der Festschrift zum 60. Geburtstag von L. Mahlein: ,,Auf die eigene Kraft vertrauen“ (Frankfurt/Wien 1981), in denen es gerade um die Kritik von fehlerhaften Entwicklungen hin zu einer systemüberwindenden Gewerkschaftsstrategie geht.

Daß die Gewerkschaften bei der Entwicklung neuer programmatischer und strategischer Konzeptionen nur langsam vorankommen, ist bei der Geschwindigkeit der Debatte dieser Fragen in den revolutionären politischen Organisationen dann ja auch kein Wunder. Wie umgekehrt wir das als eine unserer wesentlichen Aufgaben begreifen lernen müssen. Und so verstehe ich auch die Ausführungen des Genossen Schmierer in Kommunismus und Klassenkampf 4/1982 zur alternativen Wirtschaftspolitik.

Nicht hoch genug kann man dabei den Vorschlag des Beschäftigungsprogramms des DGB einschätzen, wie das Genosse Schmierer ja selber auch macht, indem er es als zu konkretisierenden Ausgangspunkt einer alternativen Wirtschaftspolitik begreift. Nur ist die Behandlung dieses Programms in den Gewerkschaften viel erfreulicher als Schmierer umgekehrt befürchtet. Er nennt es z.B. bürokratisch, ,,weil es innerhalb der Gewerkschaften überhaupt nicht zur Diskussion gestellt wird, um aus den Forderungen ein gesellschaftliches Kampfprogramm zu machen und das Bündnis mit entsprechenden gesellschaftlichen Bewegungen zu suchen“. (Kommunismus und Klassenkampf 1/1982) In der KVZ hat er ihm sogar schon weniger als ein Begräbnis 3. Klasse nachgesagt.

In der gewerkschaftlichen Schulungsarbeit ist die Beschäftigungspolitik zum DGB-Schwerpunktthema 81/82 gemacht worden. In den entsprechenden Schulungsunterlagen, die wir dazu in der IG Chemie benutzen, geht es gerade um die Darstellung und Umsetzung dieses Programms in den Betrieben, in der Tarifpolitik, in wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen. Von da her braucht man wenig Befürchtungen zu haben, daß das Programm im Papierkorb oder in irgendwelchen Schubladen landet.

Umstritten ist allerdings der systemsprengende, revolutionäre Gehalt des Programms, wobei wir noch viel zu oft den Fehler machen, uns auf nächste unmittelbare Ziele zu beschränken. Anders aber wird man in der Auseinandersetzung mit den Leuten in den Gewerkschaften nicht bestehen können, die das Programm für illusorisch halten, sich stattdessen auf die machbaren Ziele beschränken. So waren unsere Erfahrungen in Köln mit H. Mettke vom IG Chemie-Hauptvorstand, dessen Konzept einer Tarifrente mit Lohnverzicht wir beschränkt nur die 35-Stunden-Woche entgegenhielten. Weiter wächst in den Gewerkschaften die Einsicht, daß man die Forderungen nicht mit den Methoden einer Parlamentslobby durchsetzen kann, vielmehr wird jetzt vielerorts die Rückbesinnung auf die eigene Kraft beschworen.

## Wie steht es mit dem Völkerrecht?

*Paul Planet, in „Pflasterstrand"*

Ernesto Sabato, ein berühmter Schriftsteller (schrieb) im „nouvel observateur": „... Die Engländer sollen uns nicht mit ihren Sätzen von internationalen Rechten kommen – es sind sie, die im letzten Jahrhundert die Inseln okkupiert haben."

Historisch ist so etwas leicht zu beweisen – Englands Besitz der Inseln geht ja tatsächlich auf die Kolonialzeit zurück. Nur gibt es kaum ein Land auf der Erde, was – wie die Vereinigten Staaten – nicht durch Kolonialisierung begann. Mit dieser Begründung könnte Norwegen sicherlich Helgoland kassieren und Österreich Ungarn. Und jener Versuch der Trennung zwischen Regierung und Rückeroberung (wenn es denn schon eine ist), die die argentinischen Intellektuellen versuchen – sie mag aufrichtig gemeint sein, am Ende siegt dennoch eine andere Art von Patriotismus: der der Generäle. Und merkwürdig, daß die Oppositionellen dies scheinbar nicht bemerken.

Von Völkerrecht, diplomatischen Spielregeln, hat die Linke nie allzuviel gehalten. Damals, als im Iran die amerikanische Botschaft besetzt wurde, erschien uns ein antiimperialistischer Geist, den wir heute mühsam in der Besenkammer zu verstecken suchen – obwohl die Existenz von Botschaften eben NICHT nur für Spionage – sondern auch für humanitäre Zwecke wichtig war und ist – siehe Chile. Mit dem Überfall auf die Malvinen ist diese achsolächerliche internationale Spielregel-Ordnung erneut verletzt. Deshalb braucht man nicht parteiisch werden – aber Angst machen könnte es schon.

Reines Glück also, daß der Konflikt so leicht sich nicht ausweiten kann, daß der Ost-West-Konflikt wenig berührt ist. (...)

# Falkland-Krieg: Stellungnahmen aus der Linken

## Zugehörigkeit der Malvinen zu Argentinien unbestreitbar

*Winfried Wolf, GIM, in „Was tun"*

(...) Wer für die restlose Auflösung des Kolonialbesitzes eintritt, muß konkret sagen Briten – als Kolonialmacht – raus aus Brunei, Hongkong, runter von St. Helena, Ascension, den Malvi-
– raus aus Brunei, Hongkong, runter von St. Helena, Ascension, den Malvi-
nen (und entsprechende Auflösung der verbliebenen Kolonien anderer Kolonialmächte).

Die Zugehörigkeit der Malvinen zu Argentinien erschien zunächst manchen – auch der was tun-Redaktion – nicht so eindeutig (...)

– Eine Unabhängigkeit der Inseln ist jedoch aus politisch-strategischen und aus wirtschaftlichen Gründen nicht vorstellbar (wie im übrigen schon in den letzten Jahren die Malvinen wirtschaftlich vor allem mit Argentinien zusammenarbeiteten);

– eine glaubwürdige „internationale Lösung" ist in Zeiten der Existenz von Nationalstaaten nicht vorstellbar; entsprechende Modelle (UNO etc.) laufen alle auf eine weiter bestehende imperialistische Kontrolle hinaus;

– inzwischen haben faktisch alle nord-, mittel- und südamerikanischen Staaten den Anspruch Argentiniens auf diese Inseln anerkannt, bzw. bestreiten ihn nicht.

Die Zugehörigkeit der Malvinen zu Argentinien ist damit unbestreitbar – mit einer Modifizierung: es muß im Rahmen des argentinischen Staates eine Lösung gefunden werden, die es der Bevölkerung auf den Malvinen gestattet, ihre kulturelle Identität zu wahren.

Von diesen Ausgangspunkten her ist auch die Haltung in dem Krieg Großbritannien/Argentinien klar. Wir ergreifen nicht nur politisch Partei für Argentiniens Anspruch auf die Malvinen – wir unterstützen auch Argentinien in dem Krieg gegen Großbritannien, auch wenn wir die Art und Weise, wie dieser durch die Junta in Buenos Aires ausgelöst wurde, als militärisches Abenteurertum ablehnen.

(...) Es geht um die *politische* Machtdemonstration eines imperialistischen Landes gegenüber einer vormaligen Kolonie, die inzwischen von allen imperialistischen Ländern im Zustand halbkolonialer Abhängigkeit gehalten wird. (...)

## Teilnahme Oppositioneller an Jubelfeiern unverständlich

*Redaktion der „Lateinamerika-Nachrichten"*

Unabhängig vom Ausgang des Falkland/Malvinen-Konflikts haben uns diese Ereignisse in vielfacher Hinsicht nachdenklich gestimmt. Bei allem Verständnis für die Begeisterung der Argentinier darüber, der alten Kolonialmacht Großbritannien einen Schlag versetzt zu haben, wirkt die euphorische Einmütigkeit der Argentinier befremdend angesichts der Verbrechen der herrschenden Junta. Bei allem Verständnis für das Bestreben des argentinischen Volkes, auch die letzten Relikte kolonialer Abhängigkeit abzuschüt-
nischen Volkes, auch die letzten Relikte kolonialer Abhängigkeit abzuschüt-
teln, kann der argentinischen Opposition die Demagogie des Vorganges nicht verborgen geblieben sein. Um so unverständlicher scheint daher die Teilnahme vieler Oppositioneller, die noch vor kurzem in den Kerkern der Junta gesessen haben, an den Jubelfeiern. Lediglich vereinzelte Stimmen haben es gewagt festzustellen, daß nach der Vertreibung der Engländer nun die Vertreibung der Junta auf der Tagesordnung stünde. Es bleibt festzustellen, daß angesichts der Reaktion der argentinischen Öffentlichkeit erneut das Fehlen einer legitimen demokratischen Bewegung in Argentinien deutlich wird.

Die Unbedenklichkeit, mit der ein NATO-Land seine Streitmacht in Bewegung zu setzen bereit ist, sollte uns aufrütteln, besonders wenn diese Manöver von der bundesdeutschen Rechten mit Begeisterung quittiert werden.

## Solidarität mit Argentinien

*Jens Theo Müller, in taz, 12.5.*

Die bundesdeutsche Linke, die sich sonst bemüßigt sieht, zu jedem internationalen Problem oberlehrerhaft Stellung zu beziehen, hält sich im Malwinen-Konflikt merkwürdig zurück. (...) Noch immer fixieren wir uns auf die innenpolitischen Ursachen der Auseinandersetzung, die wir in der Schwäche der Militärjunta vermuten, und vernachlässigen dabei die weltpolitischen Dimensionen. Einzig ein Unbehagen beschleicht uns, daß dieser an sich unbedeutende Konflikt sich wie einst die Ermordung des Thronfolgers in Sarajewo zu einer internationalen Konfrontation auswachsen könnte. Beispielhaft formulieren die „Lateinamerika Nachrichten" die gängige Ansicht: „Die bewaffnete Invasion der argentinischen Militärs ist ein klarer Verstoß gegen die Regeln des internationalen Zusammenlebens. Sie zeigt, daß eine Diktatur, die innenpolitisch in Schwierigkeiten ist ... keinerlei Achtung vor internationalen Spielregeln hat."

Um es gleich vorweg zu nehmen: Natürlich wären wir alle über eine demokratisch gewählte und so handelnde Regierung in Buenos Aires glücklicher. Fraglich ist aber, ob damit die Probleme vom Tisch wären. Denn auch deren Handlungsspielraum beläuft sich in dem, was soeben so schön mit „internationalen Spielregeln" umschrieben wurde. Insofern war es ja Großbritannien, das die Spielregeln durchbrach, indem es jahrzehntelange, von der UNO vorgeschlagene Gespräche über die Souveränität der Inseln am 1. März platzen ließ.

(...) Argentinien hat sich also streng an die internationale Logik gehalten, die, wie wir es so oft sehen, den Einsatz von Waffen zwingend vorschreibt und die nicht zuletzt auf der von den USA verschuldeten Machtlosigkeit der UNO stützt. (...) Das Imperium schlägt zurück und entsendet in bester kolonialistischer Tradition seine Flotte. Das war vielen südamerikanischen Ländern eine Lehre und eine weitere Schulstunde wird es ihnen sein, wenn Argentinien unweigerlich den Kürzeren zieht. (...)

Wenn Länder tatsächlich den Boden der „Spielregeln" verlassen, werden sie in Grund und Boden geschossen, wie es jetzt Argentinien bevorsteht.

Deshalb würde es uns gut anstehen, in dieser Frage Stellung zu beziehen. Dabei sollten wir uns an der Position der Opposition orientieren, die streng zwischen dem Malwinen-Konflikt und der sonstigen Politik der Militärregierung unterscheidet.

Allerdings bezweifele ich, daß der angeführte Zusammenhang Leute dazu bringen wird, z.B. bei der alliierten Truppenparade in West-Berlin argentinische Fahnen zu schwenken. Dazu
Truppenparade in West-Berlin argentinische Fahnen zu schwenken. Dazu
wären wohl zu viele Ressentiments zu überwinden.

## Wirkliche Lösung nur durch demokratische Regierung möglich

*Osvaldo Bayer, im westdeutschen Exil lebender argentinischer Journalist in „ila-Info", Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika*

(...) Eine wirkliche Lösung des Malvinenproblems könnte nur eine mehrheitliche vom Volk gewählte, demokratische Regierung Argentiniens zustandebringen. Keine der vorausgegangenen demokratischen Regierungen – weder unter den Peronisten noch unter den Radikalen – stürzte sich in ein ähnlich verantwortungsloses Abenteuer wie das zur Zeit ablaufende. Das heißt nicht, daß sie die legitimen Rechte Argentiniens über die Inselgruppe aufgegeben hätten. In sämtlichen Gesprächen wurden dabei immer auch die Rechte der malvinensischen Bevölkerung berücksichtigt. Argentinien mit seinen weiten, fast menschenleeren Gebieten Patagoniens (Südargentinien), kann sich nicht den Luxus erlauben, die malvinensische Bevölkerung auswandern zu lassen. Den englischsprechenden Menschen der Inseln muß das Recht auf die eigene Sprache und auf die Aufrechterhaltung ihrer Bräuche gegeben werden. Die Inseln der Schafzüchter dürfen auch nicht in Militärbasen Argentiniens, Nordamerikas oder Englands umgewandelt werden.

Die argentinische Militärdiktatur setzt mit ihrem verantwortungslosen Vorgehen nicht nur das Leben und die Wirtschaft der Inselbewohner aufs Spiel, sondern bringt auch das gesamte Volk Argentiniens in Gefahr. Die Patrioten, die 1966 die Inseln besetzt hatten, zeigten einen erfolgversprechenden Weg: die friedliche, nichtkriegerische Besetzung, die Jahr für Jahr, wenn nötig Monat für Monat wiederholt wird. Es ist natürlich klar, daß es dafür in Argentinien eine vom Volk gewählte Regierung geben muß, nicht aber eine Diktatur, die dasselbe Volk mit Verbrechen und Folter bedrückt. (...)

## Krieg von beiden Seiten ungerecht

*Zeitschrift „Arbeiterkampf"*

(...) Um diesen durch und durch absurden Krieg zu rechtfertigen, greifen beide Seiten tief in die Trickkiste der Demagogie. Der britische Imperialismus behauptet, sein militärischer Aufmarsch diene der Freiheit und der Selbstbestimmung der Bewohner der Malvinen/Falklandinseln. Mit der Zugehörigkeit dieser Menschen zur britischen Staatsbürgerschaft wird gleichzeitig der Herrschaftsanspruch über die Inseln begründet. Aber selbst nach dem herrschenden Völkerrecht ist diese Position nicht haltbar. Diese Inseln waren argentinisches Staatsgebiet, ehe sie 1833 von den Engländern militärisch erobert wurden. Die britischen Siedler waren in der Folgezeit immer Statthalter der Kolonialherrschaft. Die Forderung nach Freiheit und Selbstbestimmung dieser Menschen ist so auch lediglich ein Mittel zur Aufrechterhal-
stimmung dieser Menschen ist so auch lediglich ein Mittel zur Aufrechterhal-
tung der britischen Herrschaft über die Inseln. In *diesem* Zusammenhang wird dann auch plötzlich entdeckt, daß in Argentinien eine Militärdiktatur faschistischen Stils herrscht. Nachdem jahrelang die Proteste der linken Opposition gegen die Militärdiktatur ignoriert wurden, soll jetzt mit dem Hinweis auf die Diktatur der Krieg gerechtfertigt werden. (...)

Die argentinische Militärjunta kleidet ihr militärisches Abenteuer in den Mantel des antikolonialistischen Kampfes. Gerecht ist diese Aktion deshalb noch lange nicht, denn es geht dabei keinesfalls um die Befreiung eines Landstrichs und seiner Bevölkerung von der kolonialistischen Herrschaft, sondern lediglich um die Einverleibung dieser Inseln (wobei die Menschen fast gar keine Rolle spielen) zur Sicherung des eigenen Großmachtanspruches. (...)

Und die Toten, die auf dem Schlachtfeld dieses unsinnigen Krieges um nationalistische Ansprüche und Verteidigung eines anachronistischen Kolonialanspruchs liegen bleiben werden, kommen immer aus den Schichten und Klassen, die niemals Vorteile daraus ziehen werden. Dieser Krieg ist keinen Toten wert!

## Englische Linke unfähig

*Mark Nichols, in taz 12.5.*

Am letzten Sonntag wurde eine Demonstration organisiert, um gegen britische Gewaltanwendung auf den Falklands zu protestieren. (...) Gegen Ende hin waren es 1800 Leute, die den wenig überraschenden Reden lauschten.

Diese Demonstration macht deutlich, daß es hier überhaupt keine außerparlamentarischen Aktivitäten gibt, seit ein lärmiges Parlament seine Flotte gegen die argentinischen Invasoren schickte. Die Falkland-Krise hat deutlich gemacht, wie unfähig die Linke ist, ernsthaft über Verteidigung oder über Englands Außenpolitik nachzudenken. (...)

Für große Gruppen innerhalb der Linken war das Entsenden der Flotte lediglich ein Versuch, von drei oder vier Millionen Arbeitslosen abzulenken, von einer Volkswirtschaft, die noch nicht einmal dem Krankenhauspersonal 12 Prozent mehr Lohn zahlen kann. Für sie war der Krieg nur die neueste Art der Depression für die Arbeiterklasse. Der pazifistischen Linken ist der Gebrauch jeglicher Art von Gewalt undenkbar, erst recht ist die Entsendung der Flotte ihr unverzeihlich. Das größte Problem für die meisten Linken ist jedoch das „Empire". Es ist absurd, daß England immer noch einige Inseln gegenüber der lateinamerikanischen Küste besitzt, doch das ist eines des historischen Erbteils.

Die Inselbewohner einem der widerwärtigsten Regimes der Welt zu überlassen, erscheint hart. Doch indem sie Gewalt als Krisenbewältigung ablehnt, bietet die Linke nur noch zwei Lösungen an: die Vereinten Nationen und Umsiedlung der Inselbewohner. (...) Die zweite Lösung, Umsiedlung, hat hier eigentlich nie jemandem gefallen, weil sie ausgesprochen unfair erscheint. Warum, so fragt man, sollen die Inselbewohner nicht dort leben, wo sie wollen. (...)

## Vorgang ist späte Entkolonialisierung

*„Sozialismus", Zeitschrift der Sozialistischen Studiengruppen*

(...) Die Demonstration der 200000 *für* die Militärs, zu der quasi die gesamte Opposition, Gewerkschaften und Parteien u.a. 10 Tage nach ihrer Demonstration gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung aufriefen, ist ein schwerer *Rückschlag* im Kampf gegen die Diktatur. Der im militärischen Handstreich der Generäle ebenso wie im Applaus der Gewerkschaften zum Ausdruck kommende starke *Nationalismus* in der argentinischen Politik läßt die Fronten der sozialen Kämpfe verschwimmen und behindert die Herausbildung einer wirksamen Opposition gegen das Militärregime.

Die Falkland-Inseln waren ein kolonialer Restposten des alten britischen Empires – und man darf weder bei der kriegerischen Reaktion der britischen Regierung noch bei der breiten Unterstützung der Aktion durch die argentinische Bevölkerung vergessen, daß der Vorgang auch eine späte Entkolonialisierung darstellt, so unbedeutend der Flecken militärisch und strategisch auch sein mag. Die ursprünglich von Großbritannien und Argentinien angestrebte Übergangslösung durch die Übergabe der Souveränität über die Inseln an Argentinien bei Sicherung der britischen Verwaltung per Pachtvertrag hätte das Selbstbestimmungsrecht der auf Falkland lebenden Briten berücksichtigt und jedenfalls weder Argentinien noch Großbritannien erlaubt, die Falkland-Inseln als kriegerischen Vorwand für innenpolitische Konflikte zu mißbrauchen. Bei aller Kritik der aggressiven Innen- und Außenpolitik der argentinischen Militärjunta kann jedoch keine Zustimmung zur Behandlung des Konflikts durch Großbritannien herauskommen.

# „Mit der Schreibfeder kannst du keine Ordnungen umwerfen ..."[1]

## Zum historischen Begreifen des Schriftstellers Peter Weiss

Von Dietmar-Ingo Michels

Geboren 1916 in Berlin. Früheste Kindheit: Bremen (...), in der Zeit nach der November-Revolution 1918. (...) Auch die Nacherlebnisse der Zeit politischer Unruhen damals, bis in die Zwanziger, die sich doch über mehrere Jahre erstreckten, haben einen Grund gelegt für meine späteren politischen Reflexionen. In dieser Gegend selbst wurde alles instinktiv aufgenommen." (2) So beschreibt Peter Weiss in einem Gespräch den anfänglichen Kontext seiner künstlerischen Existenz.

Sein Vater war Textilkaufmann, Jude, Ungar und zudem tschechoslowakischer Staatsbürger in Deutschland: „Ich komme aus einer Familie, die eigentlich nirgendwo herkommt" (3), sagt er selbst. Seine Mutter war ursprünglich Schauspielerin beim Regisseur *Max Reinhardt* in Berlin. Die „ganz unwirkliche Existenz" seiner Eltern – einige spätere Kritiker haben daraus den Versuch abgeleitet, Peter Weiss' erste autobiographisch geprägte, schriftstellerische Versuche dem Konflikt des aus gutbügerlichem Haus stammenden mit den Eltern um seine Identität als „Künstler" zuzuordnen – bescherte ihm frühe Begegnungen mit dem deutschen „Kulturgut" eines *Thomas Mann, Hermann Hesse, Franz Werfel, Wedekind,* „was die progressive deutsche Kultur verkörperte", wie er sich ausdrückt. „Aber es wurde nie Stellung genommen zu politischen Dingen (4)."

Kultur und Politik, Kunst und Gesellschaft waren noch getrennte Bereiche; die Kunst wurde nicht – wie *Georg Lukács* sagte – als „Objektivation" der gesellschaftlichen Verhältnisse begriffen, „deren Funktion das Defetischisieren ist. In dem Genuß und Verständnis eines Kunstwerkes – die immer Einheit von Individuum und Gattung ist – erheben sich alle Individuen zur Gattungsmäßigkeit selbst: Das Defetischisieren des Bewußtseins wird vollzogen. In der Karthasis erobern alle Individuen das Gedächtnis der Menscheit und mit diesem Gedächtnis auch die Forderung: du mußt dein Leben ändern" (5), wie *Agnes Heller Lukács'* Position zusammenfaßt.

Für den jungen Peter Weiss hat die Kunst zunächst selbstbefreienden Charakter. Mit zwei Jugendfreunden –

*„Was ist eigentlich los*
*... möcht ich gern wissen*
*wer mich beschissen*
*Es hieß doch mal*
*es sei aus mit der Qual*
*wer kann uns jetzt sagen*
*was die da noch austragen*
*Der König ist weg*
*Die Pfaffen sind im Dreck*
*Die Noblen sind im Loch*
*Worauf warten wir noch?"*

(Marat/Sade; S. 64)

der eine, im Geist der Klassik erzogen, wird später begeisterter Nationalsozialist; der andere ist Antifaschist und wird als einer der ersten deutschen Soldaten bei der Okkupation Dänemarks getötet – eignet er sich die moderne Kunst an: *Brecht, Kubin, Expressionismus* ... „Es interessierte uns alles, was mit der Umwälzung in Rußland zusammenhing. Wir hatten damals schon die russischen Revolutionsfilme gesehen, Eisensteins *Potemkim* und eben diese Eindrücke aufgenommen, die alle zu unserer Generation gehörten. Wir hatten ‚*natürlich*' ein Idealbild von Rußland! (...) Rußland erschien uns als eine Art revolutionäres Vorbild. Dabei waren wir überhaupt nicht politisch aktiv! (...) Politik wurde uns (...) schon früh vermiest", sagt er später. (6)

Damals begannen die ersten Mal- und Schreibversuche: „Poesie (war) ungemein wichtig." (7) Der Tod seiner 12jährigen Lieblingsschwester *Margie Beatrice,* die 1934 von einem Auto überfahren wird, „löst eigentlich den ganzen Prozeß der Produktivität bei mir aus, dieses Erlebnis des Todes!" (8) Noch begreift er die düsteren Visio-

*Mein Bild des Sozialismus/Kommunismus kann nie geprägt werden von denen, die von ihren Machtpositionen aus die Richtlinien geben, sondern immer nur aus der Perspektive derer, die sich ganz unten befinden und dort, Entbehrungen und Leiden auf sich nehmen, ihre Überzeugung gewinnen –"*

(Notizbücher; S. 84)

nen in den ersten Bildern, die er malt, nicht als Visionen des kommenden gesellschaftlichen Unheils; sie sind Verarbeitungsmedium des persönlichen Schicksals. Im gleichen Jahr noch folgt die Emigration nach England. Aber nicht der Ausbruch der faschistischen Herrschaft in Deutschland ist für ihn bestimmend, sondern das „Trauma" vom Tod der Schwester, „an dem ich mich schreibend und malend abgearbeitet habe" (9).

Künstlerisch begriff er die Emigration nicht als Exil: „Das, was ich an Geistigem und Künstlerischem mitnahm von Deutschland in die Emigration, das waren Dinge, die mit und herausgespült wurden ins Exil. Es blieb nichts. (...) Alles, was für uns vor Wert gewesen war, ging mit uns." (10) Sein Leben in London war geprägt vom Kampf gegen die Familie: „Ich wollte Maler werden, und mein Vater wollte, daß ich einen praktischen Beruf ergreife. Als wenn die Malerei nicht der praktischste Beruf wäre, den man wählen könnte." (11) Er spaltete sich ab von der Familie, verliert die Beziehung zu dieser „bürgerlichen Welt", die die Folgen der faschistischen Herrschaft in Deutschland noch längst nicht begriffen hatte; wird Angestellter in der Fabrik des Vaters mit minimalem Salär; führt – wie er sagt – eine eher „lumpenproletarische Existenz"; knüpft Kontakte in Bohème-Cafés.

Er trifft Jacque Ayschmann (der als Figur im *„Abschied von den Eltern"* ebenso auftaucht wie später in der *„Ästhetik des Widerstandes"*), der sich 1936 als Freiwilliger zu den „Internationalen Brigaden" nach Spanien meldet. „Der ging nun in einen Krieg, in dem die politischen Mächte aufeinander stießen. Das hat mich jedoch nicht politisch agitiert; das war für mich nur ein Erlebnis: ein Mensch geht freiwillig hinaus, um gegen den Faschismus zu kämpfen." (12)

Er mietet eine kleine Dachwohnung, um seine Bilder auszustellen; aber niemand kommt zur Eröffnung. Die Firma des Vaters gerät in Schwierigkeiten. Die Familie zieht erneut um; diesmal in seine „Heimat", die Tschechoslowakei. Als erster wird er zur Militärbehörde beordert. Die Atmosphäre dort war bereits nationalsozialisch geprägt; Hakenkreuzfahnen, Zusammenstöße mit der in sozialistischer Tradition stehenden Arbeiterschaft. Er selbst kämpfte weiter um seine künstlerische Existenz; schrieb sich mit *Hermann Hesse*, den er verehrte, vor allem wegen seiner „menschlichen Würde". Er arbeitete in Prag als Volontär in einer Textilfirma; aber auf sein Drängen hin wurde er schließlich Schüler an der Kunstakademie: „Diese Bilder sind gemalt unter dem Prager Eindruck. Prag war für mich eine düstere Stadt (...); Kafka und diese ganze Welt kam hinzu." (13) 1938 bekommt der Vater die Gelegenheit, nach Schweden zu gehen und dort eine Textilfirma aufzumachen. Noch unter den Bedingungen der „Legalität", aber schon unter der Bewachung der SS- und Gestapo-Behörden. Aus Angst vor den Nazis zerstört die Mutter einige seiner Bilder, die als „entartet" hätten angesehen werden können. Einen Monat später wurde Prag besetzt. Schweden wird neues, längstes „Exil".

Er fühlt sich unwohl, versteht die Sprache nicht, „die führenden Kreise Schwedens waren pro-deutsch, pro-nazistisch, vor allem waren Militär und Regierung stark anti-jüdisch eingestellt – es war ein Leben, in dem sich kein Gefühl wirklichen Angenommenwerdens ausbreiten konnte" (14). Er arbeitete als Arbeiter im Betrieb, wo der Vater Geschäftsführer war. Später, als Holzfäller in den schwedischen Wäldern knüpft er Kontakte „mit den Menschen aus der Arbeiterklasse, mit Menschen, die ein Leben außerhalb des kulturellen Bereichs führten (...), die klassenmäßig auf der untersten Ebene des Lebens lebten" (15) und von denen er später seinen Begriff von Sozialismus stets herleitete. Die Kunst war „wieder völlige Abgeschiedenheit". „Es ging hauptsächlich immer darum, die Miete zusammenzukriegen und ein paar Kartoffeln und eine Büchse mit Fleisch." (16)

In Schweden kam er auch mit dem Marxisten und Psychoanalytiker *Max Hodann* zusammen, der zu einer zentralen Figur der „Ästhetik des Widerstandes" wird; der stand *Wilhelm Reich* nahe und sah wie dieser den Wert der Psychoanalyse stets im Zusammenhang des Individuums zu sozialen, gesellschaftlichen Verhältnissen. *Hodann,* politischer Emigrant, hatte einen Typus des Revolutionärs verkörpert, der nach dem Zusammenbruch des Faschismus auf die Einheit der Arbeiterbewegung hoffte: „Der Gedanke, der ihn am Leben erhalten hatte, war, daß die radikalen politischen Kräfte sich nach diesem grauenhaften Krieg einigen würden und mußten und daß die Welt eine andere werden mußte. Nachdem er gespürt und auch gesehen hat, daß es nicht so war, hat er sich das Leben genommen." (17)

Peter Weiss selbst erarbeitet sich erst in den 50er Jahren diesen politischen Zusammenhang des Exils von hinten. Sie wurden zu eigentlichen Exiljahren, in denen er zunächst nicht wußte, wo er hingehörte. In diesem „Chaos" entstanden die ersten größeren Prosa-Stücke *„Der Schatten des Körpers des Kutschers"* (1952), das aber erst 1960 publiziert wurde. Hier versucht er, sich die deutsche Sprache, in surrealistischer Verfremdung, zurückzuerobern, wie er in den autobiographischen Stücken *„Abschied von den Eltern"* (1961) und *„Fluchtpunkte"* (1962) versucht, seine historische Identität künstlerisch als authentische zu gewinnen, von einem Kritiker etwas verächtlich als „Literatur der Selbstentblößer" (18) abgetan. Literatur als Suche nach dem eigenen Leben. Danach folgen Theaterstücke.

1964 das ihn weltberühmt machende *„Marat/Sade"*, Flucht aus der Innerlichkeit zum „sadistischen Welttheater", voller Skepsis, daß die neue Welt die Muttermale der alten überwinden könnte. Aneignung des Faschismus: das Dokumentationsstück *„Die Ermittlung"* (1965) reißt die Grenze zwischen Kunst und Politik bewußt ein; ein *„Viet Nam Diskurs"* (1968) läßt ihn direkt parteiliche Stellung beziehen für den Befreiungskampf der Länder

*Kunst steht nicht über den Klassen. Hat keinen höheren Wert an sich. Wohnt ihr aber immer eine Kraft inne, die auf dem Weg ist, sich aus der Klassenherrschaft zu befreien. Sie stellt die Schwelle dar, von der aus das Bewußtsein das gesellschaftliche Sein verändert"*

(Notizbücher; S. 421)

der Dritten Welt vom Joch des Imperialismus. Die bürgerliche Literaturkritik beginnt mit Ausgrenzungen.

Doch immer stärker wird ihm bewußt, daß seine künstlerische Identität nicht getrennt werden kann von seiner politischen Parteinahme für die Unterdrückten und Ausgebeuteten. Die historische Aneignung der schwierigen, widersprüchlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung in der über 9jährigen Arbeit an der dreiteiligen „Ästhetik des Widerstandes" bringt ihm die Kritik ein, seine eigene Lebensgeschichte in dieser „Wunschbiographie" seinem „Welterklärungssystem" anzupassen, unter der Gefahr des Abrutschens in eine „gänzlich unsinnige Sprache Parteikauderwelsch" (19). „Unpolitisch", „hochmütig", ein „gigantischer Prosa-Irrtum", „vertane Kraft", „vergeudete Phantasie" – urteilt der Zeit-Kulturpapst *Raddatz*. (20)

Anders die zustimmende Kritik: der Herstellungsprozeß der Kunst, ihre Abhängigkeit vom Stand der Klassenkämpfe, Aneignung des kulturellen Erbes durch die arbeitenden Klassen – Kultur als Bestandteil des Widerstandes und zum Teil dessen Voraussetzung –; bruchlose Verschmelzung von authentischem Material und Erfindung; das Machen von Geschichte unter vorgefundenen Bedingungen; die großen historischen Irrtümer der Parteien der Arbeiterklasse; die Fehlein-

*Die Partei, die Organisation immer das Fertige, das Unveränderliche, die Kunst, das ständig Veränderliche, das Unerwartete, deshalb das Gefährliche, das unterbunden werden muß"*

(Notizbücher; S. 810)

schätzungen der „Kommunistischen Internationale"; Kunst als „kollektives Gedächtnis der Menschheit"; trotz aller Widrigkeiten Festhalten an der sozialistischen Perspektive – all dies macht die Stärke des Romans aus. (21)

Warum es ihm dennoch nicht gelungen ist, diese Reflexionsebenen in der aktuellen politischen Analyse beizubehalten, bleibt ein Problem. Daß er 1979 die Besetzung Kampucheas durch vietnamesische Truppen ebenso rechtfertigt, wie die Unterdrückungspolitik im Inneren Vietnams („Als Kritiker jedes staatlichen Übergriffs gegen Menschen mit abweichenden Ansichten kann ich natürlich niemals Internierungslager und andere Freiheitseinschränkungen aus politischen Gründen akzeptieren. In Vietnam existieren indessen besondere Umstände" (FR vom 4.9.1979), bringt ihm zurecht den Vorwurf der Unglaubwürdigkeit ein und steht im direkten Widerspruch zu den gewonnenen Einsichten seiner Figuren in der „Ästhetik des Widerstandes". Daß er den Gründungsaufruf einer „Initiative Demokratische Sozialisten" im Frühjahr dieses Jahres mitunterzeichnete hat, beweist seine fortlaufenden Versuche, seine künstlerische Produktivität mit den politischen Erfordernissen der Zeit in Einklang zu bringen. Ob es gerade bezüglich dieses Projekts als gelungen gelten darf, möchte ich bezweifeln.

Aber es bleibt sicher: mit Peter Weiss ist einer der engagierten Schriftsteller gestorben, der stets für die Konsequenzen eines materialistischen Kulturbegriffs geradestand. Vielleicht können wir ein Stück unserer eigenen Geschichte an ihm aufarbeiten.


(1) Marat in: P. Weiss, Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats dargestellt durch die Schauspielgruppe des Hospizes zu Chareton unter Anleitung des Herrn de Sade; Frankfurt/M. 1964; S. 48

(2) – (17) außer (5): Der Kampf um meine Existenz als Maler. Peter Weiss im Gespräch mit Peter Roos, unter Mitarbeit von Sepp Hiekisch und Peter Spielmann anläßlich der Austellung seiner Bilder, Zeichnungen, Collagen und Filme vom 8.3. – 27.4.1980 im Museum Bochum

(5) Agnes Heller, Die Philosophie des alten Lukács; unveröffentlichtes Typoskript; S. 13

(18) Christian Linder, Die Träume der Wunschmaschine; Reinbek 1981; S. 208

(19) a.a.O.; S. 243

(20) Fritz J. Raddatz, Kein Fresko, sondern ein Flickerlteppich: Zum Abschluß der Roman-Trilogie. Abschied von den Söhnen? in: Die Zeit v. 8.5.1981; S. 46

(21) u.a. Martin Kurbjuhn, Im Auge des Sturms, Zur realistischen Methode in dem Roman ‚Die Ästhetik des Widerstandes' von Peter Weiss oder: Hajo Kesting, Die Ruinen eines Zeitalters; in: Der Spiegel Nr. 24/1981; S. 198 ff.


## Fernsehtip

Im Zeichen der Friedensbewegung, ein amerikanischer Film von 1981 über Robert Oppenheimer, Hiroshima und die Atombombe. **„9 Sekunden verändern die Welt"**. Der Film informiert über den Werdegang dieses Mannes, seinen vehementen Einsatz für den Bau der Atombombe und seinem Kampf gegen den Bau der Wasserstoffbombe nach dem historischen Einsatz der Atombombe gegen Hiroshima und Nagasaki. *Sonntag, 23.5., 10.30 Uhr im ZDF.* – In Zusammenarbeit zwischen BBC London und NDR entstand eine Dokumentation mit dem Titel **„Auschwitz und die Alliierten"**. Vor allem soll bewiesen werden, daß die Alliierten reichlich über die Vernichtungslager der Nazis informiert, zu entscheidenden Eingriffen aber nicht bereit waren. Ressentiments gegenüber Juden sollte dabei eine entscheidende Rolle spielen. Nach den Inhaltsangaben zu der Dokumentation sieht es nicht nach einem Entlastungsfilm für die Vergangenheit der herrschenden Klasse aus. *Sonntag, 23.5., 22.10 Uhr im ARD.* – In der Reihe „Ausgestoßen" nun ein dritter Film über Emigration in der Zeit des Faschismus. **„An uns glaubt kein Gott nicht mehr"** beschreibt den Weg deutscher, österreichischer und tschechischer Emigranten in der Zeit zwischen „Reichskristallnacht" und Sommer 1941. *Montag, 24.5., 23.00 Uhr im ARD.* – Michael Curtiz, ein bekannter amerikanischer Regisseur, von dem jetzt eine Reihe von Filmen wiederholt werden, drehte 1932 nach Berichten eines ehemaligen Direktors des berühmt-berüchtigten Gefängnisses Sing Sing den Film **20000 Jahre Sing Sing"**. Der Film zählt sowohl zum Genre des Gangsterfilms, wie er auch erstmals Anklage gegen die brutalen Gefängnismethoden und Strafvollzug erhob. Die angedeuteten Resozialisierungsvorstellungen dürften allerdings heute als überholt, wenn nicht gleichfalls repressiv, gewertet werden. *Freitag, 28.5., 23.50 Uhr im ZDF.*